

14.08.26

Wi - Fz - R - Wo

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze (12. GWB-Novelle)

A. Problem und Ziel

Die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, das Wettbewerbs- und Kartellrecht weiterzuentwickeln. Dies sei maßgeblich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas. Die effektive Anwendung des Kartellrechts solle daher sichergestellt und die Verfahren schneller und effizienter ausgestaltet werden, vgl. Verantwortung für Deutschland – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode, Tz. 319 ff. Diese Ziele greift der vorliegende Gesetzentwurf auf.

Potentiale zur **effektiven Anwendung des Kartellrechts** bestehen vor allem bei den Aufgreifschwelen der Fusionskontrolle: Das richtige Austarieren der Umsatzschwellenwerte schafft ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der wettbewerbsrechtlichen Kontrolle gesamtwirtschaftlich relevanter Zusammenschlüsse und den dazu aufzuwendenden Ressourcen bei Unternehmen und dem Bundeskartellamt. Eine effektive Fusionskontrolle sollte stets darauf ausgerichtet sein, die Anmeldepflichten für Unternehmen durch eine Anhebung der Aufgreifschwelen auf dasjenige Maß zu begrenzen, das zum Schutz des Wettbewerbs in Deutschland erforderlich ist. Nur so wird die Wirtschaft so weit wie wettbewerbspolitisch möglich entlastet.

Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass wettbewerbspolitisch kritische Zusammenschlüsse, die bisher aufgrund der Unterschreitung der allgemeinen Aufgreifschwelen nicht erfasst werden, vom Bundeskartellamt dennoch geprüft werden können. Aus diesem Grunde wurde mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (9. GWB-Novelle) die sog. Transaktionswertschwelle eingeführt, die insbesondere strategische Aufkäufe durch marktstarke, etablierte Unternehmen (sog. „*killer acquisitions*“) adressieren sollte. Die derzeitige Ausgestaltung der Transaktionswertschwelle hat aber in der Vergangenheit gezeigt, dass bestimmte wettbewerbsrechtlich relevante Übernahmen trotz hoher Transaktionswerte aufgrund von bisher fehlender erheblicher Inlandstätigkeit – als darüber hinaus erforderlichem Kriterium – aktuell nicht geprüft werden können.

Fristablauf: 25.09.26

besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG

Auch bei Zusammenschlüssen, die aufgrund der Transaktionswertschwelle anmeldepflichtig sind, ist ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Aufwand für Unternehmen und dem Prüfaufwand des Bundeskartellamts einerseits und dem Interesse an einer fokussierten Prüfung wettbewerblich bedeutsamer Fälle andererseits zu wahren. Durch Einführung eines schlanken Anzeigeverfahrens, soll eine bürokratiearme Behandlung weniger kritischer Vorhaben ermöglicht und sollen zugleich die Ressourcen von Unternehmen und Behörde auf tatsächlich relevante Zusammenschlüsse konzentriert werden.

Potentiale zur effektiveren Anwendung des Kartellrechts bestehen ferner bei der Durchsetzung des allgemeinen Kartellverbotes im Bereich öffentlicher Vergaben. Durch Kartellrechtsverstöße etwa in Gestalt von Preis- und Gebietsabsprachen unter Bietern in öffentlichen Vergabeverfahren (sog. Submissionsabsprachen) können der öffentlichen Hand und damit dem Steuerzahler erhebliche Schäden entstehen. Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass bei Vorliegen solcher Absprachen im Durchschnitt 15–20 % höhere Preise durch die öffentliche Hand gezahlt werden als bei wirksamem Bieterwettbewerb. In Deutschland haben der Umfang und das Volumen öffentlicher Ausschreibungen und damit auch die Notwendigkeit, Submissionsabsprachen zu verhindern, mit der Einrichtung des mehr als 500 Mrd. Euro umfassenden Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität zusätzlich stark an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig ist die Aufdeckung derartiger Verstöße in der Praxis ohne ein flächendeckendes Screening über mehrere Ausschreibungsverfahren hinweg, bei dem auch Daten zu unterlegenen Bietern analysiert werden, sehr schwierig.

Zudem läuft die bislang befristete und bereits mehrfach verlängerte energiewirtschaftliche Missbrauchsaufsicht Ende 2027 aus, obwohl die durch sie adressierten Märkte nach wie vor erhebliche wettbewerbliche Defizite aufweisen.

Um dem weiteren Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, Fusionskontroll-, Kartellverwaltungs- und -bußgeldverfahren **schneller und effizienter** auszugestalten, nachzukommen, sollten diese Verfahren ganz vorrangig, wo möglich, digitalisiert und entschlackt werden. So verläuft das Fusionskontrollverfahren heute noch zu erheblichen Teilen papierbasiert, obwohl die Möglichkeit der elektronischen Anmeldung bereits besteht. Viel Zeit geht in Kartellverwaltungs- und -bußgeldverfahren auch durch die Klärung von Fragen zu Beteiligungs- und Akteneinsichtsrechten sowie zu Zustellerfordernissen verloren. Im Bereich der gerichtlichen Rechtsbehelfe nimmt zudem das Zulassungsverfahren zur Rechtsbeschwerde häufig ebenso viel Zeit in Anspruch wie das daran anschließende Verfahren zur Sachentscheidung.

Jenseits der Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag und der Anpassung einzelner Vorschriften aus Gründen der Rechtsbereinigung ergibt sich weiterer Novellierungsbedarf des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen daraus, dass zum einen die mit der 9. GWB-Novelle erfolgte Beschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Ministererlaubnisverfügungen als zu weitgehend erachtet wird. Zum anderen bedürfen die Höchstsätze der Gebühren, die die Kartellbehörden für den Verwaltungsaufwand ihrer Verfahren verlangen können, aufgrund des Zeitablaufs der letzten Anpassung vor mehr als 30 Jahren, sowie aufgrund des Anstiegs des Preisniveaus und der seither deutlich gestiegenen Komplexität vieler Fälle einer Anpassung.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Entwurf werden die vorstehend identifizierten Potentiale zur **effektiveren Anwendung des Kartellrechts** gehoben:

Sämtliche Umsatzschwellenwerte der Fusionskontrolle werden um jeweils zwischen 14 und 50 Prozent angehoben, um weniger Zusammenschlussvorhaben der Anmeldepflicht

zu unterwerfen. Gleichzeitig wird die Transaktionswertschwelle zielgerichtet angepasst, um die Rechtssicherheit zu steigern und bestimmte verbleibende Konstellationen zu erfassen, in denen bislang eine Prüfung von potentiell für den Wettbewerb bedeutsamen Zusammenschlussvorhaben, insbesondere sog. „*killer acquisitions*“, z.B. im Digitalbereich, noch nicht möglich ist. Grundsätzlich sind derartige Zusammenschlüsse bereits nach geltendem Recht überprüfbar; der Anwendungsbereich der Transaktionswertschwelle wird lediglich auf Zusammenschlüsse erweitert, bei denen das Zielunternehmen noch nicht in Deutschland tätig ist, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit künftig auf Märkten in Deutschland tätig sein wird. Dabei wird grundsätzlich auf das voraussichtliche Tätigwerden innerhalb der nächsten zwei Jahre abgestellt. So wird zudem klargestellt, dass die Anmeldepflichten der Transaktionswertschwelle gleichrangig neben den allgemeinen Umsatzschwellenwerten stehen. Für Zusammenschlüsse, die aufgrund der Transaktionswertschwelle anmeldepflichtig sind, wird zudem ein schlankes Anzeigeverfahren eingeführt, das den Verwaltungsaufwand für Unternehmen reduziert und zugleich die Ressourcen des Bundeskartellamts auf die Prüfung wettbewerbslich relevanter Fälle konzentriert. Das Bundeskartellamt prüft innerhalb von zwei Wochen, ob auf eine vollständige Anmeldung verzichtet werden kann; falls dem so ist, gilt der Zusammenschluss mit Fristablauf als freigegeben.

Dem Bundeskartellamt wird erstmals die Möglichkeit zu einem Vergabescreening im Oberschwellenbereich eröffnet. Gleichzeitig werden die Auftraggeber verpflichtet, die hierfür erforderlichen Daten zu sämtlichen Bietern an den Datenservice Öffentlicher Einkauf zu übermitteln.

Die Regelung zur energiewirtschaftlichen Missbrauchsaufsicht wird um weitere fünf Jahre verlängert.

Um Fusionskontroll-, Kartellverwaltungs- und -bußgeldverfahren zu beschleunigen und effizienter auszugestalten, erfolgen mit diesem Entwurf mehrere Klarstellungen und Verfahrensvereinfachungen im Bereich der Beteiligung am Kartellverfahren, der Akteneinsicht, der Veröffentlichung von Entscheidungen der Kartellbehörden und der Zustellung sowie im Rechtsbehelfsverfahren. Zudem werden Anmeldungen zur Fusionskontrolle ab 2028 ausschließlich digital erfolgen.

Um mehr Rechtssicherheit bei Unternehmenskooperationen zu schaffen, werden darüber hinaus die kartellbehördlichen Beratungsmöglichkeiten auf vertikale Vereinbarungen ausgeweitet. Dies soll insbesondere innovative und neuartige Kooperationen fördern.

Die Beschwerdemöglichkeiten Dritter gegen die Ministererlaubnis werden gestärkt. Dies erfolgt mit der Streichung der mit der 9. GWB-Novelle eingeführten Beschränkung des Rechtsschutzes auf durch die Ministererlaubnisentscheidung in ihren subjektiven Rechten verletzte Dritte.

Die Amtszeit der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskartellamts wird auf einmalig acht Jahre befristet.

Zudem wird der Gebührenrahmen für Verfahren vor den Kartellbehörden modernisiert.

Aus Gründen der Rechtsbereinigung werden schließlich zahlreiche Berichts- und Evaluierungsverpflichtungen gestrichen, zu denen zwischenzeitlich die entsprechenden Berichte vorgelegt wurden. Gestrichen werden ebenfalls die Vorschriften zu den Wettbewerbsregeln, die mittlerweile keinen praktischen Anwendungsbereich mehr haben.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch den Gesetzentwurf entstehen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Der Gesetzentwurf führt nicht zu einem Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Gesetzentwurf führt aufgrund der Änderungen in der Fusionskontrolle zu einer Entlastung für die Wirtschaft in Höhe von 2,808 Mio. Euro jährlich.

Die im Ergebnis stattfindende Entlastung der Wirtschaft beim Erfüllungsaufwand stellt eine Entlastung von Bürokratiekosten aus Informationspflichten dar.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsteht in Summe eine Entlastung in Höhe von -40 Tsd. Euro. Diese setzt sich zusammen aus einer Entlastung von -199 Tsd. Euro beim Bundeskartellamt und einer Belastung von +38 Tsd. Euro in der restlichen Bundesverwaltung, sowie +121 Tsd. Euro bei den Ländern.

F. Weitere Kosten

Grundsätzlich dürften die Maßnahmen einen dämpfenden Effekt auf die Entwicklung der Einzelpreise und auf das Preisniveau insgesamt haben, weil die verbesserte Durchsetzung des Wettbewerbsrechts zu einem wirksameren Wettbewerb führt.

Die Anpassung des Gebührenrahmens führt insgesamt zu einer Belastung der Wirtschaft in Höhe von 511 Tsd. Euro.

Weitere direkte oder indirekte Kosten für die Wirtschaft und insbesondere für mittelständische Unternehmen sind nicht zu erwarten.

14.08.26

Wi - Fz - R - Wo

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze (12. GWB-Novelle)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, 14. August 2026

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze (12. GWB-Novelle)

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist besonders eilbedürftig, um die Meldepflicht von Preishoheitsinhabern an Tankstellen auch auf die Kraftstoffsorte Super Plus auszuweiten und es soll das Bundeskartellamt durch zusätzliche Datenmeldungen im Bereich der Raffinerien und des Kraftstoffgroßhandels eine bessere Ermittlungsgrundlage erhalten, um etwaig überhöhten Preisen effektiver nachgehen und eine solche Praxis gegebenenfalls sanktionieren zu können.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Merz

Fristablauf: 25.09.26

besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG

Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze (12. GWB-Novelle)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Juni 2026 (BGBl. I 2026 Nummer 191) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe zu Teil 1 Kapitel 4 und zu den §§ 24 bis 27 werden durch die folgende Angabe ersetzt:

„Kapitel 4 (weggefallen)

§§ 24 bis 27 (weggefallen)“.

- b) Nach der Angabe zu § 32g wird folgende Angabe zu § 32h eingefügt:

„§ 32h Vergabescreening“.

- c) Die Angabe zu § 43 wird durch folgende Angabe zu § 43 ersetzt:

„§ 43 Bekanntmachungen, Veröffentlichungen“.

- d) Die Angabe zu § 43a wird gestrichen.

- e) Nach der Angabe zu § 51 wird folgende Angabe zu § 51a eingefügt:

„§ 51a Präsidentin oder Präsident“

- f) Die Angabe zu § 56 wird durch folgende Angabe zu § 56 bis § 56b ersetzt:

„§ 56 Anhörung

§ 56a Öffentliche mündliche Anhörung

§ 56b Akteneinsicht“.

- g) Die Angabe zu Teil 3 Kapitel 1 Abschnitt 4 wird durch folgende Angabe ersetzt:

„Abschnitt 4 Rechtsbeschwerde“.

- h) Die Angabe zu § 77 wird durch folgende Angabe ersetzt:

„§ 77 Rechtsbeschwerde“.

- i) Die Angabe zu § 78 wird durch folgende Angabe ersetzt:
„§ 78 (weggefallen)“.
 - j) Nach der Angabe zu § 82b wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 82c Zustellung in Bußgeldverfahren“.
 - k) Die Angabe zu § 114 wird durch folgende Angabe ersetzt:
„§ 114 Monitoring, Vergabestatistik, Datenservice Öffentlicher Einkauf, Vergabescreeing“.
- 2. § 18 Absatz 8 wird gestrichen.
 - 3. § 19a Absatz 4 wird gestrichen.
 - 4. Teil 1 Kapitel 4 wird durch folgendes Kapitel 4 ersetzt:

„Kapitel 4
(weggefallen)“

§§ 24 bis 27 (weggefallen)“.

- 5. § 28 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 wird nach der Angabe „Landwirtschaftliche Erzeugnisse“ die Angabe „im Sinne der vorstehenden Absätze“ eingefügt.
 - b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Bei der Anwendung von § 1 gilt Artikel 210a Absatz 1 bis 4 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2026/471 (ABl. L 471 vom 26.2.2026, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. Dies gilt auch, soweit die dort genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen nicht geeignet sind, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu beeinträchtigen.“
- 6. § 30 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird durch folgende Überschrift ersetzt:

„§ 30

Presse und Medien“.

- b) Absatz 2b wird durch folgenden Absatz 2b ersetzt:

„(2b) § 1 gilt nicht für Vereinbarungen zwischen Zeitungs- oder Zeitschriftenverlagen über eine verlagswirtschaftliche Zusammenarbeit, soweit die Vereinbarung den Beteiligten ermöglicht, ihre wirtschaftliche Basis für den intermedialen

Wettbewerb zu stärken. Satz 1 gilt nicht für eine Zusammenarbeit im redaktionellen Bereich. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Vereinbarungen zwischen privaten Rundfunkanbietern über die rundfunkwirtschaftliche Zusammenarbeit. Bei Vereinbarungen zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privaten Rundfunkanbietern über die Zusammenarbeit im nicht-redaktionellen Bereich ist das Ziel, ihre wirtschaftliche Basis im intermediären Wettbewerb zu stärken, bei der Anwendung des § 1 besonders zu berücksichtigen. Die Unternehmen haben auf Antrag einen Anspruch auf eine Entscheidung der Kartellbehörde nach § 32c, wenn

1. bei einer Vereinbarung nach Satz 1 die Voraussetzungen für ein Verbot nach Artikel 101 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union nach den der Kartellbehörde vorliegenden Erkenntnissen nicht gegeben sind und
2. die Antragsteller ein erhebliches rechtliches und wirtschaftliches Interesse an dieser Entscheidung haben.

Die §§ 19 und 20 bleiben unberührt.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) § 1 ist nicht anzuwenden auf Vereinbarungen zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, soweit diese gemäß § 30e Absatz 5 des Medienstaatsvertrages mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne des Artikels 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union betraut sind und die Anwendung des § 1 die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgaben rechtlich oder tatsächlich behindert.“

7. § 32 Absatz 3 wird durch folgenden Absatz 3 ersetzt:

„(3) Die Kartellbehörde kann eine Zuwiderhandlung auch feststellen, nachdem diese beendet ist.“

8. In § 32c Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „mit Wettbewerbern“ gestrichen

9. In § 32e Absatz 5 wird die Angabe „§ 57 bis 59b und 61“ durch die Angabe „§ 56b bis 59b und 61“ ersetzt.

10. Nach § 32g wird folgender § 32h eingefügt:

„§ 32h

Vergabescreening

(1) Das Bundeskartellamt kann die Daten, die beim Datenservice Öffentlicher Einkauf nach § 114 Absatz 4 gespeichert sind, sowie die zur Veröffentlichung bestimmten Daten der dazugehörigen Bekanntmachungen verdachtsunabhängig und systematisch im Hinblick auf Anhaltspunkte für Verstöße gegen § 1 oder Artikel 101 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auswerten und für weitere Ermittlungen verwenden; dies gilt auch in den Fällen des § 82 Absatz 2 Satz 1. Hierzu kann das Bundeskartellamt vom Datenservice Öffentlicher Einkauf die Übermittlung der in Satz 1 genannten Daten in elektronischer Form verlangen. Das Bundeskartellamt ist insoweit zur Erhebung befugt.

(2) Das Bundeskartellamt darf die Daten nach Absatz 1 für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Übermittlung durch den Datenservice Öffentlicher Einkauf speichern. Soweit die Daten in ein Verfahren zur Verfolgung der in Absatz 1 genannten Verstöße überführt werden, verlängert sich diese Frist um den Zeitraum bis zur Bestandskraft herbeiführenden Beendigung des Verfahrens beim Bundeskartellamt oder bis zum rechtskräftigen Abschluss eines sich daran anschließenden gerichtlichen Verfahrens. Nach Ablauf der in den Sätzen 1 und 2 genannten Fristen sind die Daten zu löschen.“

11. § 35 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:

„(1) Die Vorschriften über die Zusammenschlusskontrolle finden Anwendung, wenn im letzten Geschäftsjahr vor dem Zusammenschluss

1. die beteiligten Unternehmen insgesamt weltweit Umsatzerlöse von mehr als 750 Millionen Euro erzielt haben sowie
2. mindestens ein beteiligtes Unternehmen im Inland Umsatzerlöse von mehr als 75 Millionen Euro erzielt hat und
 - a) ein anderes beteiligtes Unternehmen im Inland Umsatzerlöse von mehr als 20 Millionen Euro erzielt hat oder
 - b) der Wert der Gegenleistung für den Zusammenschluss mehr als 400 Millionen Euro beträgt und das zu erwerbende Unternehmen in erheblichem Umfang im Inland tätig ist oder voraussichtlich in erheblichem Umfang im Inland tätig werden wird.“

b) Absatz 1a wird gestrichen.

12. § 36 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 wird durch folgende Nummer 3 ersetzt:

- „3. es sich um einen Zusammenschluss zwischen zwei Zeitungs- oder Zeitschriftenverlagen handelt, der eine marktbeherrschende Stellung begründet oder verstärkt, falls nachgewiesen wird, dass einer der Beteiligten in den letzten drei Jahren jeweils in der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 275 des Handelsgesetzbuchs einen erheblichen Jahresfehlbetrag auszuweisen hatte und ohne den Zusammenschluss in seiner Existenz gefährdet wäre; ferner muss nachgewiesen werden, dass vor dem Zusammenschluss kein anderer Beteiligter gefunden wurde, der eine wettbewerbskonformere Lösung sichergestellt hätte.“

13. In § 38 Absatz 4a wird in der Angabe vor Nummer 1 die Angabe „Absatz 1a“ durch die Angabe „Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b“ ersetzt.

14. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:

„(1) Zusammenschlüsse sind vor dem Vollzug beim Bundeskartellamt gemäß den Absätzen 2 und 3 anzumelden. In den Fällen des § 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b können die Zusammenschlüsse vor der Anmeldung gemäß Absatz 8 angezeigt werden. Anmeldungen und Anzeigen sind ausschließlich zulässig über:

1. die vom Bundeskartellamt eingerichtete zentrale E-Mail-Adresse für Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur,
 2. das besondere elektronische Behördenpostfach gegen ein elektronisches oder ein mit Datum und Unterschrift versehenes schriftliches Empfangsbekenntnis sowie
 3. eine hierfür eingerichtete Internetplattform“
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 Nummer 3 und 3a wird jeweils die Angabe „Absatz 1a“ durch die Angabe „Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b“ ersetzt.
 - bb) Satz 5 wird gestrichen.
- c) Absatz 6 wird durch die folgenden Absätze 6 bis 9 ersetzt:

„(6) Zusammenschlüsse, die entgegen Absatz 1 Satz 1 nicht vor dem Vollzug angemeldet wurden, sind von den beteiligten Unternehmen unverzüglich dem Bundeskartellamt unter Nennung der nach Absatz 3 mitzuteilenden Angaben bekanntzugeben. § 41 bleibt unberührt.

(7) Die Anzeige nach Absatz 1 Satz 2 muss für jedes am Zusammenschluss beteiligte Unternehmen und für die mit ihm verbundenen Unternehmen insgesamt die folgenden Angaben enthalten:

1. die Angaben nach Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 bis 3 und 6,
2. die Angabe aller aktuellen oder voraussichtlichen Tätigkeiten, bei denen horizontale oder vertikale Beziehungen zwischen dem zu erwerbenden Unternehmen und den übrigen Beteiligten einschließlich aller verbundenen Unternehmen bestehen, sowie
3. eine Darstellung der strategischen und wirtschaftlichen Beweggründe für den Zusammenschluss.

Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.

(8) In den Fällen einer Anzeige nach § 39 Absatz 1 Satz 2 entfällt die Anmeldepflicht nach Absatz 1 Satz 1, es sei denn, das Bundeskartellamt teilt den anzeigenden Unternehmen binnen zwei Wochen nach Eingang der vollständigen Anzeige mit, dass auf eine Anmeldung nicht verzichtet werden kann. Diese Mitteilung soll erfolgen, wenn die Einleitung eines Hauptprüfverfahrens im Sinne des § 40 Absatz 1 Satz 1 nicht offensichtlich ausgeschlossen ist.

(9) In der Anmeldung oder Anzeige dürfen keine unrichtigen oder unvollständigen Angaben gemacht oder benutzt werden, um das Bundeskartellamt zu veranlassen, eine Untersagung nach § 36 Absatz 1, eine Mitteilung nach Absatz 8, eine Mitteilung nach § 40 Absatz 1 oder eine Verfügung nach § 41 Absatz 3 zu unterlassen.“

15. § 40 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 werden die Sätze 5 bis 7 durch die folgenden Sätze ersetzt:
- „Die Frist nach Satz 2 wird gehemmt

1. ab dem Zeitpunkt, ab dem das Bundeskartellamt von einem am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen eine Auskunft nach § 59 erneut anfordert, weil das Unternehmen ein vorheriges Auskunftsverlangen nach § 59 aus Umständen, die von ihm zu vertreten sind, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig beantwortet hat, bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Auskunft vollständig übermittelt wurde,
2. ab dem Zeitpunkt der Einlegung eines Rechtsbehelfs eines am Zusammenschluss beteiligten Unternehmens gegen die Offenlegung von Informationen durch das Bundeskartellamt gegenüber einem anderen beteiligten Unternehmen bis zum rechtskräftigen Abschluss des Rechtsbehelfsverfahrens.

Die Frist nach Satz 2 verlängert sich um einen Monat, wenn ein anmeldendes Unternehmen dem Bundeskartellamt erstmals Vorschläge für Bedingungen oder Auflagen nach Absatz 3 unterbreitet.“

- b) Absatz 6 wird durch den folgenden Absatz 6 ersetzt:

„(6) Wird eine Freigabe des Bundeskartellamts durch gerichtlichen Beschluss rechtskräftig ganz oder teilweise aufgehoben, ist in einem erneuten Hauptprüfverfahren über die Untersagung oder Freigabe des Zusammenschlusses zu entscheiden. Die Frist nach Absatz 2 Satz 2 beginnt mit Eintritt der Rechtskraft des gerichtlichen Beschlusses von Neuem.“

16. § 41 Absatz 1 wird durch folgenden Absatz 1 ersetzt:

„(1) Die Unternehmen dürfen einen Zusammenschluss, der vom Bundeskartellamt nicht freigegeben ist, nicht vor Ablauf der Fristen nach § 39 Absatz 8 Satz 1 und § 40 Absatz 1 Satz 1 sowie Absatz 2 Satz 2 vollziehen oder am Vollzug dieses Zusammenschlusses mitwirken. Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstoßen, sind unwirksam. Dies gilt nicht

1. für Grundstücksgeschäfte, sobald sie durch Eintragung in das Grundbuch rechtswirksam geworden sind,
2. für Verträge über die Umwandlung, Eingliederung oder Gründung eines Unternehmens und für Unternehmensverträge im Sinne der §§ 291 und 292 des Aktiengesetzes, sobald sie durch Eintragung in das zuständige Register rechtswirksam geworden sind, sowie
3. für andere Rechtsgeschäfte, wenn der nicht angemeldete Zusammenschluss nach Vollzug bekannt gegeben und das Entflechtungsverfahren nach Absatz 3 eingestellt wurde, weil die Untersagungs Voraussetzungen nicht vorlagen, oder die Wettbewerbsbeschränkung infolge einer Auflösungsanordnung nach Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 3 beseitigt wurde oder eine Ministererlaubnis nach § 42 erteilt worden ist.

Das Verbot nach Satz 1 gilt in den Fällen des § 40 Absatz 6 nicht für Vollzugshandlungen, die im Zeitraum zwischen der Freigabe oder einer vorhergehenden Befreiung vom Vollzugsverbot und dem Erlass des die Freigabe aufhebenden gerichtlichen Beschlusses vorgenommen worden sind.“

17. § 43 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird durch folgende Überschrift ersetzt:

„§ 43

Bekanntmachungen, Veröffentlichungen“.

- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Das Bundeskartellamt soll jede Entscheidung nach Absatz 2 Nummer 1, 3 und 4 nach Erlass im Volltext auf seiner Internetseite veröffentlichen, soweit nicht wichtige Gründe im Sinne des § 56b Absatz 2 Satz 1 entgegenstehen.“

18. § 43a wird gestrichen.

19. § 47k wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „und 20“ durch die Angabe „, 20 und 29a“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 wird nach der Angabe „nach Absatz 8“ die Angabe „für die Kraftstoffsorten Super E5, Super E10, Super Plus und Diesel“ eingefügt.
- c) Absatz 4 Satz 1 wird durch folgenden Satz 1 ersetzt:

„Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein Unternehmen gegen die in Absatz 1 genannten gesetzlichen Bestimmungen oder gegen § 2 Absatz 1 des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes verstößt, muss die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe in den Fällen eines Verstoßes gegen die in Absatz 1 genannten Bestimmungen umgehend die zuständige Kartellbehörde und in den Fällen eines Verstoßes gegen § 2 Absatz 1 des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes umgehend die nach Landesrecht für die Verfolgung und Ahndung einer Ordnungswidrigkeit nach § 3 Absatz 1 des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes zuständige Behörde informieren und den Vorgang an sie abgeben.“

- d) Absatz 6 wird durch folgenden Absatz 6 ersetzt:

„(6) Die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe stellt die operationelle Zuverlässigkeit der Datenbeobachtung sicher und gewährleistet Vertraulichkeit, Integrität und Schutz der eingehenden Informationen. Auf Anfrage einer Kartellbehörde übermittelt die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe alle bei ihr vorhandenen Informationen und Daten, die die jeweils zuständige Behörde für ihre Aufgaben nach diesem Gesetz oder nach den Artikeln 101 und 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union benötigt, unverzüglich an diese weiter.“

- e) Absatz 7 wird durch folgenden Absatz 7 ersetzt:

„(7) Bei der Erfüllung der Aufgaben nach den vorstehenden Absätzen, insbesondere der verdachtsunabhängigen Beobachtung nach Absatz 1, sind die §§ 59, 59a und 59b entsprechend anzuwenden. Die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben darüber hinaus von einem Anbieter von Kraftstoffen, der auf einem der Abgabe von Kraftstoffen an Letztverbraucher vorgelagerten Markt tätig ist, die Übermittlung von aktuellen Preis- und Absatzinformationen, insbesondere von Abnehmern, Absatzmengen, Absatzpreisen, Absatzregionen und Lieferhorizonten verlangen. Die betreffenden Anbieter sind verpflichtet, diese ab dem Zeitpunkt des Verlangens nach Satz 2 innerhalb einer von der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe bestimmten, angemessenen Frist in regelmäßigen Abständen an die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe zu übermitteln. Ein Verlangen nach Satz 2 soll einen Mitteilungszeitraum von insgesamt 6 Monaten nicht überschreiten. Ein erneutes Verlangen nach Ablauf der nach Satz 4 genannten

Frist ist zulässig. § 59 Absatz 1 Satz 3, Satz 5 bis Satz 8, Absatz 2 bis 5 ist im Rahmen der Sätze 2 bis 5 entsprechend anzuwenden. Im Übrigen sind die §§ 50f, 54, 56 bis 58, 61 Absatz 1 und 2, die §§ 63, 64, 66, 67, 70, 73 bis 80, 82a, 83, 85, 91 und 92 entsprechend anzuwenden.“

20. § 47I Satz 3 wird gestrichen.

21. § 50b Absatz 4 wird durch folgenden Absatz 4 ersetzt:

„(4) Die Zustellung richtet sich nach dem Verwaltungszustellungsgesetz. § 61 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Satz 3 dieses Gesetzes sind entsprechend anzuwenden.“

22. In § 51 Absatz 5 wird die Angabe „, eines Kartells“ gestrichen.

23. Nach § 51 wird ein neuer § 51a eingefügt:

„§ 51a

Präsidentin oder Präsident

(1) Das Bundeskartellamt wird von einer Präsidentin oder einem Präsidenten geleitet. Die Präsidentin oder der Präsident wird einmalig für die Dauer von acht Jahren zur Bundesbeamtin auf Zeit oder zum Bundesbeamten auf Zeit ernannt.

(2) Wird eine Bundesbeamtin auf Lebenszeit oder ein Bundesbeamter auf Lebenszeit oder eine Bundesrichterin auf Lebenszeit oder ein Bundesrichter auf Lebenszeit zur Präsidentin oder zum Präsidenten ernannt, ruht das bisherige Beamten- oder Richterverhältnis. Für die Dauer des befristeten Beamtenverhältnisses nach Absatz 1 Satz 2 ruhen die in dem ursprünglichen Beamten- oder Richterverhältnis begründeten Rechte und Pflichten mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen.

(3) Die Präsidentin oder der Präsident tritt mit Erreichen der Regelaltersgrenze nach § 51 Absatz 1 und 2 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes in den Ruhestand. § 15a des Beamtenversorgungsgesetzes ist anzuwenden.

(4) Ist eine Landesbeamtin auf Lebenszeit oder ein Landesbeamter auf Lebenszeit oder eine Landesrichterin auf Lebenszeit oder ein Landesrichter auf Lebenszeit zur Präsidentin oder zum Präsidenten ernannt worden, ist § 15a Absatz 4 des Beamtenversorgungsgesetzes entsprechend anzuwenden, wenn im Beamtenverhältnis auf Zeit die Regelaltersgrenze nach § 51 Absatz 1 und 2 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes erreicht wird.

(5) Ist die Präsidentin oder der Präsident nicht aus einem Beamten- oder Richterverhältnis auf Lebenszeit heraus ernannt worden, ist § 66 Absatz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass ein Anspruch auf Ruhegehalt aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit mit Ablauf des Monats der Vollendung der für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte geltenden Regelaltersgrenze nach § 51 Absatz 1 und 2 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes entsteht.“

24. § 53 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Das Bundeskartellamt veröffentlicht alle zwei Jahre einen Bericht über seine Anwendung dieses Gesetzes sowie über die Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet.“

b) In Absatz 2 wird die Angabe „mit ihrer Stellungnahme“ gestrichen.

25. § 56 wird durch die folgenden §§ 56 bis 56b ersetzt:

„§ 56

Anhörung

(1) Die Kartellbehörde hat den Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Über die Form der Anhörung entscheidet die Kartellbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Kartellbehörde kann die Anhörung auch mündlich durchführen, wenn die besonderen Umstände des Falles dies erfordern.

(2) Vertretern der von dem Verfahren berührten Wirtschaftskreise kann die Kartellbehörde in geeigneten Fällen Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

§ 56a

Öffentliche mündliche Anhörung

(1) Auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen kann die Kartellbehörde vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 eine öffentliche mündliche Anhörung durchführen. Der Termin für die öffentliche mündliche Anhörung ist den Beteiligten mit angemessener Frist mitzuteilen und öffentlich bekannt zu machen. Über die Art und Weise der Durchführung der öffentlichen mündlichen Anhörung entscheidet die Kartellbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Kartellbehörde hat die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn anderenfalls eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere des Wohls des Bundes oder eines Landes, oder eine Gefährdung eines wichtigen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses zu besorgen ist.

(2) Beabsichtigt das Bundeskartellamt, eine Abhilfemaßnahme in den Fällen des § 32f Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 4 anzuordnen, hat es so früh wie möglich eine öffentliche mündliche Anhörung nach Absatz 1 Satz 2 bis 4 durchzuführen. Dies gilt nicht, wenn alle Beteiligten auf die Durchführung einer öffentlichen mündlichen Anhörung verzichtet haben. Absatz 1 Satz 1 bleibt unberührt.

(3) In den Fällen des § 42 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine öffentliche mündliche Anhörung in entsprechender Anwendung nach Absatz 1 Satz 2 bis 4 durchzuführen. Dies gilt nicht, wenn alle Beteiligten auf die Durchführung einer öffentlichen mündlichen Anhörung verzichtet haben. Absatz 1 Satz 1 bleibt unberührt.

(4) In den Fällen des Absatzes 2 und 3 hat die Monopolkommission das Recht in der öffentlichen mündlichen Anhörung gehört zu werden. Ihr ist die Möglichkeit einzuräumen, die nach § 42 Absatz 5 erstellte Stellungnahme zu erläutern. Absatz 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

§ 56b

Akteneinsicht

(1) Die Beteiligten können bei der Kartellbehörde die das Verfahren betreffenden Akten einsehen, soweit deren Kenntnis zur Geltendmachung oder Verteidigung ihrer rechtlichen Interessen erforderlich ist. Beigeladenen, die an dem streitigen Rechtsverhältnis nicht derart beteiligt sind, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann, kann die Kartellbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen Einsicht in die das Verfahren betreffenden Akten gewähren. Die Einsicht erfolgt durch Übersendung von Kopien aus der Verfahrensakte, durch Ausdruck der betreffenden Teile der Verfahrensakte oder durch Übersendung entsprechender elektronischer Dokumente an den Beteiligten auf seine Kosten.

(2) Die Behörde hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Behörde sowie zur Wahrung des Geheimschutzes oder von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen oder sonstigen schutzwürdigen Interessen des Betroffenen, geboten ist. In Entwürfe zu Entscheidungen, die Arbeiten zu ihrer Vorbereitung und die Dokumente, die Abstimmungen betreffen, wird Akteneinsicht nicht gewährt.

(3) Die Kartellbehörde kann Dritten Auskünfte aus den ein Verfahren betreffenden Akten oder aus sonstigen Unterlagen in Kartellverwaltungssachen erteilen oder Einsicht in diese gewähren, soweit die Dritten hierfür ein berechtigtes Interesse darlegen. Absatz 2 gilt entsprechend. Soweit die Akteneinsicht oder die Auskunft der Erhebung eines Schadensersatzanspruchs wegen eines Verstoßes nach § 33 Absatz 1 oder der Vorbereitung dieser Erhebung dienen soll, ist sie auf Einsicht in Entscheidungen nach den §§ 32 bis 32d sowie 60 begrenzt.

(4) Die Kartellbehörde kann von den Beteiligten sowie von Dritten verlangen, mit der Übersendung von Anmeldungen, Stellungnahmen, Unterlagen oder sonstigen Auskünften oder im Anschluss an die Übersendung auf die in Absatz 2 genannten Geheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Erfolgt dies trotz entsprechenden Verlangens nicht, darf die Kartellbehörde von der Zustimmung zur Offenlegung im Rahmen der Gewährung von Akteneinsicht ausgehen.“

26. § 59 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 1 Satz 1 bis 6“ durch die Angabe „Absatz 1 Satz 1 bis 8“ ersetzt.

b) In Absatz 5 werden die folgenden Sätze 3 und 4 eingefügt:

„Abweichend von § 61 Absatz 1 können Verfügungen und Beschlüsse nach Satz 1 auch durch elektronische Übermittlung bekannt gegeben werden, sofern ein Unternehmen oder eine Vereinigung von Unternehmen hierfür einen Zugang eröffnet. Als Zugänge im Sinne des Satzes 3 gelten insbesondere die Angaben zur elektronischen Kontaktaufnahme und Kommunikation nach § 5 Absatz 1 Nummer 2 des Digitale-Dienste-Gesetzes.“

27. § 61 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 und 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Verfügungen der Kartellbehörde sind zu begründen und mit einer Belehrung über den zulässigen Rechtsbehelf den Beteiligten nach dem

Verwaltungszustellungsgesetz zuzustellen; Entscheidungen gemäß § 51 Absatz 3 enthalten das Datum der Abstimmung und die Namenswiedergabe der an der Abstimmung beteiligten Personen. § 5 Absatz 4 des Verwaltungszustellungsgesetzes und § 178 Absatz 1 Nummer 2 der Zivilprozessordnung sind auf Unternehmen und Vereinigungen von Unternehmen sowie auf Auftraggeber im Sinne des § 98 entsprechend anzuwenden. Wird gemäß Satz 1 oder Satz 2 elektronisch gegen Empfangsbekundnis zugestellt, findet § 173 Absatz 3 der Zivilprozessordnung entsprechende Anwendung.“

- b) Absatz 3 wird durch folgenden Absatz 3 ersetzt:

„(3) Verfügungen der Kartellbehörde nach § 19a Absatz 1 und 2, § 30 Absatz 3, § 31b Absatz 3, den §§ 32 bis 32b, § 32d, § 32f und § 34 sind im Bundesanzeiger bekannt zu machen. Das Bundeskartellamt soll jede Entscheidung nach § 19a Absatz 1 und 2, § 30 Absatz 3, § 31b Absatz 3, den §§ 32 bis 32f, § 34 und § 60 nach Bekanntgabe im Volltext auf seiner Internetseite veröffentlichen, soweit nicht wichtige Gründe im Sinne des § 56b Absatz 2 Satz 1 dem entgegenstehen.“

28. § 62 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 wird die Angabe „§ 56 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 56b Absatz 3“ ersetzt.

- b) In Absatz 1 wird der folgende Satz 5 eingefügt:

„Auf die Gebühren für die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach § 39 Absatz 1 Satz 1 sind die Gebühren für die Anzeige nach § 39 Absatz 1 Satz 2 anzurechnen.“

- c) Absatz 2 Satz 2 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Gebührensätze dürfen jedoch nicht übersteigen:

1. 750 000 Euro in den Fällen des § 19a;
2. 250 000 Euro in den Fällen des § 32;
3. 100 000 Euro in den Fällen des § 31b Absatz 3, des § 32b Absatz 1 sowie der §§ 36, 39 Absatz 1 Satz 1, der §§ 40, 41 Absatz 3 und 4 und des § 42;
4. 30 000 Euro in den Fällen des § 32c Absatz 1, sowie der §§ 32d, 34 und 41 Absatz 2 Satz 1 und 2;
5. 20 000 Euro in den Fällen des § 32c Absatz 2;
6. 10 000 Euro in den Fällen der Gewährung von Einsicht in kartellbehördliche Akten oder der Erteilung von Auskünften daraus nach § 56b Absatz 3 oder nach den §§ 406e oder 475 der Strafprozessordnung;
7. 5 000 Euro in den Fällen des § 26 Absatz 1 und 2, des § 30 Absatz 3, des § 31a Absatz 1 und des § 31b Absatz 1;
8. 2 500 Euro in den Fällen des § 39 Absatz 1 Satz 2;
9. 17,50 Euro für die Erteilung beglaubigter Abschriften nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 sowie

10. folgende Beträge:

- a) im Fall des § 26 Absatz 4 den Betrag für die Entscheidung nach § 26 Absatz 1,
- b) in den Fällen der §§ 32a und 60 ein Fünftel der Gebühr in der Hauptsache,
- c) in den Fällen des § 40 Absatz 3a auch in Verbindung mit § 41 Absatz 2 Satz 3 und § 42 Absatz 2 Satz 2 den Betrag für die Freigabe, Befreiung oder Erlaubnis.“
- d) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 56 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 56b Absatz 3“ ersetzt.
- e) In Absatz 6 Satz 1 Nummer 5 wird die Angabe „§ 56 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 56b Absatz 3“ ersetzt.

29. § 63 wird durch folgenden § 63 ersetzt:

„§ 63

Beteiligte am Rechtsbehelfsverfahren, Beteiligtenfähigkeit

(1) An dem Beschwerdeverfahren sind beteiligt:

- 1. der Beschwerdeführer,
- 2. die Kartellbehörde,
- 3. die weiteren nach § 54 Absatz 2 an dem Verfahren vor der Kartellbehörde Beteiligten,
- 4. die vom Beschwerdegericht zu dem Beschwerdeverfahren Beigeladenen; § 65 der Verwaltungsgerichtsordnung ist entsprechend anzuwenden.

(2) Richtet sich die Beschwerde gegen Verfügungen oder andere behördliche Verfahrenshandlungen, über die die Kartellbehörde in selbstständigen Nebenverfahren entscheidet, bestimmt sich die Beteiligung an dem Beschwerdeverfahren ausschließlich nach Absatz 1 Nummer 1, 2 und 4.

(3) An dem Rechtsbeschwerdeverfahren sind die Beteiligten des vorinstanzlichen Beschwerdeverfahrens beteiligt.

(4) Richtet sich der Rechtsbehelf gegen eine Verfügung einer obersten Landesbehörde oder einen Beschluss des Beschwerdegerichts, der eine solche Verfügung betrifft, ist auch das Bundeskartellamt an dem Verfahren beteiligt.

(5) Fähig am Rechtsbehelfsverfahren beteiligt zu sein, sind außer natürlichen und juristischen Personen auch nichtrechtsfähige Personenvereinigungen.“

30. § 70 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt:

„Sie kann die Einsicht außerdem ablehnen, soweit die Kenntnis der betreffenden Unterlagen für die Geltendmachung oder Verteidigung der rechtlichen Interessen nicht erforderlich ist.“

bb) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4 und es wird nach der Angabe „die Einsicht“ die Angabe „versagt,“ eingefügt.

cc) Nach Satz 4 wird folgender Satz 5 eingefügt:

„Über die Ablehnung der Einsicht nach Satz 3 entscheidet auf Antrag eines Beteiligten das Gericht durch Beschluss.“

dd) Der bisherige Satz 5 wird Satz 7 und durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Beschlüsse nach Satz 5 und Satz 6 sind zu begründen.“

ee) Der bisherige Satz 6 wird zu Satz 8 und es wird die Angabe „Satz 4“ durch die Angabe „Satz 6“ ersetzt.

31. In § 71 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Bei Beschwerden wegen der Erteilung oder Versagung von Auskünften aus den ein Verfahren betreffenden Akten oder aus sonstigen Unterlagen in Kartellverwaltungssachen oder von Einsicht in diese nach § 56b Absatz 3 beträgt der nach § 3 der Zivilprozessordnung zu bestimmende Wert höchstens 10 000 Euro.“

32. § 73 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„§ 44a der Verwaltungsgerichtsordnung gilt entsprechend.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird gestrichen.

c) Absatz 4 Satz 3 wird gestrichen.

33. Die Überschrift von Teil 3 Kapitel 1 Abschnitt 4 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 4

Rechtsbeschwerde“.

34. § 77 wird durch folgenden § 77 ersetzt:

„§ 77

Rechtsbeschwerde

Gegen Beschlüsse der Oberlandesgerichte findet die Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof statt. Einer Zulassung bedarf es nicht.“

35. § 78 wird durch den folgenden § 78 ersetzt:

„§ 78

(weggefallen)“.

36. § 79 Absatz 4 Satz 4 wird gestrichen.

37. § 81g Absatz 2 wird durch folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Eine Unterbrechung der Verjährung wird auch bewirkt nach

1. § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten durch den Erlass des ersten an den Betroffenen gerichteten Auskunftsverlangens nach § 82b Absatz 1 in Verbindung mit § 59, sofern es binnen zwei Wochen zugestellt wird, ansonsten durch dessen Zustellung, und
2. § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 10 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten durch den Eingang der Akten bei dem nach § 83 zuständigen Gericht gemäß § 82a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a.“

38. § 82a wird durch folgenden § 82a ersetzt:

„§ 82a

Befugnisse und Zuständigkeiten im Verfahren nach Einspruchseinlegung

(1) In dem Verfahren nach Einspruch gegen eine Bußgeldentscheidung

1. ist § 69 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit den Maßgaben entsprechend anzuwenden, dass
 - a) die Kartellbehörde als Verwaltungsbehörde die Akten nach § 69 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten unmittelbar an das nach § 83 zuständige Gericht übersendet und die Staatsanwaltschaft durch Übersendung einer Aktenkopie über das Verfahren informiert,
 - b) § 69 Absatz 4 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten nicht anzuwenden ist und die Kartellbehörde die Aufgaben der Verfolgungsbehörde im gerichtlichen Bußgeldverfahren wahrnimmt,
 - c) § 69 Absatz 5 Satz 1 zweiter Halbsatz des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten nicht anzuwenden ist und die gemäß § 65 Absatz 5 im Übrigen dem Richter am Amtsgericht zustehenden Befugnisse dem nach § 83 zuständigen Gericht zustehen.
2. verfügt die Kartellbehörde über dieselben Rechte wie die Staatsanwaltschaft einschließlich aller dieser nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und der Strafprozessordnung zustehenden Rechte,
3. bedarf es auch über die in § 75 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten genannten Fälle hinaus nicht der Zustimmung der Staatsanwaltschaft zu Verfahrenshandlungen und
4. ist § 76 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten nicht anzuwenden.

(2) In dem Rechtsbeschwerdeverfahren nach § 84 übersendet die Kartellbehörde die Akten unmittelbar an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof. § 347

Absatz 1 Satz 3 der Strafprozessordnung ist für die Kartellbehörde entsprechend anzuwenden. Die Kartellbehörde informiert die Staatsanwaltschaft durch Übersendung einer Aktenkopie über das Verfahren. Im Verfahren vor dem Bundesgerichtshof vertritt allein der Generalbundesanwalt das öffentliche Interesse.

(3) Sofern das Bundeskartellamt als Verwaltungsbehörde des Vorverfahrens tätig war, erfolgt die Vollstreckung der Geldbuße und des Geldbetrages, dessen Einziehung nach § 29a des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten angeordnet wurde, durch das Bundeskartellamt als Vollstreckungsbehörde aufgrund einer von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts zu erteilenden, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen beglaubigten Abschrift der Urteilsformel entsprechend den Vorschriften über die Vollstreckung von Bußgeldbescheiden. Die Geldbußen und Geldbeträge, deren Einziehung nach § 29a des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten angeordnet wurde, fließen der Bundeskasse zu, die auch die der Staatskasse auferlegten Kosten trägt.“

39. Nach § 82b wird folgender § 82c eingefügt:

„§ 82c

Zustellung in Bußgeldverfahren

§ 51 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten findet mit der Maßgabe Anwendung, dass im Zustellungsverfahren nach dem Verwaltungszustellungsgesetz § 173 Absatz 3 der Zivilprozessordnung und § 61 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Satz 3 entsprechend anzuwenden sind.“

40. In § 83 Absatz 1 Satz 1 1. Halbsatz wird die Angabe „Kartellbehörde“ durch die Angabe „Verwaltungsbehörde“ ersetzt.
41. § 86a wird durch folgenden § 86a ersetzt:

„§ 86a

Vollstreckung

(1) Die Kartellbehörde kann ihre Anordnungen nach den für die Vollstreckung von Verwaltungsmaßnahmen geltenden Vorschriften durchsetzen. Die Höhe des Zwangsgeldes gegen Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen kann für jeden Tag des Verzugs ab dem in der Anordnung bestimmten Zeitpunkt bis zu 5 Prozent des im vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen weltweiten Tagesgesamtsatzes des Unternehmens oder der Unternehmensvereinigung betragen.

(2) Im Zustellungsverfahren nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes ist § 173 Absatz 3 der Zivilprozessordnung und § 61 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Satz 3 entsprechend anzuwenden.“

42. § 89 Absatz 3 wird gestrichen.
43. In § 90 Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „Antrag“ durch die Angabe „Ersuchen“ ersetzt und die Angabe „Satz 1“ gestrichen.
44. § 93 wird durch folgenden § 93 ersetzt:

„§ 93

Zuständigkeit für Berufung und Beschwerde

§ 92 Absatz 1 und 2 gilt entsprechend für die Entscheidung über die Berufung gegen Endurteile und die Beschwerde gegen sonstige Entscheidungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 87 sowie für Verbandsklagen nach dem Verbraucherschlichtungsgesetz, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse in den in § 87 aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffen.“

45. § 94 Absatz 1 Nummer 1 wird durch folgende Nummer 1 ersetzt:

„1. in Verwaltungssachen über die Rechtsbeschwerde gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte (§§ 77, 79, 80);“.

46. § 108 Absatz 6 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 Nummer 5 wird gestrichen.
- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.“

47. § 114 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird durch folgende Überschrift ersetzt:

„§ 114

Monitoring, Vergabestatistik, Datenservice Öffentlicher Einkauf, Vergabescree-
ning“.

- b) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 und 5 eingefügt:

„(4) Auftraggeber im Sinne des § 98 sind verpflichtet, spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung und spätestens 48 Tage nach der Vergabe einer Konzession unter Nennung der Verfahrenskennung des betreffenden Vergabeverfahrens folgende Daten sämtlicher Bewerber und Bieter an den Datenservice Öffentlicher Einkauf nach Absatz 3 in elektronischer Form zu übermitteln:

- 1. Name und Adresse,
- 2. bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer oder, soweit diese nicht vorhanden ist, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und
- 3. Preis oder Kosten des Angebots, wenn ein solches erfolgt ist; hat der Bieter mehrere Angebote abgegeben, ist das zuletzt abgegebene Angebot maßgeblich.

Satz 1 gilt nicht, soweit die Übermittlung mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden ist oder wenn das öffentliche Interesse dem entgegensteht. Der Datenservice Öffentlicher Einkauf ist zur Erhebung der nach Satz 1 erhobenen Daten, zur Speicherung sowie zu deren Übermittlung nach Maßgabe des § 32h befugt. Nach erfolgreichem Abruf der Daten durch das Bundeskartellamt nach § 32h sind die Daten unterlegener Bewerber und Bieter nach Satz 1 spätestens nach Ablauf von

sechs Kalendermonaten nach der Übermittlung zu löschen. Die Daten nach Satz 1 dürfen vom Datenservice Öffentlicher Einkauf nicht veröffentlicht werden; die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen bleibt davon unberührt.

(5) Auftraggeber im Sinne des § 98 und Vergabekammern können der zuständigen Kartellbehörde bei Verdacht des Verstoßes gegen § 1 oder Artikel 101 des Vertrages der Europäischen Union die relevanten Teile der Dokumentation des betreffenden Vergabe- und Nachprüfungsverfahrens, einschließlich personenbezogener Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, übermitteln.“

48. In § 182 Absatz 2 wird die Angabe „2 500“ durch die Angabe „4 000“, die Angabe „50 000“ durch die Angabe „70 000“ und die Angabe „100 000“ durch die Angabe „140 000“ ersetzt.

49. § 187 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „31. Dezember 2027“ durch die Angabe „31. Dezember 2032“ ersetzt.

b) In Absatz 6 wird die Angabe „und vor dem 31. Dezember 2027“ gestrichen.

c) Nach Absatz 13 werden folgende Absätze 14 bis 19 eingefügt:

„(14) Die §§ 24 bis 27 in der am [einfügen: Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung dieses Gesetzes sind auf vor dem [einfügen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] anerkannte Wettbewerbsregeln auch nach dem [einfügen: Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] anzuwenden.

(15) Abweichend von § 39 Absatz 1 Satz 3 sind bis zum Ablauf des 31. Dezember 2027 auch schriftliche Anmeldungen nach § 39 zulässig.

(16) Die durch form- und fristgerechte Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde am [einsetzen: ... Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] anhängigen Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren werden ab dem [einsetzen: ... Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] als Rechtsbeschwerdeverfahren fortgesetzt. In den Fällen des Satzes 1 weist der oder die Vorsitzende des Rechtsbeschwerdegerichts die Parteien auf die Fortsetzung des Nichtzulassungsbeschwerdeverfahrens als Rechtsbeschwerdeverfahren hin. § 79 Absatz 4 Satz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Frist zur Begründung der Rechtsbeschwerde anstatt mit der Zustellung der Entscheidung des Beschwerdegerichts mit der Zustellung des Hinweises nach Satz 2 zu laufen beginnt.

(17) § 114 Absatz 4 ist ab dem 1. September 2027 anzuwenden. § 114 Absatz 4 Satz 1 gilt bis zum Ablauf des 31. März 2028 nicht für Auftraggeber im Sinne des § 98, die über kein Vergabemanagementsystem verfügen.

(18) Für die Kraftstoffsorte Super Plus gilt die Pflicht zur Datenübermittlung nach § 47k Absatz 2 Satz 1 erst ab dem ... [einsetzen: Datum 6 Monate nach dem Inkrafttreten nach Artikel 5 dieses Gesetzes].

(19) Im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen, für die im Zeitraum ab dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens des Gesetzes] und bis zum Ablauf des 31. Dezember 2035 der Zuschlag erteilt wird, und auf die der Vierte Teil dieses Gesetzes aufgrund des § 107 Absatz 2 nicht anzuwenden ist, stehen Unternehmen sowie Verbänden nach § 33 Absatz 4 gegen öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 99 keine Beseitigungs- oder Unterlassungsansprüche zu, soweit sie sich auf einen Verstoß gegen § 19 oder § 20 stützen.“

Artikel 2

Änderung der MTS-Kraftstoff-Verordnung

Die MTS-Kraftstoff-Verordnung vom 22. März 2013 (BGBl. I 595, 3245; 2013 I 3304), die durch Artikel 27 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 4 Absatz 2 Satz 1 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Der Meldepflichtige hat der Markttransparenzstelle für jede der Tankstellen, bei denen er über die Preissetzungshoheit verfügt, bei jeder Änderung des Preises für eine Kraftstoffsorte nach § 47k Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen den jeweils neuen Verkaufspreis der betreffenden Kraftstoffsorte zu übermitteln (Preisdaten).“

Artikel 3

Änderung des Wettbewerbsregistergesetzes

Das Wettbewerbsregistergesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Mai 2026 (BGBl. 2026 I Nummer 137) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe h wird durch folgenden Buchstaben h ersetzt:

„h) soweit vorhanden, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und die bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer für Unternehmen,“.

b) Absatz 4 wird durch folgenden Absatz 4 ersetzt:

„(4) Die Registerbehörde kann zur Überprüfung und Vervollständigung der in Absatz 1 Nummer 4 genannten Daten das Bundeszentralamt für Steuern um Übermittlung der gültigen Umsatzsteuer-Identifikationsnummer sowie das Statistische Bundesamt um Übermittlung von Unternehmensbasisdaten eines Unternehmens, das in das Wettbewerbsregister eingetragen ist oder eingetragen werden soll, ersuchen. In dem Ersuchen hat die Registerbehörde Name oder Firma sowie Rechtsform und Anschrift des betroffenen Unternehmens anzugeben; im Falle des Ersuchens beim Statistischen Bundesamt kann sie alternativ oder zusätzlich die Daten nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe f oder die bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer angeben. § 27a Absatz 2 Satz 2 des Umsatzsteuergesetzes bleibt unberührt.“

2. In § 8 Absatz 6 Satz 2 wird die Angabe „§ 62 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2“ durch die Angabe „§ 62 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I 2535), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Mai 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 152) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 29 Absatz 3 Nummer 4 wird die Angabe „§ 172a“ durch die Angabe „§ 158“ ersetzt.
2. In § 202 Satz 3 wird die Angabe „§ 172a“ durch die Angabe „§ 158“ ersetzt.

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart die effektive Anwendung des Kartellrechts sicherzustellen und die Verfahren schneller sowie effizienter auszugestalten. Der vorliegende Entwurf des 12. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze dient vorrangig der Umsetzung dieser Vorgaben. Das heute schon gut funktionierende System zur Durchsetzung des Kartellrechts soll vor diesem Hintergrund zielgerichtet verbessert werden. Es wird dort nachgesteuert, wo dies für die Wirksamkeit des Kartellrechts oder für dessen effiziente Durchsetzung angezeigt ist.

Verfahrensvereinfachung und Effizienzverbesserung sind notwendig um Wirtschaft und Verwaltung zu entlasten und die Balance zwischen notwendiger und hinreichender Eingriffsverwaltung auszutariieren. Damit wird der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt und die zunehmenden knappen Ressourcen in der öffentlichen Verwaltung geschont.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Mit dem Entwurf wird die in den vergangenen Jahren vorgenommene Bestandsaufnahme der Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen fortgesetzt. Es erfolgen weitere punktuelle Fortentwicklungen und Verbesserungen bei spezifischen Vorschriften. Das bestehende und im Grundsatz bewährte System des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bleibt unberührt. Hier wurden insbesondere mit den vergangenen Novellen wichtige Schritte zur Stärkung des Wettbewerbs vorgenommen, wie die Anpassungen an die Besonderheiten der Digitalökonomie durch eine Reform der Missbrauchsaufsicht und die erweiterten Befugnisse für das Bundeskartellamt nach erfolgten Sektoruntersuchungen zur Abstellung fortwährender und erheblicher Störungen des Wettbewerbs.

1. Stärkere Fokussierung der Fusionskontrolle

Das System der deutschen Fusionskontrolle ist ein bewährtes, gut funktionierendes Instrument einer präventiven Wettbewerbspolitik. Es schützt den Wettbewerb, indem es die Entstehung marktbeherrschender Stellungen durch externes Wachstum verhindert. Das Verfahren zeichnet sich in der Praxis – auch im internationalen Vergleich – durch verhältnismäßig geringe formale Anforderungen an Anmeldungen und kurze Verfahrensdauern aus, bei einer verhältnismäßig hohen Anzahl von Anmeldungen. Dennoch bedarf das Fusionskontrollsystem in Deutschland regelmäßiger Überprüfung, um weiterhin dessen Effektivität und Effizienz zu gewährleisten.

Im Bereich der formellen Fusionskontrolle bedeutet dies vor allem eine Prüfung der Aufgreifschwellen. Wesentlich ist dabei das Ziel, die Unternehmen und insbesondere den Mittelstand nur soweit zu belasten, wie dies aus wettbewerbspolitischer Sicht erforderlich ist. Eine stärkere Fokussierung der Fusionskontrolle und Entlastungen für Unternehmen lassen sich dort erreichen, indem bestimmte Fusionen (z.B. hinsichtlich Größe der beteiligten Unternehmen), die in der Regel wettbewerbslich unbedenklich sind, künftig keiner generellen Anmeldepflicht mehr unterliegen. Vor diesem Hintergrund und auch angesichts des inflationären Umfelds der vergangenen Jahre erfolgt eine Anhebung aller Umsatzschwellenwerte in § 35 Absatz 1 um jeweils zwischen 14 und 50 Prozent.

Mit der 9. GWB-Novelle wurde bereits 2017 ein neuer Aufgreifstatbestand, die sog. Transaktionswertschwelle, eingeführt. Seitdem kann das Bundeskartellamt auch bestimmte Gruppen von wettbewerblich problematischen Fällen unterhalb der Umsatzschwellenwerte überprüfen, sofern der Transaktionswert mehr als 400 Mio. Euro beträgt. Damit können insbesondere junge, innovative Unternehmen vor strategischen Aufkäufen etablierter, marktstarker Unternehmen (sog. „killer acquisitions“) geschützt und die innovationsfördernde Wirkung des Wettbewerbs abgesichert werden. Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass einige wettbewerblich relevante Transaktionen aktuell nicht durch das Bundeskartellamt überprüft werden können, weil das Zielunternehmen noch nicht oder nur geringfügig in Deutschland tätig ist (weiteres Aufgreifkriterium neben dem Transaktionswert). Die Transaktionswertschwelle wird daher mit dem vorliegenden Entwurf zielgerichtet ausgeweitet, um die Rechtssicherheit zu erhöhen und diese bestimmten, bisher nicht aufgreifbaren Zusammenschlüsse künftig prüfen zu können. Erstens wird klargestellt, dass die Anmeldepflicht nach der Transaktionswertschwelle (§ 35 Absatz 1a a.F.) nicht subsidiär zur Anmeldepflicht nach den Umsatzschwellenwerten (§ 35 Absatz 1 a.F.) gilt, sondern gleichrangig neben dieser steht. Zweitens wird der Anwendungsbereich der Transaktionswertschwelle auf Zusammenschlüsse erweitert, bei denen das Zielunternehmen noch nicht oder nur geringfügig in Deutschland tätig ist, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit künftig auf Märkten in Deutschland anbieten wird oder seine Nutzerzahl in Deutschland voraussichtlich deutlich steigern wird. Die erweiterte Anmeldepflicht beinhaltet für das Bundeskartellamt auch die Möglichkeit, weitere Fälle zu erfassen und bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen an die Europäische Kommission zu verweisen.

Für Zusammenschlüsse, die aufgrund der Transaktionswertschwelle anmeldepflichtig sind, wird ein neues Anzeigeverfahren eingeführt. Die Unternehmen können diese Vorhaben künftig in Form einer schlanken Anzeige beim Bundeskartellamt einreichen. Das Bundeskartellamt prüft innerhalb von zwei Wochen, ob auf eine vollständige Anmeldung verzichtet werden kann. Erfolgt keine entsprechende Mitteilung, gilt der Zusammenschluss bereits nach Ablauf dieser Frist als freigegeben.

2. Rechtssicherheit durch Anspruch auf kartellbehördliche Entscheidung

Mit der 10. GWB-Novelle wurde ein Anspruch für Unternehmen auf eine Entscheidung des Bundeskartellamts, dass kein Anlass zum Tätigwerden durch die Kartellbehörde besteht, eingeführt. Dieser Anspruch besteht für horizontale Kooperationen und gewährt den beteiligten Unternehmen ein hohes Maß an Rechtssicherheit. Der Anspruch wird nun auch auf vertikale Vereinbarungen ausgeweitet. Durch eine frühzeitige kartellrechtliche Bewertung möglicher Vorhaben durch das Bundeskartellamt kann für die Unternehmen mehr Rechtssicherheit, insbesondere bei innovativen und neuartigen Kooperationen gewährleistet werden. Der ausgeweitete Anspruch auf kartellbehördliche Entscheidung sorgt damit auch für eine Entlastung der Wirtschaft.

3. Energiewirtschaftliche Missbrauchsaufsicht

Die Regelung zur energiewirtschaftlichen Missbrauchsaufsicht wird um weitere fünf Jahre verlängert.

4. Vergabescreening

Dem Bundeskartellamt wird erstmals die Möglichkeit zu einem Vergabescreening im Oberschwellenbereich eröffnet. Gleichzeitig werden die Auftraggeber verpflichtet, die hierfür erforderlichen Daten zu allen Bietern an den Datenservice Öffentlicher Einkauf zu übermitteln.

5. Ministererlaubnis

Mit der 9. GWB-Novelle sind die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Ministererlaubnisentscheidungen eingeschränkt worden. Um den Ausnahmecharakter der Ministererlaubnis zu

betonen, gleichzeitig jedoch effektiven Rechtsschutz zu ermöglichen, wird der status quo ante vor der 9. GWB-Novelle wieder hergestellt und die Gebühren für das Verfahren – mit Blick auf den erforderlichen Verwaltungsaufwand – angehoben. Der Gesetzentwurf stärkt damit den Rechtsschutz bei Ministererlaubnisentscheidungen.

6. Amtszeitbefristung

Die Amtszeit der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskartellamts wird durch die Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit auf acht Jahre befristet. Eine Wiederernennungsmöglichkeit besteht nicht.

7. Kartellverwaltungs-, -ordnungswidrigkeiten- und Rechtsbehelfsverfahren

Um Fusionskontroll-, Kartellverwaltungs- und Kartellbußgeldverfahren zu beschleunigen und effizienter auszugestalten, erfolgen mit diesem Entwurf mehrere Klarstellungen und Verfahrensvereinfachungen im Bereich der Beteiligung am Kartellverfahren, der Akteneinsicht, der Veröffentlichung, der Zustellung und der Rechtsbehelfsverfahren. Zudem werden Anmeldungen zur Fusionskontrolle ab 2028 ausschließlich digital erfolgen. Bis dahin gilt eine Übergangsfrist, in der auch schriftliche Anmeldungen weiterhin akzeptiert werden. Ziel ist der Übergang zu einem vollständig digitalen Fusionskontrollverfahren. Dies ist Voraussetzung für eine weitere Steigerung der Effizienz, Geschwindigkeit und Nachhaltigkeit der Verfahren.

8. Gebühren

Der Gebührenrahmen für Verfahren vor den Kartellbehörden und Vergabekammern wird modernisiert.

9. Sonstiges

Aus Gründen der Rechtsbereinigung werden schließlich zahlreiche Berichts- und Evaluierungsverpflichtungen gestrichen, zu denen zwischenzeitlich die entsprechenden Berichte vorgelegt wurden. Gestrichen werden ebenfalls die Vorschriften zu den Wettbewerbsregeln, die mittlerweile keinen praktischen Anwendungsbereich mehr haben.

III. Exekutiver Fußabdruck

Wesentliche inhaltliche Beiträge Dritter wurden bei der Erarbeitung des Entwurfs nicht berücksichtigt.

IV. Alternativen

Die Ziele können nur über eine Gesetzesänderung erreicht werden. Gleichermaßen geeignete und angemessene Alternativen sind nicht verfügbar, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

V. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes beruht auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 16 (Verhütung des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung) und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 Grundgesetz (gerichtliches Verfahren).

VI. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

VII. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinfacht die Arbeit des Bundeskartellamtes, indem die Aufgreifschwellen für die Fusionskontrolle angehoben werden. Das Bundeskartellamt kann so die verfügbaren Ressourcen zielgerichteter für wettbewerblich problematische Fälle einsetzen. Zudem werden weitere Verfahrensvereinfachungen (einschließlich Fortsetzung der Digitalisierung der Prozesse des Bundeskartellamtes) vorgenommen, etwa mit Blick auf Unternehmenskooperationen, Klarstellungen und Regelungen zu Fragen zu Beteiligungs-, Akteneinsichtsrechten und Zustellerfordernissen sowie den Wegfall des Zulassungsverfahrens zur Rechtsbeschwerde.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Gesetzentwurf steht im Einklang mit dem Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dient. Der Gesetzentwurf beachtet dabei insbesondere das Prinzip 4 der Stärkung nachhaltigen Wirtschaftens.

Der Gesetzentwurf beeinflusst schwerpunktmäßig die Indikatoren aus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands stehen. Insbesondere soll der Entwurf zu einem stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstum sowie einem höheren Investitionsniveau (Indikatoren 8.3 und 8.4) beitragen, indem die Voraussetzungen für wirksamen Wettbewerb gestärkt werden.

Die Regelungen des Entwurfs berühren auch das Ziel eines einfachen Zugangs zur Justiz und der Schaffung leistungsfähiger und rechenschaftspflichtiger Institutionen (Indikator 16 und insbesondere globales Unterziel 16.6 der Agenda 2030). So werden etwa die Vorschriften verwaltungsrechtlichen Handelns überarbeitet, sodass für Unternehmen z.B. im Hinblick auf das „Vorsitzendenschreiben“ in § 32c des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und durch Klarstellungen und Regelungen zu Fragen zu Beteiligungs-, Akteneinsichtsrechten und Zustellerfordernissen höhere Rechtssicherheit erreicht werden kann.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch den Gesetzentwurf entsteht kein Mehrbedarf. Demnach bestehen auch keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

4. Erfüllungsaufwand

4.1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Der Gesetzentwurf führt nicht zu einem Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

4.2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Gesetzentwurf führt zu einer Entlastung der Wirtschaft um 2,808 Mio. Euro jährlich.

Durch die Anhebung der Anmeldeschwellen in der Fusionskontrolle wird es zu weniger Anmeldungen und weniger Prüfverfahren beim Bundeskartellamt kommen. Dies führt zu einer Entlastung für die Wirtschaft. Diese kann aufgrund der Ungewissheit über die Anzahl zukünftiger Anmeldungen nur überschlägig anhand der aktuellen Zahlen der Fusionsanmeldungen geschätzt werden. Diese Schätzung ist aufgrund der Vorfeldwirkung der Fusionskontrolle und der lediglich prognostizierbaren wirtschaftlichen Entwicklung mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Seit der letzten Änderung der Anmeldeschwellen im Januar 2021 gab es durchschnittlich ca. 875 Anmeldungen pro Jahr. Die Anhebung der weltweiten Umsatzschwelle auf 750 Mio. Euro, die Anhebung der ersten Inlandsumsatzschwelle auf 75 Mio. Euro sowie die Anhebung der zweiten Inlandsumsatzschwelle auf 20 Mio. Euro werden voraussichtlich zu einer Verringerung der Anmeldungen um ca. 13 bis 14 Prozent führen. Dies entspricht 120 Verfahren pro Jahr, davon ein Hauptprüfverfahren. Für die Unternehmen ist diese Verringerung der Anmeldezahlen mit einer signifikanten Entlastung verbunden. Es entfallen jeweils die Kosten für die Gebühren des Bundeskartellamtes und der mit der Anmeldung verbundene Aufwand im Unternehmen selbst. Die Entlastung bei den Gebühren wird unter „5. Weitere Kosten“ dargestellt. Durch die Änderungen in § 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b GWB wird sich die Zahl der Anmeldungen um ca. 2 Vorprüfverfahren, auf insgesamt 32, welche lediglich mit der Transaktionswertschwelle aufgegriffen werden können, erhöhen. Mit dem neuen Mechanismus der Anzeige in § 39 Absatz 7 GWB ist nicht mehr die vollständige Anmeldung des Zusammenschlusses nötig. Es wird geschätzt, dass das Bundeskartellamt nach § 39 Absatz 8 GWB durchschnittlich 2 Vorprüfverfahren pro Jahr startet und es bei den restlichen 30 Fällen pro Jahr bei der Anzeigepflicht, und damit einem reduzierten Aufwand bleibt.

Insgesamt führen die Änderungen in der Fusionskontrolle somit zu einer Verringerung der Fallzahlen um 147 Vorprüfverfahren und einem Hauptprüfverfahren sowie zu einem Anstieg um 30 Fälle mit lediglich einer Anzeigepflicht.

Der Aufwand für ein Unternehmen bei einem Vorprüfverfahren wird auf 60 Stunden, bei einem Hauptprüfverfahren auf 640 Stunden und bei der Anzeigepflicht auf 20 Stunden geschätzt. Es wird der durchschnittliche branchenübergreifende Stundensatz von 62,40 Euro bei hohem Qualifikationsniveau zugrunde gelegt, da die Fusionskontrolle horizontal alle Wirtschaftsbereiche betrifft. Im Unternehmen entstehen zusätzliche Kosten durch die rechtliche Beratung im Zusammenhang mit Fusionskontrollverfahren. Diese Ausgaben gehen über den oben geschätzten Personalaufwand innerhalb des betroffenen Unternehmens hinaus. Die durchschnittlichen Kosten für die Rechtsberatung können aufgrund der starken Divergenz an Aufwand und Komplexität der einzelnen Fälle nur überschlägig geschätzt werden. Es wird von einer Belastung in Höhe von 15.000 Euro für jedes Vorprüfverfahren, 200.000 Euro pro Hauptprüfverfahren und 5.000 Euro bei Anzeigepflicht ausgegangen.

Die Ausweitung der Meldepflicht an die MTS-K auf die Kraftstoffsorte „Super Plus“ betrifft knapp 1950 Preishoheitsinhaber (PHI) und ca. 15.000 Tankstellen. Die Zahl der PHI mit unter 10 Tankstellen umfasst auch jene, die für alle oder einen Teil ihrer Tankstellen von der Meldepflicht befreit sind. Zu beachten ist, dass sowohl die Zahl der PHI als auch die Tankstellenverteilung variieren, da neue PHI hinzukommen, da sich die Verteilung der Tankstellen auf PHI ändert (z.B. durch Übernahmen) oder da bestehende PHI ihren Status als PHI aufgeben. Aktuelle Zahl der Preismelder: Ca. 13 (Stand Anfang April 2026). Die grundlegende Infrastruktur ist auf neue Kraftstoffsorten erweiterbar. Es ist davon auszugehen, dass bestehende Systeme umprogrammiert werden müssen. Wie hoch die Kosten hier auf Seiten der PHI / Preismelder sein wird, kann nicht ohne Weiteres beziffert werden. Gleiches gilt für den Erfüllungsaufwand auf Seiten der aktuell ca. 75 Verbraucher-Informationsdienste. Ähnlich wie bei den PHI müssen diese das laufende System umprogrammieren. Viele VID zeigen Super Plus-Preise bereits an, die von Bürgern gemeldet werden. Der

Übertragungsweg der Daten wird im Grunde der gleiche sein, wie bei E5, E10 und Diesel. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund des geringen Aufwands pro Fall der Mehraufwand unter 100.000 Euro liegt.

Das neue Ermittlungsinstrument der behördlich veranlassten Datenmeldung nach § 47k Abs. 7 Satz 2 bis 5 verursacht einen Mehraufwand aufseiten der Wirtschaft. Es wird stand jetzt von maximal 10 betroffenen Anbietern von Kraftstoffen ausgegangen. Pro Meldung wird von einem Personalaufwand von 1 h bei mittlerem Qualifikationsniveau im Bereich Energieversorgung ausgegangen, wobei pro Monat von vier Meldungen und einer Dauer von sechs Monaten ausgegangen wird.

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	IP	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)
2.1	§ 35 GWB – Vorprüfverfahren –	J a	-147	60 h * 62,40 Euro/h + 15.000 Euro	-2.755	-	-	-
2.2	§ 35 GWB – Hauptprüfverfahren –	J a	-1	640 h * 62,40 Euro/h + 200.000 Euro	-240	-	-	-
2.3	§ 35 GWB – Anzeigepflicht –	J a	30	20 h * 62,40 Euro/h + 5.000€	187	-	-	-
2.4	§ 47 k Abs. 2 GWB	J a			Geringfügig (geringer Aufwand pro Fall)			
2.5	§ 47k Abs. 7	J a			Geringfügig (geringer Aufwand pro Fall)			
Summe (in Tsd. Euro)					-2.808	-	-	-

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	IP	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)
	davon aus Informationspflichten (IP)				-2.808	-	-	-

4.3 Erfüllungsaufwand für die Verwaltung

Durch die Anhebung der Anmeldeschwellen in der Fusionskontrolle wird es zu weniger Anmeldungen und weniger Prüfverfahren beim Bundeskartellamt kommen. Dies sorgt für eine Entlastung der Behörde. Der personelle Aufwand für ein Vorprüfverfahren beim Bundeskartellamt entspricht durchschnittlich 3 hD-Arbeitstagen, sowie je 1 gD- und mD-Arbeitstag. Für ein Hauptprüfverfahren wird der Aufwand auf 70 hD-Arbeitstage, sowie je 16,5 gD- und mD-Arbeitstage geschätzt. Der Aufwand für das Prüfen der Anzeigen nach § 39 Absatz 1 und 7 GWB wird auf 1 hD-Arbeitstage, sowie je 0,5 gD- und mD-Arbeitstage pro Fall geschätzt.

Die Ausweitung der Meldepflicht nach § 47k Absatz 2 auf Super Plus erfordert technische Anpassungen der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (MTS-K), insbesondere des XML-Meldeschemas. Nach Einschätzung des Bundeskartellamtes ist hierfür eine externe Vergabe erforderlich. Hierdurch entstehen einmalige Sachkosten von voraussichtlich rund 90.000 Euro.

Darüber hinaus entstehen beim Bundeskartellamt einmalige Personalaufwände für die Anpassung und Erprobung bestehender Auswertungs- und Datenbanksysteme sowie der MTS-K-App in Höhe von insgesamt rund 10 Personentagen im gehobenen Dienst und 82 Personentagen im höheren Dienst.

Zusätzlicher laufender Verwaltungsaufwand entsteht insbesondere für Monitoring, Support und Durchsetzung der erweiterten Meldepflicht gegenüber Preismeldern, Plattformbetreibern und Verbraucher-Informationsdiensten. Hierfür ist mit einem zusätzlichen Personalbedarf von etwa 0,5 Stellen im gehobenen Dienst, 0,25 Stellen im mittleren Dienst sowie 0,5 Stellen im höheren Dienst zu rechnen.

Ferner ist aufgrund erhöhter Systemlasten und technischer Anpassungen mit zusätzlichen laufenden Ausgaben für Mobilithek-Dienste von bis zu 50.000 Euro jährlich zu rechnen.

Der Erfüllungsaufwand der Länder für die Verfolgung möglicher Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen die Meldepflicht von Super-Plus-Preiserhöhungen dürfte durch die finanziellen Einnahmen abgedeckt sein, die mit den entsprechenden Bußgeldern einhergehen.

Das neue Ermittlungsinstrument der behördlich veranlassten Datenmeldung nach § 47k Abs. 7 verursacht beim Bundeskartellamt pro Meldung einen Mehraufwand von 0,25h. Aufgrund des geringfügigen Aufwands pro Fall wird von einem Mehraufwand von unter 100.000 Euro ausgegangen.

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)
3.1	§ 35 GWB – Vorprüfverfahren –	Bund	-147	24 h * 67,60 Euro/h (hD) + 8 h * 40,40 Euro/h (gD) + 8 h * 33,80 Euro/h (mD)	-326	-	-	-
3.2	§ 35 GWB – Hauptprüfverfahren –	Bund	-1	560 h * 67,60 Euro/h (hD) + 132 h * 40,40 Euro/h (gD) + 132 h * 33,80 Euro/h (mD)	-48	-	-	-
3.3	§ 35 GWB – Anzeigepflicht –	Bund	30	8 h * 67,60 Euro/h (hD) + 4 h * 40,40 Euro/h (gD) + 4 h * 33,80 Euro/h (mD)	25	-	-	-
3.4	§ 47k Abs. 2	Bund	800	1 h * 67,60 Euro/h (hD) + 1 h * 40,40 Euro/h (gD) + 0,5 h * 33,80 Euro/h (mD) + 62,5 Euro	150	1	656 h * 67,60 Euro/h (hD) + 80 h * 40,40 Euro/h (gD) + 90.000 Euro	138
3.5	§ 47k Abs. 7	Bund			Geringfügig (geringer Aufwand pro Fall)			
3.6	§ 114 GWB	Bund	5.700	10 min * 40,40 Euro/h	38			

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“ (Begründung)
3.7	§ 114 GWB	Land	16.750	10 min * 43,20 Euro/h	121			
Summe (in Tsd. Euro)			-40			-	-	-
davon Bund			-161			-	-	-
davon Land (inklusive Kommunen)			121			-	-	-

Der Gesetzentwurf führt zu einer Entlastung beim Bundeskartellamt um 199 T € jährlich, sowie einer Belastung der restlichen Bundesverwaltung um 38 T € jährlich und der Länder um 121 T € jährlich.

5. Weitere Kosten

Die Gebührenobergrenzen in § 62 Absatz 2 Satz 2 GWB werden erhöht, da die Kostendeckung durch die seit 1989 unangepassten Obergrenzen nicht mehr gegeben ist. Dies dürfte zu einem Anstieg der durchschnittlich erhobenen Gebühren führen. Auch dieser kann nur grob geschätzt werden. Die durchschnittliche Gebühr für ein Vorprüfverfahren wird mit dem neuen Gebührenrahmen von 7.500 Euro auf durchschnittlich 10.000 Euro bei Vorprüfverfahren und von 30.000 Euro auf ca. 50.000 Euro bei Hauptprüfverfahren steigen. Die durchschnittlichen Gebühren im neu eingeführten Anzeigeverfahren werden auf 1.000 Euro geschätzt. Zudem dürften die Gebühren zur Akteneinsicht um 20 Prozent und damit 1.000 Euro auf 6.000 Euro insgesamt im Jahr steigen. Dies führt zu einem Anstieg von $728 * 2.500 \text{ Euro} + 9 * 20.000 \text{ Euro} + 30.000 \text{ Euro} + 1.000 \text{ Euro} = 2.031.000 \text{ Euro}$. Gleichzeitig entfallen durch die Reduktion der anmeldepflichtigen Zusammenschlüsse im Zusammenhang mit den Änderungen in der Fusionskontrolle voraussichtlich 147 Vorprüfverfahren und ein Hauptprüfverfahren. Anhand des neuen Gebührenrahmens wird so die Wirtschaft um $147 * 10.000 + 50.000 \text{ Euro} = 1.520.000 \text{ Euro}$ entlastet. Insgesamt führt die Gebührenanpassung damit zu Kosten in Höhe von $2.031.000 \text{ Euro} - 1.520.000 \text{ Euro} = 511.000 \text{ Euro}$ jährlich.

Weitere Kosten fallen für Unternehmen, die sich rechtskonform verhalten, nicht an.

Grundsätzlich dürften die Maßnahmen einen dämpfenden Effekt auf die Entwicklung der Einzelpreise und das Preisniveau insgesamt haben, weil die verbesserte Durchsetzung des Wettbewerbsrechts zu einem wirksameren Wettbewerb führt. Insbesondere wird erwartet,

dass die Kosten des Vergabescreenings durch eine bessere Verfolgung von Submissionsabsprachen langfristig volkswirtschaftlich mindestens kompensiert werden.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Von der Stärkung der Voraussetzungen wirksamen Wettbewerbs werden die Verbraucherinnen und Verbraucher mittelbar profitieren.

VIII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung der Änderungen ist nicht vorgesehen.

Die Bundesregierung wird laufend über Verfahren des Bundeskartellamtes und die Durchführung der Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen unterrichtet.

Das Bundeskartellamt evaluiert das Vergabescreening nach drei Jahren nach Inkrafttreten und legt der Bundesregierung hierzu einen Bericht vor.

Das Bundeskartellamt legt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zum neuen Anzeigeverfahren in Fällen der Transaktionswertschwelle (Fusionskontrolle) nach zwei Jahren nach Inkrafttreten einen Bericht vor.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Bei der Änderung handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Streichung der §§ 24 bis 27 GWB.

Zu Buchstabe b

Bei der Einfügung der Überschrift von § 32h GWB handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Einfügung des neuen § 32h GWB.

Zu Buchstabe c

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Ausweitung der Veröffentlichungspflichten des Bundeskartellamts im Bereich der Fusionskontrolle in § 43 GWB.

Zu Buchstabe d

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Streichung von **§ 43a GWB**.

Zu Buchstabe e

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Einfügung des neuen § 51a GWB.

Zu Buchstabe f

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neugliederung von § 56 GWB aF auf die drei neuen Vorschriften § 56 bis § 56b GWB.

Zu Buchstabe g

Bei der Umbenennung von **Abschnitt 4** handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Streichung der Nichtzulassungsbeschwerde.

Zu Buchstabe h

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Streichung der Nichtzulassungsbeschwerde in § 77 GWB.

Zu Buchstabe i

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Streichung von § 78 GWB.

Zu Buchstabe k

Bei der Anpassung der Inhaltsübersicht in Bezug auf § 114 GWB handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der veränderten Überschrift von § 114 GWB infolge der Einfügung von § 114 Absatz 4 GWB.

Zu Nummer 2

§ 18 Absatz 8 GWB wird als Beitrag zur Rechtsbereinigung gestrichen. Der Bericht wurde zwischenzeitlich zusammen mit dem Bericht nach § 43a GWB vorgelegt.¹

Zu Nummer 3

§ 19a Absatz 4 GWB wird als Beitrag zur Rechtsbereinigung gestrichen. Der Bericht wurde zwischenzeitlich vorgelegt und im Internet auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie veröffentlicht.²

Zu Nummer 4

Die **§§ 24 bis 27 GWB** werden als Beitrag zur Rechtsbereinigung gestrichen. Die Vorschriften haben mittlerweile keine praktische Relevanz mehr.

Zu Nummer 5**Zu Buchstabe a**

Bei der Änderung von **§ 28 Absatz 3 GWB** handelt es sich um eine notwendige Anpassung aufgrund der Einfügung des neuen § 28 Absatz 4 GWB. Da der Begriff der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in § 1 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 legaldefiniert wird, wird die bislang in § 28 Absatz 3 GWB enthaltene Begriffsbestimmung auf die bisherigen Absätze 1 und 2 des § 28 GWB beschränkt. Der Anwendungsbereich der Absätze 1 und 2 wird nicht verändert. Nach der Legaldefinition der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 ist der Begriff der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf „alle Erzeugnisse, die in Anhang I der Verträge aufgeführt sind, ausgenommen Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur im

¹ BT-Drucks. 19/26136.

² Abrufbar hier: https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/E/20260107-evaluation-19a-gwb.pdf?__blob=publicationFile&v=6.

Sinne der Gesetzgebungsakte der Union über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur“, beschränkt.

Zu Buchstabe b

Artikel 210a der Gemeinsamen Marktorganisation (VO (EU) Nr. 1308/2013 über die gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, GMO) regelt eine Freistellung vom Kartellverbot gemäß Artikel 101 AEUV für bestimmte Nachhaltigkeitskooperationen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Nach Artikel 210a Absatz 3 GMO sind Vereinbarungen, die auf höhere Standards in Bezug auf Umweltschutz, Pestizideinsatz oder Tierwohl bei der Erzeugung und dem Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen abzielen, unter bestimmten Voraussetzungen vom Kartellverbot freigestellt. Mit der Verordnung (EU) 2026/47 des Europäischen Parlaments und des Rates vom [...] *Veröffentlichung vss. im Juli*] zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 hinsichtlich der Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette [ABl. ...] wird Artikel 210a Absatz 3 GMO um weitere Ziele ergänzt (u.a. Unterstützung junger Erzeuger) [Aktualisierungsvorbehalt]. Das EU-Recht ist aber nur für solche Fälle mit einem Bezug zum Binnenmarkt anwendbar. Im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird dies auf einen Großteil der Produkte zutreffen. Um aber eine Gleichbehandlung mit rein nationalen Fällen zu erreichen und um Abgrenzungsprobleme zu vermeiden, wird die Regelung des Artikels 210a GMO nun analog auch für rein nationale Fälle umgesetzt.

Der Anwendungsbereich des neuen **§ 28 Absatzes 4 GWB** geht über den des Absatzes 1 hinaus. Entsprechend Artikel 210a Absatz 2 GMO gilt die Regelung für Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen von Erzeugern landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die von mehreren Erzeugern oder von einem oder mehreren Erzeugern und einem oder mehreren Marktteilnehmern auf verschiedenen Stufen der Erzeugung, der Verarbeitung und des Handels der Lebensmittelversorgungskette, einschließlich des Vertriebs, geschlossen oder getroffen werden.

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

Die Anpassung der Überschrift von **§ 30 GWB** spiegelt die Erweiterung der Norm auf Medien, insbesondere den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, wider.

Zu Buchstabe b

§ 30 Absatz 2b GWB wird neu gefasst. Mit dem neuen **§ 30 Absatz 2b Satz 3 GWB** wird die Ausnahme vom Kartellverbot für Zeitschriften- und Zeitungsverlage auf private Rundfunkanbieter erstreckt. Der intermediale Wettbewerb mit großen Onlineplattformen setzt private Rundfunkanbieter zunehmend unter Druck. Für Zuschauer stellen Streaminganbieter zunehmend eine Alternative zum linearen Fernsehen und Hörfunk dar. Somit sehen sich Rundfunkanbieter in Konkurrenz zu Plattformen mit erheblichen finanziellen und technischen Ressourcen. Eine Erweiterung der Kooperationsmöglichkeiten der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage auch auf private Rundfunkanbieter ermöglicht letzteren, effektiver in Wettbewerb zu treten mit diesen Plattformen. Angesichts des hohen Schutzgutes der Sicherung der Meinungsvielfalt ist die redaktionelle Zusammenarbeit hiervon ausgenommen.

Bei Vereinbarungen zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privaten Rundfunkanbietern findet § 1 GWB sowohl für die redaktionelle als auch für die nicht-redaktionelle Zusammenarbeit Anwendung. Jedoch ist bei der Beurteilung von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im nicht-redaktionellen Bereich das Ziel, die wirtschaftliche Basis der beteiligten Rundfunkanstalten und -anbieter im intermedialen Wettbewerb zu stärken, bei der Anwendung des § 1 GWB durch die Kartellbehörden besonders zu berücksichtigen.

Auch für Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privaten Rundfunkanbietern besteht der Anspruch auf Entscheidung der Kartellbehörde nach § 32c GWB mit der Maßgabe des § 30 Absatz 2b Satz 4, damit die Unternehmen rasche Rechtssicherheit in Bezug auf ihre Kooperationsvorhaben erhalten. Hierbei sollten insbesondere Kooperationsmöglichkeiten nach § 30d Absatz 2 sowie § 30f Absatz 3 des Medienstaatsvertrages für die Prüfung herangezogen werden. Damit wird auch den im Medienstaatsvertrag verankerten Zielen Rechnung getragen, wonach öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk der öffentlichen Meinungsbildung sowie der Meinungsvielfalt verpflichtet sind und beide Säulen des dualen Rundfunksystems in der Lage sein sollen, im intermediären Wettbewerb zu bestehen.

Zu Buchstabe c

Mit dem neuen **§ 30 Absatz 4 GWB** wird eine neue Ausnahme vom Kartellverbot für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschaffen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wurden mit dem Medienstaatsvertrag von den Ländern mit der Erbringung von Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Gleichzeitig werden weitgehende Einsparungen von ihnen erwartet, welche sie durch Kooperationen erreichen sollen. Eine Ausnahme von § 1 für den nicht-kommerziellen Bereich eröffnet ihnen die Möglichkeit noch einfacher zusammenzuarbeiten, ohne jede Kooperation im Sinne des § 30e Absatz 5 Medienstaatsvertrag im Einzelfall rechtlich prüfen zu müssen. Dies ermöglicht schnellere und effizientere Zusammenarbeit, was die erwarteten Einsparungen ermöglicht.

Zu Nummer 7

Mit der Änderung von **§ 32 Absatz 3 GWB** wird klargestellt, dass es für die Feststellung einer beendeten Zuwiderhandlung keines berechtigten Interesses der Kartellbehörde bedarf. Die Vorschrift war schon bislang aufgrund Artikel 10 Absatz 1 Satz 4 der Richtlinie (EU) 2019/1 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts, Abl. L 11 vom 14.1.2019, S. 3, dahingehend auszulegen, dass es eines solchen Interesses nicht mehr bedurfte. Unabhängig davon wird die Kartellbehörde vor dem Erlass einer solchen Feststellungsentscheidung im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung eine Verhältnismäßigkeitsprüfung durchführen.

Zu Nummer 8

Der Anspruch in **§ 32c Absatz 4 GWB** für Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen auf eine Entscheidung des Bundeskartellamtes nach Absatz 1 wird durch die Streichung der Wörter „im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit Wettbewerbern“ auf vertikale Vereinbarungen ausgeweitet. Die ursprüngliche Begrenzung des Anspruchs auf horizontale Kooperationen erfolgte vor allem, um die Bindung zusätzlicher Ressourcen beim Bundeskartellamt auf ein vertretbares Maß zu begrenzen (BT-Drucks. 19/23492, S. 87). Im Erfüllungsaufwand zu der Einführung dieses Anspruchs wurde von fünf Verfahren im Jahr ausgegangen. Ca. fünf Jahre nach Inkrafttreten wurde diese Schätzung deutlich unterschritten. Eine Begrenzung auf lediglich horizontale Kooperationen aus Ressourcengründen ist daher nicht mehr angezeigt. Zugleich besteht beispielsweise bei Datenpools auch bei der Zusammenarbeit mit Nicht-Wettbewerbern ein besonderes Interesse an Rechtssicherheit. Daher wurde in der Vergangenheit die Ausweitung auf vertikale Fälle gefordert (Ausschussdrucksache 19(9)887, S. 23).

Zu Nummer 9

In **§ 32e Absatz 5 GWB** werden die Verweise um einen Verweis auf § 56b GWB ergänzt. Durch das GWB-Digitalisierungsgesetz wurde im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen das Recht der Erteilung von Auskünften und der Einsicht in die Akten von

Kartellverwaltungsverfahren neu geregelt. § 56b enthält nunmehr eigene Regelungen für den Informationszugang von Verfahrensbeteiligten und Dritten, die auf die Regelungen zu Kartellordnungswidrigkeitenverfahren und zu den Regelungen im Kontext von Kartellschadensersatzklagen abgestimmt wurden (BT-Drucks. 19/23492, S. 111 f.). Dieses abschließende Regelungssystem des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen geht den allgemeinen Regelungen zum Zugang zu öffentlichen Informationen wie denen des IFG, des UIG oder des VIG vor (vgl. zum IFG: OVG Münster, Urteil vom 8. Januar 2024, 15 A 2286/20). In der bisherigen Fassung von § 32e Absatz 5 wird indes die Neuregelung des Akteneinsichtsrechts in § 56b versehentlich nicht in Bezug genommen. Dies wird nunmehr korrigiert und klargestellt, dass auch bei Sektoruntersuchungen der Informationszugang allein nach dem Regelungssystem des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erfolgt. Im Rahmen der Prüfung des berechtigten Interesses Dritter am Informationszugang und bei der Ausübung des behördlichen Ermessens ist im Rahmen von § 56b besonders zu berücksichtigen, dass dem Informationsinteresse regelmäßig bereits durch den Abschlussbericht der Sektoruntersuchung hinreichend Rechnung getragen sein dürfte.

Zu Nummer 10

§ 32h GWB führt erstmals ein sogenanntes Vergabescreeing ein.

Die Sicherstellung eines funktionierenden Wettbewerbs und die Verfolgung von Kartellabsprachen insbesondere zu Preisen, Kunden und Gebieten sind gerade bei öffentlichen Aufträgen und damit für einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln von höchster Bedeutung.

Deshalb wird das Bundeskartellamt mit der neuen Befugnis in **§ 32h GWB** in die Lage versetzt, die Angebotspreise von Bewerbern und Bieter nach § 114 Absatz 4 GWB systematisch auf Anhaltspunkte für Verstöße gegen § 1 GWB oder gegen Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – auch soweit zugleich ein Verstoß gegen weitere Vorschriften, insbesondere gegen § 298 des Strafgesetzbuches, vorliegt – verdachtsunabhängig und systematisch auszuwerten und für weitere Ermittlungen zu verwenden („Vergabescreeing“). Zu diesem Zweck wird dem Bundeskartellamt die Befugnis eingeräumt, vom Datenservice Öffentlicher Einkauf, der beim Beschaffungsamt des BMI angesiedelt ist, die Übermittlung der bei diesem nach der Neuregelung des § 114 Absatz 4 GWB gespeicherten Daten in elektronischer Form zu verlangen. Dabei soll das Bundeskartellamt auch die zum öffentlichen Auftrag, der Konzession oder der Rahmenvereinbarung gehörenden zur Veröffentlichung bestimmten Daten der Bekanntmachungen verlangen können. Dies umfasst nicht nur die Auftrags- und Vergabebekanntmachungen, sondern auch die Vorinformation oder Bekanntmachung über Auftragsänderungen (siehe §§ 10a, 37 bis 39 der Vergabeverordnung, §§ 17, 18 und 35 der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit, §§ 19 bis 21 der Konzessionsvergabeverordnung sowie §§ 10a, 35 bis 38 der Sektorenverordnung).

Das Bundeskartellamt ist zur Auswertung dieser Daten sodann verdachtsunabhängig und systematisch und damit nicht stichprobenartig begrenzt auf einzelne Vergabeverfahren befugt. Deutschland folgt damit dem Beispiel anderer Mitgliedstaaten wie Spanien oder Dänemark, in denen die systematisierte Auswertung von Vergabedaten bereits heute praktiziert wird. Die Praxis in diesen Ländern hat gezeigt, dass durch ein solches Vergabescreeing Submissionsabsprachen entdeckt und verfolgt werden können. Dies dürfte aufgrund der damit gesteigerten Aufdeckungswahrscheinlichkeit auch die Abschreckung vor Submissionsabsprachen erhöhen.

Durch Kartellrechtsverstöße, etwa in Gestalt von Preis- und Gebietsabsprachen unter Bietern in öffentlichen Vergabeverfahren (sog. Submissionsabsprachen), können der öffentlichen Hand und damit dem Steuerzahler erhebliche Schäden entstehen. Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass solche Absprachen zu einer Preiserhöhung von 15 bis 20 Prozent bei den betroffenen Auftragsvergaben führen können. Die öffentliche

Beschaffung umfasst nach aktueller Vergabestatistik ein Auftragsvolumen von über 120 Milliarden Euro. Gerade wegen der wichtigen Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Steuergeldern sind Preisaufschläge durch Absprachen auf Kosten der öffentlichen Hand in besonderem Ausmaß zu verurteilen und entsprechend aufzudecken und zu verfolgen.

Die negativen Auswirkungen von Kartellen und Submissionsabsprachen beschränken sich dabei nicht auf Preisaufschläge, sondern können auch Qualitätsverluste, Marktverzerrungen und Vertrauensschäden verursachen.

Die Speicherung der Daten ist auf fünf Jahre begrenzt. Die Speicherdauer ergibt sich aus dem Umstand, dass verdächtiges Verhalten bei Vergaben unter Umständen erst nach Beobachtung über einen gewissen Zeitraum zu erkennen ist. Nach Ablauf von fünf Jahren ab Übermittlung durch den Datenservice Öffentlicher Einkauf sind die Daten zu löschen, es sei denn, die Daten sind in ein Verfahren zur Verfolgung der Verstöße gegen das Kartellverbot überführt worden; in diesem Fall sind die Daten erst mit dem Eintritt der Bestandskraft der Verfügung des Bundeskartellamts im behördlichen Verfahren oder dem Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung im gerichtlichen Verfahren zu löschen.

§ 32h GWB soll vier Jahre nach Inkrafttreten evaluiert werden. Dazu soll das Bundeskartellamt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie **einen Bericht vorlegen**. Dieser soll nicht nur die Auswertung und Nutzung der Daten sowie deren Auswirkungen auf kartellrechtliche Untersuchungen des Bundeskartellamts umfassen, sondern auch Informationen zum Aufwand für Vergabestellen, zur Vollständigkeit und Qualität der Datengrundlage.

Zu Nummer 11

§ 35 GWB definiert den Geltungsbereich der deutschen Fusionskontrolle. Zentraler Anknüpfungspunkt hierfür sind unternehmerische Umsätze. Ziel der Regelung in § 35 GWB ist, nur solche Fusionen einer Kontrolle zu unterwerfen, die eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Bedeutung haben. Der Gesetzgeber ist daher angehalten, die Höhe der Aufgreifschwellen regelmäßig zu überprüfen (so auch die „Recommended Practices for Merger Notification and Review Procedures“ des Internationalen Kooperationsforums der nationalen Wettbewerbsbehörden (International Competition Network – ICN)). Die Höhe der Umsatzschwellen ist durch den Gesetzgeber so festzulegen, dass das bestmögliche Verhältnis zwischen wettbewerbsbehördlicher Kontrolle gesamtwirtschaftlich relevanter Fusionen einerseits und der dazu aufgewendeten Ressourcen bei der Wirtschaft und den Wettbewerbsbehörden andererseits gewährleistet wird. Damit wird die Wirtschaft entlastet und personelle Ressourcen des Bundeskartellamts können effektiver eingesetzt werden.

Zwischen den zu erwartenden wettbewerbsrechtlichen Auswirkungen einer Fusion und der Höhe der Unternehmensumsätze besteht jedoch nur teilweise ein Zusammenhang. Auch Fusionen unterhalb der Schwellenwerte können wirksamen Wettbewerb erheblich behindern. Die Änderungen in § 35 Absatz 1 GWB entwickeln daher das System der Transaktionswertchwelle, die sich als zusätzliches Aufgreifkriterium in der Fusionskontrolle grundsätzlich bewährt hat, fort. Dazu wird deren Anwendungsbereich klarstellend erweitert (§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b GWB letzter Halbsatz), um in der Praxis entstandene Rechtsunsicherheiten auszuräumen und neue Entwicklungen in der Rechtsprechung nachzuvollziehen. Zudem werden zur Abschlachtung offensichtlich unkritischer Fälle und zum Abbau von Bürokratie eine obligatorische vereinfachte Anzeige und ein verkürztes Verfahren geschaffen (§ 39 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 7 und 8 GWB).

Zu Buchstabe a

Durch die vorliegende **Anhebung der Umsatzschwellen in § 35 Absatz 1 GWB** werden erstmalig alle drei Umsatzschwellenwerte des Absatz 1 gleichzeitig angepasst:

Die weltweite Umsatzschwelle in **§ 35 Absatz 1 Nummer 1 GWB** wird um 50 Prozent auf 750 Millionen Euro angehoben.

Die Inlandsumsatzschwellen in **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 GWB** wurden zuletzt mit dem GWB-Digitalisierungsgesetz (10. GWB-Novelle) angehoben. Die erste Inlandsumsatzschwelle wird um ebenfalls 50 Prozent auf künftig 75 Millionen Euro erhöht.

Die zweite Inlandsumsatzschwelle in **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a GWB** wird um etwas mehr als 14 Prozent auf 20 Millionen Euro angehoben.

Die Anhebung der Umsatzschwellenwerte in den Fällen des **§ 35 Absatz 1 Nummer 1 und 2 Buchstabe a GWB** ist erforderlich, um die Wirtschaft weiter zu entlasten und behördliche Ressourcen effizienter einzusetzen.

Die Umsätze der Unternehmen nehmen in der Mehrzahl der Märkte im Zeitverlauf zu. Erstens steigt das gesamtwirtschaftliche Preisniveau stetig an. Zweitens lässt sich auch real betrachtet ein Wachstum der Umsätze auf den meisten Märkten feststellen. Konstant bleibende Schwellenwerte führen somit tendenziell zu steigenden Anmeldezahlen in der Fusionskontrolle. Dies ließ sich in der Vergangenheit bei zahlreichen Wettbewerbsbehörden beobachten. In Deutschland zeigte sich dies ebenfalls in den Fallzahlen des Bundeskartellamtes. Bereits in der 10. GWB-Novelle wurden daher die Inlandsumsatzschwellen in **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 GWB a.F.** deutlich angehoben. Um die Wirtschaft weiter zu entlasten und behördliche Ressourcen gezielter und effizienter einsetzen zu können, ist eine abermalige Anhebung der Umsatzschwellen in **§ 35 Absatz 1 Nummer 1 und 2 GWB** erforderlich. Der bürokratische Aufwand einer fusionskontrollrechtlichen Anmeldung für betroffene Unternehmen soll so auf das wettbewerbspolitisch notwendige Ausmaß begrenzt werden. In vielen Fällen werden zukünftig auch die Transaktionskosten einer Fusion deutlich sinken, denn ausstehende fusionskontrollrechtliche Genehmigungen erhöhen in der Regel die Komplexität der mit der Transaktion verbundenen Vertragswerke. Das Bundeskartellamt soll weniger Fusionskontrollverfahren prüfen müssen und dadurch ebenfalls entlastet werden. Freiwerdende personelle Ressourcen können so an anderer Stelle effektiv für den Schutz des Wettbewerbs eingesetzt werden. Die derzeitige Haushaltslage zwingt auch die Behörden des Bundes, eine strategische Prioritätensetzung vorzunehmen. Im Fall von **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a GWB** ist eine Anhebung aus den oben genannten Gründen ebenfalls sachgerecht. Die prozentuale Steigerung fällt geringer aus, da ansonsten eine erhöhte Gefahr bestünde, künftig einige wettbewerbskritische Unternehmenszusammenschlüsse auf Regionalmärkten nicht prüfen zu können. Zudem ist zu beachten, dass vor allem die zweite Inlandsumsatzschwelle im Rahmen der 10. GWB-Novelle bereits erheblich – konkret auf 350 Prozent des ursprünglichen Niveaus – erhöht wurde, sodass eine weitere Erhöhung wettbewerbspolitisch nicht angezeigt ist.

Die weiteren Änderungen betreffen die **Transaktionswertschwelle**, die nunmehr statt in **§ 35 Absatz 1a a.F.** in **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b GWB** geregelt ist.

Durch die Neufassung des **§ 35 Absatz 1 GWB** wird die Transaktionswertschwelle des bisherigen Absatz 1a in den Absatz 1 überführt. Gleichzeitig wird die Systematik der Schwellenwerte vereinfacht und werden bestehende Redundanzen beseitigt. Die weltweite Umsatzschwelle und die erste Inlandsumsatzschwelle, die weiterhin sowohl bei umsatzbasierten Zusammenschlüssen als auch bei solchen auf Grundlage der Transaktionswertschwelle gelten, werden für beide Fallgruppen zusammengeführt. Zusätzlich zu diesen Schwellenwerten muss entweder die zweite Inlandsumsatzschwelle von 20 Mio. Euro oder die Transaktionswertschwelle von 400 Mio. Euro überschritten sein. Die neue Systematik und die Neufassung der Transaktionswertschwelle als Buchstabe b innerhalb der Nummer 2 beseitigt zugleich Unsicherheiten hinsichtlich des Verhältnisses von Umsatz- und Transaktionswertschwelle: Sie sollen gleichberechtigt nebeneinanderstehen; es soll keine Subsidiarität bestehen. Damit soll eine klare, einfache und vorhersehbare Anmeldepflicht mit

vorgeschalteter Anzeigeoption sichergestellt werden. Die Änderung lässt sich insbesondere auf folgende zwei Beweggründe zurückführen:

Erstens war die bisherige Praxis mit einer erheblichen Rechtsunsicherheit für Unternehmen verbunden, die sowohl beim Bundeskartellamt als auch bei den Unternehmen zu unnötigem Aufwand führte.

Zweitens können auch Übernahmen auf Märkten, die seit einiger Zeit bestehen und auf denen die Umsätze in der Regel gut das wettbewerbliche Potential eines Unternehmens widerspiegeln, wettbewerblich problematisch sein, wenn bei den Übernahmen die zweite Inlandsumsatzschwelle des Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a nicht erreicht wird. Auch auf sog. „reifen Märkten“ können Innovationen mit disruptivem Potential auftreten. Gerade in diesen Fällen werden für die Marktführer strategische Aufkäufe des besonders innovativen Unternehmens interessant (s. dazu auch BGH, Beschluss vom 17. Juni 2025, KVR 77/22 – Meta/Kustomer). Da die Umsätze in diesen Fällen keinen Hinweis auf eine möglicherweise bevorstehende Disruption der Marktverhältnisse liefern, können die innovativen Unternehmen bisher fusionskontrollfrei erworben und somit die potentiell disruptiven Innovationen von den Marktführern kontrolliert werden. Vor diesem Hintergrund kann ein Transaktionswert oberhalb von 400 Millionen Euro beim Kauf eines umsatzschwachen Unternehmens auch ein starkes Indiz für eine künftige disruptive Marktveränderung sein.

Die Änderungen in **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b GWB am Ende** weiten den Anwendungsbereich der Transaktionswertschwelle zielgerichtet aus, um zum einen die Rechtssicherheit zu steigern und zum anderen bestimmte Konstellationen bisher nicht aufgreifbarer Transaktionen – insbesondere strategische Aufkäufe stark wachsender bzw. künftig starker Wettbewerber durch etablierte Unternehmen („*killer acquisitions*“) – künftig zu erfassen. Damit fallen nun auch die Konstellationen in den Anwendungsbereich, in denen das Zielunternehmen voraussichtlich in erheblichem Umfang im Inland tätig werden wird.

Nunmehr besteht eine Anzeigemöglichkeit für die Fälle, die die Kriterien des Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b erfüllen. Die Anzahl der durch die punktuelle Ausweitung hervorgerufenen zusätzlichen Anzeigen und Anmeldungen wird auf Grundlage der aktuell beim Bundeskartellamt vorliegenden Informationen moderat eingeschätzt und erscheint daher mit Blick auf die damit verbundenen Vorteile vertretbar.

Nach derzeitiger Rechtslage besteht in **§ 35 Absatz 1a Nummer 4 GWB a.F.** nur eine Anmeldepflicht, wenn das zu erwerbende Unternehmen bereits in erheblichem Umfang im Inland tätig ist. Damit wird der – bereits völkerrechtlich – erforderliche Inlandsbezug des Zusammenschlusses („*local nexus*“) sichergestellt. Maßgeblich hierfür ist bisher die aktuelle Tätigkeit des Unternehmens zum Zeitpunkt der Anmeldung. Damit sind jedoch gleichzeitig Unternehmenskäufe nach der Transaktionswertschwelle oftmals nicht anmeldepflichtig, bei denen das Zielunternehmen zum Zeitpunkt der Anmeldung noch nicht oder nur sehr geringfügig in Deutschland tätig ist, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit künftig auf Märkten in Deutschland Produkte oder Dienstleistungen anbieten oder eine noch unerhebliche Kunden- oder Nutzerzahl in Deutschland voraussichtlich deutlich steigern wird. Beispielsweise können digitale Geschäftsmodelle ein erhebliches disruptives Potential auf Märkte in Deutschland (bzw. über Deutschland hinausgehend) haben, selbst wenn ein „roll-out“ in Deutschland erst in Kürze vorgesehen ist. Aus diesen Gründen konnten zum Beispiel die Zusammenschlüsse Microsoft/OpenAI und Microsoft/Inflection vom Bundeskartellamt nicht geprüft werden. Vergleichbare Szenarien können etwa auch in der pharmazeutischen Industrie bei der Einführung neuer, wichtiger Medikamente auftreten. Auf europäischer Ebene sind solche Zusammenschlüsse häufig nicht anmeldepflichtig, da es entweder an Umsätzen, einem Kontrollerwerb oder beidem fehlt. Manche dieser Zusammenschlüsse können trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung bisher weltweit von keiner Behörde geprüft werden.

Die Änderung von Absatz 1a Nummer 4 a.F. geht auch auf Anregungen der Monopolkommission zurück. Diese spricht sich seit Jahren für einen schwächeren Inlandsbezug der Transaktionswertschwelle aus und regt an, den Anwendungsbereich – insbesondere mit Blick auf die fusionskontrollrechtliche Prognose – auszudehnen. Konkret schlägt die Monopolkommission sogar vor, das Kriterium der Inlandstätigkeit vollständig zu streichen oder zumindest so anzupassen, dass auch eine voraussichtliche künftige Inlandstätigkeit des zu erwerbenden Unternehmens eine Anmeldepflicht auslöst (vgl. XXIV. Hauptgutachten der Monopolkommission, Wettbewerb 2022, Rn. 246 f.). Letzteres wird nun umgesetzt. Übernahmen deutscher Start-Ups unterliegen somit in der Regel bereits seit 2017 einer Anmeldepflicht beim Bundeskartellamt, sofern der Transaktionswert 400 Mio. Euro übersteigt. Es ist nicht bekannt, dass dadurch bisher Exit-Strategien für Start-Ups verhindert worden wären und ist auch für die Zukunft mit der vorliegenden Änderung weder intendiert oder zu erwarten.

Durch die Neuregelung des **§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b GWB** soll die erforderliche Rechtssicherheit, die gerade im Bereich der formellen Zusammenschlusskontrolle besondere Bedeutung besitzt, gefestigt werden. Bestehende Unsicherheiten, die durch die Parallelität der Kriterien der Inlandsauswirkung nach § 185 Absatz 2 und der erheblichen Inlandstätigkeit nach § 35 Absatz 1a Nummer 4 a.F. entstanden sind, wurden zwar durch den BGH-Beschluss vom 17. Juni 2025 adressiert. So hat der BGH u.a. klargestellt, dass das Kriterium der erheblichen Inlandstätigkeit lediglich eine Konkretisierung des Auswirkungsprinzips des § 185 Absatz 2 sei (vgl. BGH, Beschluss vom 17. Juni 2025, KVR 77/22 – Meta/Kustomer, Rn. 35). Wichtige Fragen, insbesondere hinsichtlich der künftigen Tätigkeit und der Abgrenzung zwischen Tätigkeit und Auswirkung, sind noch offengeblieben, sodass ein Eingreifen des Gesetzgebers geboten ist.

Daher wird der Anwendungsbereich der Norm auch auf die zukünftige Inlandstätigkeit erweitert. Dies stellt klar, dass im Ausland belegene gegenwärtige Aktivitäten wie z.B. diejenigen im Bereich marktnaher F&E-Investitionen oder solche im Hinblick auf die Vorbereitung künftiger Marktzutritte, einen hinreichenden Marktbezug im Inland haben können und damit das Kriterium einer erheblichen Inlandstätigkeit erfüllen können. Damit wird die Rechtsprechung des BGH aus der Entscheidung Meta/Kustomer (s.o.) weiterentwickelt, nach der der Anwendungsbereich der Transaktionswertschwelle bereits äußerst weit zu fassen ist und nur der Erwerb von Zielunternehmen mit lediglich marginaler Inlandstätigkeit nicht erfasst. Dazu hatte der BGH festgestellt, dass sich eine Inlandstätigkeit nicht nur daraus ergeben kann, dass Kunden des Zielunternehmens einen Sitz im Inland haben; sie kann auch vorliegen, wenn die Tätigkeit aufgrund eines (sonstigen) charakteristischen Merkmals der Dienstleistung einen anderen Bezug zu inländischen Märkten aufweist und sich dort wettbewerbsmäßig auswirken kann (BGH, Beschluss vom 17. Juni 2025, KVR 77/22 – Meta/Kustomer, Rn. 32).

§ 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b konkretisiert damit das in § 185 Absatz 2 festgeschriebene Auswirkungsprinzip. Die Fallpraxis, Kommentierung und Rechtsprechung zu § 185 Absatz 2 bieten einen Ausgangspunkt für die Auslegung des neuen § 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b auch im Falle von im Ausland realisierten Zusammenschlüssen. Danach kommt es bei der Beurteilung der Inlandsauswirkungen „auf die nach der Lebenserfahrung – im Falle der ausschließlichen Beteiligung ausländischer Unternehmen durch konkrete Umstände – begründete Eignung des Zusammenschlussvorgangs an, die Wettbewerbsbedingungen im Inland spürbar zu beeinträchtigen. Ein sinnvolles Kriterium zur Ausfüllung dieser Anforderungen ist die aktuelle oder potentielle Beteiligung am Inlandsmarkt, die Inlandsmarktnähe oder die Inlandswirksamkeit der Ressourcen“. (Rehbinder/von Kalben, in: Immenga/Mestmäcker, Band 2, GWB, 7. Auflage 2024, § 185, Rn. 272 m.w.N.). Diese Kriterien sind auch auf die voraussichtliche Inlandstätigkeit übertragbar.

Der bisherigen Praxis entsprechend sollen zur Messung der Inlandsauswirkungen jeweils branchenübliche Faktoren herangezogen werden, die nicht leicht manipulierbar sind (vgl. Bundeskartellamt/Bundeswettbewerbsbehörde, Leitfaden Transaktionswert-Schwellen,

2022, Rn. 66). In Einklang mit der bisherigen Auffassung des Gesetzgebers (BT-Drs. 18/10207, S. 75) und des BGH in seiner Entscheidung zu Meta/Kustomer (s.o.) sowie vor dem Hintergrund des Sinns und Zwecks der Transaktionswertschwelle kommen hierbei Kriterien, die an den Umsatz des Zielunternehmens anknüpfen, in aller Regel nicht in Betracht. Anhaltspunkte für eine Inlandsauswirkung und damit voraussichtliche Inlandstätigkeit können unter anderem auch nach dem Zusammenschluss wahrscheinliche Lieferungen von Gütern oder Leistungen, die Ausschaltung potentieller inländischer Wettbewerber, die Verstärkung von im Inland belegenen Unternehmensressourcen, die für die Entfaltung einer Marktaktivität im Inland genutzt werden (z.B. durch Patente oder andere gewerbliche Schutzrechte, Know-how, Finanzkraft, IT-Infrastruktur), oder auch das Freiwerden von Produktionskapazitäten im Inland durch Verlagerungen ins Ausland bieten (vgl. Picht, in: BeckOK KartellR, 19. Ed., Stand: 01.10.2025, § 35 GWB Rn. 86; Rehbinder/von Kalben, in: Immenga/Mestmäcker, Band 2, GWB, 7. Auflage 2024, § 185, Rn. 265 ff., 272, 281 f. m.w.N.). Im Rahmen der Digitalwirtschaft können hierfür insbesondere Nutzer- und Kundenzahlen (z.B. in Form des „Monthly Active User“ (MAU) oder des „Unique Visitor“) herangezogen werden (BT-Drs. 18/10207, S. 75). Der BGH hat in der Entscheidung Meta/Kustomer auch in der Möglichkeit der (mittelbaren) Nutzung von Daten inländischer Kunden einen hinreichenden Inlandsbezug festgestellt. Ergänzend herangezogen werden können auch Umfang und Bedeutung der mit einem Anbieter geteilten Daten (Picht, in: BeckOK KartellR, 19. Ed., Stand: 01.10.2025, § 35 GWB Rn. 84). Daneben wurden marktbezogene F&E-Tätigkeiten im Inland bisher bereits als ausreichend für die Erfüllung des Kriteriums der erheblichen Inlandstätigkeit betrachtet, auch wenn noch keine Beziehungen zu künftigen Kunden oder Nutzern aufgebaut wurden (vgl. BT-Drs. 18/10207, S. 75; näher ausgeführt im Leitfaden Transaktionswert-Schwellen des Bundeskartellamtes, Rn. 79, 84).

Das Auswirkungsprinzip ist so weit gefasst, dass es auch künftig absehbare Änderungen der Marktverhältnisse in innovativen Branchen und insbesondere erwartbare Markteintritte abdecken kann. Denn die Inlandsauswirkung ist immer in Bezug zu dem Schutzzweck der zu Grunde liegenden Sachnorm zu sehen. Im Hinblick auf den Schutzzweck der präventiven Fusionskontrolle genügt dabei eine potentielle Beeinträchtigung (vgl. Rehbinder/von Kalben, a.a.O., Rn. 265, 272 f. m.w.N.). Die Beurteilung der Inlandsauswirkungen und damit auch der Inlandstätigkeit enthält insoweit ein Prognoseelement (Stadler, in: Bunte, Band 1, 14. Aufl., § 185, Rn. 190). Rein hypothetische Auswirkungen wie z.B. theoretisch denkbare Marktzutritte oder Datennutzungen reichen hierbei gleichwohl nicht aus; die Auswirkungen müssen spürbar, nicht lediglich marginal sein. Für die Inlandsauswirkungen schafft das Spürbarkeitskriterium eine hinreichende kollisionsrechtliche Bagatellgrenze, die vor einer unverhältnismäßigen Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen Fusionskontrolle schützt. Inlandsauswirkungen können dementsprechend auch von solchen Zusammenschlüssen ausgehen, die unmittelbar F&E-Tätigkeiten im Ausland betreffen, deren Ergebnisse durch Produkte oder Dienstleistungen sich aber absehbar auf Inlandsmärkten auswirken werden. Hierbei ist mit Blick auf ein rechtssicheres Anzeigeregime zu berücksichtigen, dass die Absehbarkeit von Inlandsauswirkungen umso geringer sein wird, je marktferner die jeweilige Entwicklung zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses noch ist.

Eine verlässliche Prognose hinsichtlich künftiger auf Inlandsmärkte – also Märkte, die das Inland ganz oder teilweise umfassen – bezogener Tätigkeiten wird in den allermeisten Fällen auf einen Zeithorizont von bis zu zwei Jahren begrenzt sein. Nur wenn klare gegenteilige Hinweise vorliegen, was auch von der jeweiligen Branche und den in Frage stehenden Produkten und Leistungen abhängt, kann der Prognosezeitraum im Ausnahmefall zwei Jahre übersteigen. Insbesondere kann sich die Dauer der Innovationszyklen substantiell unterscheiden. Dies muss sich auch in der Dauer des Prognosezeitraums für die Aufnahme von Inlandstätigkeiten widerspiegeln. Der in der materiellen Prüfung häufig angesetzte Prognosehorizont von drei bis fünf Jahren dürfte dabei in der Regel die Obergrenze markieren und sollte nicht überschritten werden. Allerdings muss eine belastbare Prognose möglich bleiben. Anhaltspunkte dafür können insbesondere frühere Erfahrungen mit dem Angebot ähnlicher Produkte (auch) im Inland geben. Typische Fälle hierfür könnten digitale

Technologien und Anwendungen darstellen, die im Ausland entwickelt werden, die aber ersichtlich weltweite Nutzergruppen adressieren. Weitere Anwendungsfälle könnten auch in der Arzneimittelforschung oder anderen innovationsintensiven Branchen liegen, in denen Vermarktungen in der Regel kurz nach Marktreife international weit über den Entwicklungsstandort hinaus erfolgen; rein theoretisch denkbare Vermarktungen auf Inlandsmärkten reichen für eine Inlandstätigkeit hingegen nicht aus (s.o.).

Das Bundeskartellamt wird – wie bereits bis zur 10. GWB-Novelle – bis Ende Juli 2027 seinen Leitfaden zur Transaktionswertschwelle überarbeiten und weitere Auslegungshinweise zu Kriterien und Prognosezeitraum geben.

Zu Buchstabe b

Durch die Änderung in **§ 35 Absatz 1 GWB** wird die Systematik der Schwellenwerte für die Fusionskontrolle vereinfacht und die Transaktionswertschwelle des bisherigen Absatz 1a in den Absatz 1 überführt. Der bisherige Absatz 1a entfällt.

Zu Nummer 12

Den Herausforderungen der Presselandschaft angesichts der digitalen Transformation sollen die Erleichterungen bei den Sanierungsregeln für Zeitschriften und Zeitungsverlage Rechnung tragen. Geraten diese in Not, soll es einfacher sein, durch Zusammenschlüsse (inklusive der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen) einen Ausweg aus der Notlage zu finden. Insbesondere aufgrund der stark regional geprägten Märkte mit wenigen Marktteilnehmern ist es angebracht, sektorspezifische Abweichungen von den Voraussetzungen der sog. Sanierungsfusion zuzulassen. Die Anpassungen eröffnen diese Möglichkeit nun erstmals auch größeren Presseverlagen und erweitern den Anwendungsbereich von Übernahmen auf alle Formen von Zusammenschlüssen. Beim Nachweis aller Voraussetzungen kann das Bundeskartellamt im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes auch eigene Ermittlungen anstellen. Das gilt insbesondere für den Nachweis der angemessenen Bemühungen, vor dem Zusammenschluss einen anderen Beteiligten zu finden, der eine wettbewerbskonformere Lösung sichergestellt hätte.

Zu Nummer 13

Bei der Änderung **§ 38 Absatz 4a GWB** handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Überführung von § 35 Absatz 1a a.F. in § 35 Absatz 1.

Zu Nummer 14

Zu Buchstabe a

In **§ 39 Absatz 1 GWB** werden Änderungen mit Blick auf die Schaffung eines neuen Anzeigeverfahrens für Zusammenschlüsse nach § 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b sowie die elektronische Anmeldung von Zusammenschlüssen vorgenommen.

Unternehmenszusammenschlüsse sind vor dem Vollzug beim Bundeskartellamt anzumelden. Bisher war die Anmeldung an keine Form gebunden (vgl. Bechtold/Bosch, 10. Auflage 2021, § 39 GWB, Rn. 13; Immenga/Mestmäcker/Thomas, 6. Auflage 2020, § 39 GWB, Rn. 19f.). Mit der 8. GWB-Novelle wurden elektronische Anmeldewege im Gesetz definiert und mit der 10. GWB-Novelle neu gefasst. Mit der Änderung in **§ 39 Absatz 1 Satz 1 GWB** haben künftig Zusammenschlüsse auch gemäß den Vorgaben von Satz 3 zu erfolgen. Die in Satz 3 abschließend aufgezählten elektronischen Möglichkeiten zur Anmeldung von Zusammenschlüssen sind verpflichtend. Als Internetplattform im Sinne des Abs. 1. Satz 1 dient die OZG-Plattform des Bundes oder eine vom Bundeskartellamt bereitgestellte Plattform mit mindestens dem gleichen Schutzniveau für die übermittelten Angaben wie die OZG-Plattform. Andere Übermittlungswege einer Anmeldung erfüllen in Zukunft nicht mehr

die gesetzlichen Voraussetzungen und lösen somit auch keinen Fristenlauf aus. Diese Regelung stellt einen zentralen Schritt zur Etablierung eines vollständig digitalen, papierlosen Verfahrens in der Zusammenschlusskontrolle dar. Durch die Digitalisierung soll das Verfahren effizienter, schneller und nachhaltiger ausgestaltet werden. Um betroffenen Unternehmen, der Anwaltschaft sowie dem Bundeskartellamt eine ausreichende Frist zur Umstellung interner Prozesse einzuräumen, wird eine in § 187 Absatz 13 GWB normierte Übergangsfrist geschaffen.

Mit der Änderung von **§ 39 Absatz 1 Satz 3 GWB** wird die elektronische Anmeldung verpflichtend.

In **§ 39 Absatz 1 Satz 2** wird ein neues Anzeigeverfahren geschaffen, d.h. eine fakultative Phase 0 für eine vereinfachte Anzeige von Zusammenschlüssen, die aufgrund der Überschreitung der Transaktionswertschwelle des § 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b n.F. anmeldepflichtig sind.

Die frühzeitige Anzeige im Rahmen dieser Phase 0 bietet für Unternehmen eine schnelle und unbürokratische Prüfung durch das Bundeskartellamt, ob in Fällen der Transaktionswertschwelle auf eine förmliche Anmeldung verzichtet werden kann. Die Anzeige minimiert damit für Fälle der Transaktionswertschwelle den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen. Die Prüfung erfolgt auf der Basis von Angaben, die im Vergleich zur förmlichen Anmeldung deutlich reduziert sind (Absatz 7), dem Bundeskartellamt aber durch Hinweise zu den betroffenen Märkten eine Ersteinschätzung ermöglichen. Auf der Basis der Angaben prüft das Bundeskartellamt, ob es sich bei der geplanten Transaktion um einen Zusammenschluss handelt, der aufgrund möglicher Wirkungen insbesondere in innovativen Märkten oder in digitalen Ökosystemen trotz geringer aktueller Umsätze potentiell wettbewerbliche Relevanz in Deutschland besitzt, sodass auf eine förmliche Prüfung nicht verzichtet werden kann.

Durch dieses neue Anzeigeverfahren können Unternehmen frühzeitig und mit geringem Aufwand eine Freigabe erhalten, es sei denn, das Bundeskartellamt teilt mit, dass die Einleitung eines Hauptprüfverfahrens nicht offensichtlich ausgeschlossen ist. Durch die Norm sollen Zusammenschlüsse, die offensichtlich für den Wettbewerb im Inland unkritisch sind, aus der Fusionskontrolle entlassen werden können. Bestehen Restzweifel, soll den Unternehmen mitgeteilt werden, dass auf die Anmeldung nicht verzichtet werden kann, sofern sich die Zweifelsfragen nicht mit einfachen Mitteln und unmittelbar aufklären lassen. Die verkürzte Frist von zwei Wochen lässt keinen Raum für substantielle Ermittlungen oder umfangreichere Nachfragen. In solchen Fällen ist – wie bisher – auf Mitteilung des Bundeskartellamtes das reguläre Anmeldeverfahren zu durchlaufen. Eine Begründung durch das Bundeskartellamt soll in allen Fällen nicht erfolgen.

Das Anzeigeverfahren soll die Zahl der Anmeldungen beim Bundeskartellamt reduzieren und den Zusammenschlussparteien eine einfache Option zu gewähren, eine rasche Freigabe zu erhalten. Damit sich trotz fehlenden Begründungserfordernisses durch das Bundeskartellamt und mangels Veröffentlichung der Verfahren schneller eine transparente Fallpraxis entwickeln kann, die noch mehr Rechtssicherheit, Vorhersehbarkeit sowie weniger Bürokratie für Unternehmen bietet, soll das Bundeskartellamt in seinem Leitfaden zur Transaktionswertschwelle bis Ende Juli 2027 nähere Angaben zu geeigneten Anzeigefällen und Kriterien machen. Zudem sind im Rahmen von Tätigkeits- und Jahresbericht statistische Daten zu veröffentlichen, aus denen sich die Zahl der Anzeigen, der Freigaben in „Phase 0“ und die betroffenen Sektoren ergeben. In Fällen, in denen offensichtlich nicht auf die Anmeldung verzichtet werden kann, ist eine entsprechende Mitteilung durch das Bundeskartellamt an die anzeigenden Unternehmen auch vor Ablauf der Zweiwochenfrist möglich, um das Verfahren der anschließenden Fusionskontrolle nicht zu verzögern und die Monatsfrist für das Vorprüfverfahren (Phase 1) durch die reguläre Anmeldung schnellstmöglich in Gang setzen zu können.

Der eingeschränkte zeitliche und tatsächliche Verwaltungsaufwand (aufgrund der geringeren Pflichtangaben, Prüfungsmaßstab und der eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten) muss sich auch in den Gebühren widerspiegeln, die das Bundeskartellamt für das Anzeigeverfahren erheben kann. Deshalb wird ein separater Gebührentatbestand in § 62 Absatz 2 Satz 2 Nr. 8 geschaffen, der eine Obergrenze von 2 500 Euro vorsieht.

Das neue Anzeigeverfahren soll bereits zwei Jahre nach Inkrafttreten evaluiert werden. Dazu legt das Bundeskartellamt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie einen Bericht unter Einschluss statistischer Daten vor. Ziel ist es, zu ermitteln, ob das neue Anzeigeverfahren durch Zusammenschlussparteien genutzt wird und zu der angestrebten Verringerung von Anmeldezahlen beim Bundeskartellamt und weniger Bürokratie bei den Unternehmen sowie Verwaltungsaufwand führt.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Es handelt sich um Folgeänderungen in **§ 39 Absatz 3 Satz 3 Nummer 3 und 3a** aufgrund der Überführung von § 35 Absatz 1a a.F. in § 35 Absatz 1.

Zu Doppelbuchstabe bb

§ 39 Absatz 3 Satz 5 wird an dieser Stelle gestrichen und in einen separaten Absatz 9 überführt.

Zu Buchstabe c

Die Änderung in **§ 39 Absatz 6 GWB** dient der Abgrenzung der Bekanntmachung eines bereits vollzogenen Zusammenschlusses an das Bundeskartellamt von der neu geschaffenen Anzeigemöglichkeit im Rahmen der Transaktionswertschwelle. Dazu wird eine begriffliche Unterscheidung zwischen der nachträglichen Bekanntgabe bereits vollzogener Zusammenschlüsse und der ex ante Anzeige von Fällen auf Basis der Transaktionswertschwelle eingeführt, bei denen zunächst über die Anmeldepflicht entschieden wird.

In dem neuen **§ 39 Absatz 7 GWB** werden die Pflichtangaben für Anzeigen nach Absatz 1 Satz 2 aufgeführt. Um den Zielen der Entlastung der Unternehmen von Bürokratiekosten und der Effektivierung des Ressourceneinsatzes in der Fusionskontrolle gerecht zu werden, sind die erforderlichen Angaben im Vergleich zur förmlichen Anmeldung deutlich reduziert. Insbesondere wird auf eine Beteiligungsliste sowie auf Angaben zu den betroffenen Märkten und der Marktstellung der Unternehmen verzichtet.

Zwingend erforderlich bleiben jedoch Angaben jeweils zu der vollständigen Firma und der Art des Geschäftsbetriebs sowie der Umsatzerlöse der beteiligten Unternehmen. Die im Rahmen von Anmeldungen oder Anzeigen nach § 39 angegebenen Firmen sollen stets den jeweiligen Eintragungen ins Handelsregister oder vergleichbaren Registern in anderen Jurisdiktionen entsprechen; im Falle der Veräußerung von Vermögensgegenständen sind entsprechende eindeutige Angaben zum Zielgeschäft zu machen.

Zentrale Bestandteile der Anzeige sind nicht nur Firma und Art des Geschäftsbetriebs der beteiligten Unternehmen, sondern im Falle verbundener Unternehmen auch des Konzerns in seiner Gesamtheit. Dazu ist – außer zu den unmittelbar beteiligten Unternehmen selbst (Erwerber und Zielgesellschaft) – auch die Muttergesellschaft zu benennen. In der Anzeige sind Angaben zu deren Tätigkeiten einschließlich Tätigkeiten der nach § 36 Absatz 2 verbundenen Unternehmen zu machen. Eine Beteiligungsliste für den gesamten Konzern ist in Anzeigefällen zwar entbehrlich; zur Einschätzung der wettbewerblichen Relevanz müssen aber die Konzernzugehörigkeit sowie alle relevanten Tätigkeiten der Konzerngesellschaften angegeben werden.

Weiteres Element zur schnellen Beurteilung der Anmeldepflicht sind Angaben dazu, ob und ggfs. auf welchen Märkten oder in welchen Wirtschaftszweigen Erwerber und Zielunternehmen in horizontalen oder vertikalen Beziehungen zueinanderstehen. Im Falle von verbundenen Unternehmen ist dies wiederum für die Gruppe insgesamt anzugeben.

Die geforderte Darstellung der strategischen und wirtschaftlichen Beweggründe ergänzt diese Angaben, insbesondere um auch konglomerate Wirkungen identifizieren zu können. Es reicht aus, die Beweggründe etwa durch einschlägige interne Dokumente zur Entscheidungsvorbereitung zu belegen. Geeignete Dokumente können insbesondere Entscheidungsvorlagen für die mit der Investitionsentscheidung betrauten Gremien, Protokolle relevanter Sitzungen dieser Gremien, Dokumentationen zur Unternehmensbewertung und Kaufpreisermittlung oder zur Entscheidungsfindung erstellte Analysen oder Präsentationen sein.

Diese Angaben sind erforderlich, um dem Bundeskartellamt eine schnelle Einschätzung zu ermöglichen, ob auf eine Prüfung im förmlichen Verfahren nicht verzichtet werden kann. Aufgrund des Verzichtes auf Marktdaten nach Absatz 3 Satz 2 Nummer 4 sowie auf vollumfängliche Angaben der Beteiligungsstrukturen von verbundenen Unternehmen nach Absatz 3 Satz 4 kann das Bundeskartellamt nur durch die Angabe von Informationen zu den Beziehungen zwischen den beteiligten Unternehmen und den Bereichen, in denen diese tätig sind, sowie zu den strategischen und wirtschaftlichen Beweggründen, in die Lage versetzt werden, in der Kürze der Frist eine verlässliche Aussage darüber zu treffen, dass ein Vorgang unbedenklich ist und eine Anmeldepflicht daher entfallen kann.

Das neu eingeführte Anzeigeverfahren wird systematisch in **§ 39 Absatz 8 GWB** umgesetzt, indem vor die existierenden Verfahrensabschnitte des Vorprüfverfahrens (Phase 1) und des Hauptprüfverfahrens (Phase 2) in den Fällen der Transaktionswertschwelle noch eine für die Zusammenschlussparteien optionale Prüfung der Anmeldebedürftigkeit (Phase 0) vorgeschaltet wird. Die Mitteilung, dass auf eine Anmeldung nicht verzichtet werden kann, bedarf keiner Begründung und ist nicht anfechtbar. Regelungssystematisch knüpft die Anzeige an den Übergang vom Vor- in das Hauptprüfverfahren nach der bisherigen Ausgestaltung des Prüfverfahrens an. Die Mitteilung nach § 39 Absatz 8 ist – genau wie die Einleitung des Hauptprüfverfahrens nach § 40 Absatz 1 – eine unselbstständige Verfahrenshandlung, die keinen Verwaltungsakt und damit keine Verfügung darstellt.

Der neue Absatz 8 regelt, dass zwar grundsätzlich eine Anmeldepflicht für alle Zusammenschlüsse nach der Transaktionswertschwelle besteht, dass diese im Fall einer Anzeige aber nur dann angemeldet werden müssen, wenn das Bundeskartellamt innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Eingang der vollständigen Anzeige mitteilt, dass auf eine Anmeldung nicht verzichtet werden kann.

Durch dieses Regelungskonzept soll klargestellt werden, dass auch die neue „Phase 0“ (Anzeige-Phase) Teil des gesamten Prüfverfahrens ist, dieses jedoch künftig an zwei Stellen, statt wie bisher nur an einer, vorzeitig beendet werden kann, indem jeweils eine Freigabefiktion durch Fristablauf eintritt. Wie bisher schon bei der Freigabe im Vorprüfverfahren tritt auch bei der neuen Anzeige-Phase die Freigabewirkung durch Fristablauf ein, sofern nicht rechtzeitig eine wirksame Mitteilung über die Fortführung des Verfahrens erfolgt. Grundsätzlich bleibt die Anmeldepflicht bei der Erfüllung der Schwellenwerte und Kriterien des § 35 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b und eines Zusammenschlusstatbestands nach § 37 damit bestehen. Absatz 8 definiert lediglich eine Ausnahme vom Regelfall der förmlichen Anmeldung, von der allerdings nur abgewichen werden soll, wenn eine materielle Prüfung im Rahmen des förmlichen Fusionskontrollverfahrens nicht offensichtlich ausgeschlossen werden kann.

Das Verfahren wird regelmäßig fortgeführt, wenn nicht *prima facie* ausgeschlossen werden kann, dass eine weitere Prüfung des Zusammenschlusses im Sinne des Satz 2 erforderlich wird. Dieser Maßstab ist bewusst weit gefasst, um der systematischen Funktion der

Anzeige-Phase Rechnung zu tragen. Angesichts der eng begrenzten Informationsgrundlage, die sich aus den reduzierten Pflichtinformationen über den Zusammenschluss im Zusammenspiel mit den stark eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten innerhalb der verkürzten Zwei-Wochen-Frist ergibt, kann in der Anzeige-Phase lediglich eine Grobsichtung der Verfahren auf offensichtlich unkritische Vorhaben erfolgen. Zweifelsfragen sollen im regulären Verfahren geklärt werden. Soweit das Bundeskartellamt den Unternehmen innerhalb von zwei Wochen nach vollständiger Anzeige mitteilt, dass auf eine Anmeldung nicht verzichtet werden kann, bleibt die Anmeldepflicht des § 39 Absatz 1 Satz 1 bestehen und damit verbunden dauert das Vollzugsverbot des § 41 Absatz 1 unverändert an.

§ 39 Absatz 9 GWB ist eine Folgeänderung zu Absatz 7. Der bisherige Absatz 3 Satz 5, der bislang die (bußgeldbewehrte) Pflicht zur Angabe korrekter und vollständiger Informationen in der Anmeldung geregelt hat, wird in den neuen Absatz 9 überführt und ergänzt diesen um eine korrespondierende Pflicht für die neu geschaffene Anzeigemöglichkeit, soweit diese die Kartellbehörde dazu veranlassen können, eine Untersagung nach § 36 Absatz 1, eine Mitteilung nach § 40 Absatz 1 oder die im Rahmen der neu geschaffenen Anzeigemöglichkeit vorgesehene Mitteilung nach § 39 Absatz 8 zu unterlassen. Im Zuge dieser Änderung wird zugleich klargestellt, dass das Gebot korrekter Angaben auch für die nachträgliche Bekanntgabe von anmeldepflichtigen Zusammenschlüssen gilt, die unter Verstoß gegen das Vollzugsverbot bereits vollzogen worden sind.

Zu Nummer 15

Zu Buchstabe a

§ 40 Absatz 2 Satz 5 bis 7 GWB werden neu gefasst. Die ursprünglichen Sätze 5 und 6 werden in einem Satz zusammengefasst und neu strukturiert. Der neu gefasste Satz 5 enthält in Ziffer 1 den ursprünglichen Tatbestand für eine Fristhemmung, der in Ziffer 2 um einen zusätzlichen Tatbestand ergänzt wird. Für den besonderen Fall, dass ein am Zusammenschluss beteiligtes Unternehmen gegen die angekündigte Offenlegung durch das Bundeskartellamt gegenüber einem anderen beteiligten Unternehmen vorgeht, weil es die vertrauliche Behandlung von Informationen oder Dokumenten geltend macht, wird die Frist bis zum rechtskräftigen Abschluss des Rechtsbehelfsverfahrens gehemmt. Die Neuregelung stellt damit - unter den gleichen Erwägungen wie die bereits vorhandene Regelung zur Fristhemmung in Satz 5 und Satz 6 a.F. - einen Ausgleich zwischen dem berechtigten Interesse des an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmens an einem zügigen Verfahrensabschluss innerhalb der fünfmonatigen Prüffrist einerseits und Verfahrensverzögerungen aus in seiner Sphäre liegenden Gründen andererseits her. Sie gewährleistet, dass die Zusammenschlussbeteiligten ihren Mitwirkungspflichten im Verfahren vollumfänglich nachkommen, indem sie einen Anreiz setzt, die Geltendmachung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen von vorneherein sorgfältig zu prüfen.

Die Hemmung der Verfahrensfrist endet mit dem rechtskräftigen Abschluss einer gegen die Offenlegung gerichteten vorbeugenden Unterlassungsklage.

Die Regelung knüpft an die Offenlegungsbefugnis der Kartellbehörden in Bezug auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse an, die der Bundesgerichtshof jüngst konkretisiert hat (vgl. BGH, Beschluss vom 20. Februar 2024 - KVB 69/23 – Google Offenlegung). Demnach genießt der Anspruch der Beteiligten auf Geheimnisschutz gemäß § 54 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit § 30 VwVfG keinen absoluten Vorrang, sondern kann im Einzelfall im Rahmen einer Güterabwägung hinter noch wichtigeren anderen Interessen zurücktreten (vgl. BGH, a.a.O. Rn. 29). In diesem Sinne bestätigt die jüngere Rechtsprechung die bereits geübte Praxis einer kartellbehördlichen Offenlegungsbefugnis hinsichtlich entscheidungserheblicher Tatsachen und Beweismittel und geht über diese hinaus. Ohne eine solche Befugnis könnte die Behörde ihre Verfügung nicht auf die betreffenden, in der Akte befindlichen Informationen und Dokumente stützen und den Verfahrensbeteiligten diesbezüglich kein rechtliches Gehör gewähren. Die Vorschrift des § 70 Absatz 2 Satz 6 statuiert bereits

ausdrücklich eine vergleichbare Offenlegungsbefugnis des Gerichts im Rechtsbehelfsverfahren.

Indem die Fristhemmung besondere Anreize zur sorgfältigen Prüfung des tatsächlichen Vorliegens von insbesondere entscheidungserheblichen Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bereits im behördlichen Verfahren setzt, entlastet sie das Beschwerdegericht von der Durchführung eines ansonsten nach § 70 Absatz 2 Satz 4 durchzuführenden, ressourcenintensiven Zwischenverfahrens und trägt bereits frühzeitig im behördlichen Verfahren zur Klärung bei.

Gerade bei entscheidungserheblichen Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen wird dabei in der Regel davon auszugehen sein, dass das Offenlegungsinteresse das Geheimhaltungsinteresse überwiegt. Dies ist sachgerecht, da insoweit in besonderem Maße zum Ausdruck kommt, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Reichweite des Freiheitsschutzes nach Artikel 12 Absatz 1 GG auch durch die rechtlichen Regeln mitbestimmt wird, die – wie das Kartellrecht – den Wettbewerb ermöglichen und begrenzen (vgl. BGH a.a.O. Rn. 35 unter Hinweis auf BVerfGE 115, 205 Rn. 82 – Geschäfts- und Betriebsgeheimnis, in-camera-Verfahren). Dies gilt nicht nur, wenn nach Einschätzung der Kartellbehörde dem von der Offenlegung betroffenen Beteiligten ein Verstoß gegen das Kartellrecht zur Last gelegt wird, sondern auch, wenn die offenzulegenden Informationen im Kontext eines Fusionsverfahrens von einem Zusammenschlussbeteiligten stammen, sofern sie entscheidungserheblich sind. Denn auch in diesen Fallkonstellationen tritt regelmäßig das Interesse der fusionswilligen Unternehmen am Geheimnisschutz hinter den für die Offenlegung streitenden Interessen zurück.

Indem – wie bisher – vorbeugender gerichtlicher Rechtsschutz gegen die Offenlegung durch die Kartellbehörde möglich bleibt, werden die Rechte der Geheimnisträger hinreichend gewahrt.

Zu Buchstabe b

Die Änderung des **§ 40 Absatz 6 GWB** regelt die Folgen einer Aufhebung einer fusionskontrollrechtlichen Freigabe durch gerichtlichen Beschluss klarer und beseitigt aktuell bestehende Rechtsunsicherheit. Bislang regelte Absatz 6 für den Fall der rechtskräftigen Aufhebung einer fusionskontrollrechtlichen Freigabe des Bundeskartellamtes lediglich den Neubeginn des Fristenregimes in Absatz 2 Satz 2. Sofern ein Zusammenschluss noch nicht vollzogen wurde, steht außer Zweifel, dass das Bundeskartellamt nach rechtskräftiger Aufhebung der Freigabe ein erneutes Hauptprüfverfahren durchzuführen hat. Sofern zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Aufhebung der Freigabe der angemeldete Zusammenschluss jedoch bereits vollzogen wurde, bestand bisher eine Rechtsunsicherheit, ob – sofern die gerichtliche Aufhebung das Vollzugsverbot wieder aufleben lässt (siehe hierzu die entsprechende Änderung des § 41 Absatz 1) – entweder ein erneutes Hauptprüfverfahren oder ein Entflechtungsverfahren nach § 41 Absatz 3 durchzuführen ist (welches dann jedoch dem Fristenregime des Absatz 2 Satz 2 unterworfen wäre).

Für betroffene Unternehmen, die den Zusammenschluss im Vertrauen auf die behördliche Freigabe vollzogen haben, stellen die mangelnde Rechtssicherheit über das durchzuführende Verfahren, über die zeitliche Geltung der Unwirksamkeitsfolge des § 41 Absatz 1 Satz 2 und die Möglichkeit und Notwendigkeit vorübergehender Befreiungen vom Vollzugsverbot nach § 41 Absatz 2 eine erhebliche Belastung dar. Vor diesem Hintergrund erfolgen die Änderungen des Absatz 6 sowie des § 41 Absatz 1.

Die Durchführung eines erneuten Hauptprüfverfahrens anstatt eines Entflechtungsverfahrens ist sachgerecht. So würde ein Entflechtungsverfahren Unternehmen, die in legitimer Art und Weise nach ordnungsgemäßer Anmeldung einen Zusammenschluss im Vertrauen auf die behördliche Freigabeentscheidung während eines laufenden Beschwerdeverfahrens vollziehen, gleichstellen mit Unternehmen, die entweder gänzlich auf eine Anmeldung

zur Fusionskontrolle verzichtet oder jedenfalls vor dem Zeitpunkt der Freigabe ohne Befreiung vom Vollzugsverbot den Zusammenschluss vollzogen haben. Dies würde nicht hinreichend berücksichtigen, dass die betreffenden Unternehmen das Fusionskontrollverfahren ordnungsgemäß durchlaufen haben und eine nachträgliche gerichtliche Entscheidung den Vertrauenstatbestand erst beseitigt hat, während in den anderen Fällen ein solcher Vertrauenstatbestand nicht vorlag.

Die Klarstellung in Absatz 6 in Verbindung mit der Ergänzung in § 41 Absatz 1 gewährleistet den Zusammenschlussbeteiligten während der Durchführung eines erneuten Hauptprüfverfahrens Rechtssicherheit. Die Änderungen verhindern auch, dass vor der endgültigen Entscheidung über das Zusammenschlussvorhaben die Wirksamkeit der diesbzgl. geschlossenen Verträge unter dem Gesichtspunkt des Verstoßes gegen das Vollzugsverbot in Zweifel gezogen werden kann.

Zu Nummer 16

Bei der Änderung in **§ 41 Absatz 1 Satz 1** handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einführung der Anzeigeoption. Das Vollzugsverbot gilt unverändert vor Freigabe eines grundsätzlich anmeldepflichtigen Zusammenschlusses. Es entfällt im Rahmen der Anzeigeoption zusammen mit der Anmeldepflicht dann, wenn das Bundeskartellamt nicht innerhalb der Frist von §§ 39 Absatz 8 Satz 1, 40 Absatz 1 mitteilt, dass auf die Anmeldung nicht verzichtet werden kann.

Die Ergänzung des neuen **§ 41 Absatz 1 Satz 4 GWB** steht in Zusammenhang mit der Änderung des § 40 Absatz 6 GWB. So war der Anwendungsbereich des Vollzugsverbots für den Fall der rechtskräftigen Aufhebung einer Freigabe des Bundeskartellamtes bisher nicht eindeutig geregelt. Der neue Satz 4 ändert dies. Demnach gilt das Vollzugsverbot in den betreffenden Fällen nicht für Vollzugshandlungen, die zwischen der Freigabe oder – sofern zutreffend – einer vorhergehenden Befreiung vom Vollzugsverbot und dem Erlass des die Freigabe aufhebenden gerichtlichen Beschlusses vorgenommen wurden.

So wäre es nach Sinn und Zweck des Vollzugsverbots nicht angemessen, in einem derartigen Fall den Zusammenschlussbeteiligten – welche die Fusion ordnungsgemäß angemeldet und im Vertrauen auf die ihnen erteilte Freigabe oder Befreiung vom Vollzugsverbot den Zusammenschluss rechtmäßig vollzogen haben – das Vollzugsverbot wieder entgegenzuhalten. Denn dadurch würden sie gezwungen, den vollzogenen Zusammenschluss vorläufig rückabzuwickeln, obwohl der Ausgang des erneuten Hauptprüfverfahrens nicht eindeutig vorgezeichnet ist und eine erneute Freigabe demnach durchaus möglich ist. Die damit verbundenen erheblichen Konsequenzen wären für Unternehmen, die sich rechtskonform verhalten haben, weder angemessen noch zur Sicherung des neuen Hauptprüfverfahrens erforderlich.

Die Situation verhält sich nur anders, wenn der Zusammenschluss bereits unter Verstoß gegen das Vollzugsverbot vollzogen worden ist oder der Zusammenschluss vor Erlass des die Freigabe aufhebenden gerichtlichen Beschlusses noch nicht vollzogen worden ist. Im ersten Fall fehlt es an der Freigabe als Vertrauenstatbestand, im zweiten Fall an einer entsprechenden Vertrauensbetätigung. An einer Vertrauensbetätigung vor Erlass des die Freigabe aufhebenden gerichtlichen Beschlusses fehlt es auch, wenn erst nach Erlass dieses Beschlusses von den Zusammenschlussbeteiligten weitere strukturelle Vollzugsmaßnahmen, die eine spätere Entflechtung zusätzlich erschweren würden, vorgenommen werden (z.B. die Zusammenlegung von Unternehmensteilen oder die Aufgabe einzelner Geschäftsfelder). Solche Vollzugsmaßnahmen erfolgen nicht in berechtigtem Vertrauen auf die Freigabeentscheidung. Diese Einschränkung hindert die am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen, einschließlich der Zielgesellschaft, nicht daran, weiter am Markt und am Rechtsverkehr teilzunehmen und nicht-strukturelle Maßnahmen zu treffen (z.B. Ernennung von Leitungspersonen oder Durchführung von Kapitalmaßnahmen).

Zu Nummer 17

In **§ 43 Absatz 4 GWB** wird entsprechend der nunmehr auch in § 61 Absatz 3 GWB vorgesehenen, umfassenden Veröffentlichung der Entscheidungen des Bundeskartellamts klargestellt, dass das Bundeskartellamt in Erweiterung seiner Öffentlichkeitsarbeit auch seine Entscheidungen im Bereich der Zusammenschlusskontrolle veröffentlichen soll.

Zu Nummer 18

§ 43a GWB wird gestrichen. Der Bericht wurde zwischenzeitlich zusammen mit dem Bericht nach § 18 Absatz 8 GWB vorgelegt.³

Zu Nummer 19**Zu Buchstabe a**

Die Ergänzung des Verweises in **§ 47k Absatz 1 Satz 2 GWB** dient dazu, die Missbrauchstatbestände des GWB vollständig zu erfassen, also auch den neu eingefügten § 29a GWB, der eine verschärfte Missbrauchsaufsicht für den Kraftstoffsektor eingeführt hat.

Zu Buchstabe b

In **§ 47k Absatz 2 Satz 1 GWB** wird die Meldepflicht für Kraftstoffe geregelt. Mit dem am 1. April 2026 in Kraft getretenen Kraftstoffpreisanpassungsgesetz (KPAng) hat der Gesetzgeber in § 2 KPAng die Möglichkeit der Preiserhöhung für Benzin- und Dieselmkraftstoffe auf einmal am Tag um 12 Uhr begrenzt. Anknüpfend an diese Neuordnung soll die Verpflichtung zur Übermittlung von Preisänderungen an die beim Bundeskartellamt angesiedelte Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (MTS-K) auf gesetzlicher Ebene auf die Kraftstoffsorten Super E5, Super E10, Super Plus (98 Oktan) und Diesel festgelegt werden.

Bislang gab es in § 4 der Verordnung zur Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (MTSKraftV) Vorgaben zur Übermittlung der Preisdaten nur in Bezug auf die Kraftstoffsorten Super E5, Super E10 und Diesel. Die Ergänzung der Kraftstoffsorte Super Plus (98 Oktan) basiert auf der Marktrelevanz dieser Sorte für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese sollen künftig über die Informationskette der MTS-K und der Verbraucher-Informationsdienste auch über die aktuellen Preise für Super Plus informiert werden. Die Meldepflicht gilt nicht für Premiumkraftstoffe, die mit einer Oktanzahl von über 98 vertrieben werden.

Eine Ausweitung der Meldepflicht auf weitere Kraftstoffsorten erscheint zum jetzigen Zeitpunkt unverhältnismäßig, da diese keine ausreichende Marktrelevanz besitzen. Hier reicht es, dass auch für diese Kraftstoffsorten die Begrenzung der Preiserhöhungsfrequenz nach § 2 KPAng gilt. Zumeist handelt es sich bei diesen Kraftstoffsorten um Spezialangebote der Mineralölwirtschaft. Käuferinnen und Käufer sind aktuell bereit, für diese Nischenprodukte höhere Preise als für die der Meldepflicht unterliegenden Kraftstoffsorten zu bezahlen. Dies rechtfertigt aber keine gesonderte Meldepflicht gegenüber der MTS-K. Denn eine Meldepflicht würde Erfüllungsaufwand sowohl bei der Wirtschaft als auch der MTS-K und der in die Datenerhebung eingebundene Mobilität im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr auslösen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass das Angebot bzw. der Vertrieb dieser Produkte aufgrund der Entwicklungen im Bereich der eFuels u.a. auch noch einer gewissen Volatilität unterliegen dürfte. Dies würde regelmäßige Anpassungen der Regelungen über die Meldepflicht erfordern, der damit verbundene Aufwand erscheint nicht gerechtfertigt.

³ BT-Drucks. 19/26136.

Zu Buchstabe c

In **§ 47k Absatz 4 Satz 1 GWB** wird der Begriff „Landesbehörde“ durch „nach Landesrecht zuständige Behörde“ ersetzt. Der Begriff „Landesbehörde“ knüpft an die organisatorische Zuordnung einer Behörde zur unmittelbaren Landesverwaltung an. Die Formulierung „nach Landesrecht zuständige Behörde“ stellt demgegenüber auf die durch das jeweilige Landesrecht bestimmte Zuständigkeit ab und erfasst daher neben Landesbehörden auch kommunale Behörden (z.B. Gemeinden oder Gemeindeverbände), soweit ihnen die Aufgabe übertragen ist. Die vorgeschlagene Änderung dient daher der Klarstellung und stellt sicher, dass die Vorschrift unabhängig von der landesrechtlichen Verwaltungsorganisation alle zuständigen Vollzugsbehörden erfasst.

Zu Buchstabe d

Der neue **§ 47k Absatz 6 Satz 2 GWB** regelt die bislang in § 47k Absatz 4 Satz 2 GWB normierte Möglichkeit einer Kartellbehörde bei der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe sämtliche bei ihr vorliegenden und von der anfragenden Kartellbehörde für deren Aufgaben nach diesem Gesetz oder den Artikel 101 oder 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union benötigten Informationen anzufordern.

Zu Buchstabe e

§ 47k Absatz 7 GWB wird neugefasst. Mit der Neufassung von **§ 47k Absatz 7 Satz 1 GWB** wird klargestellt, dass die in den §§ 59 ff. GWB geregelten Ermittlungsinstrumente der MTS-K in entsprechender Anwendung zur Erfüllung ihrer Aufgaben und damit insbesondere der verdachtsunabhängigen Marktbeobachtung nach Absatz 1 Satz 2 zur Verfügung stehen. Die entsprechende Anwendung ergibt sich aus dem Umstand, dass die Markttransparenzstelle keine Kartellbehörde ist. Darüber hinaus bedarf es zur Ausübung der Ermittlungsinstrumente im Rahmen der Marktbeobachtung nach § 47k Absatz 1 Satz 2 GWB keines Anfangsverdachts. Anderenfalls wäre eine Marktbeobachtung nicht möglich. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage. Die Neufassung des gesamten Absatzes 7 wurde aber zum Anlass genommen, auch vor dem Hintergrund jüngerer Entscheidungen des OLG Düsseldorf in den Rechtssachen VI-Kart 8/25 (V) und VI-Kart 7/25 (V) zur Anwendung der Ermittlungsinstrumente in Verfahren nach § 32f Absatz 3 GWB, das mit der Regelung intendierte Ziel nochmals besser zum Ausdruck zu bringen. Einer entsprechenden Klarstellung im Rahmen von § 32f Absatz 3 GWB bedurfte es nicht, da sich die Anwendbarkeit der Ermittlungsinstrumente und damit auch des Ermittlungsinstruments des Auskunftsverlangens unmittelbar aus dem Wortlaut der §§ 59 ff. GWB ergibt. Denn diese stehen den Kartellbehörden und damit auch dem Bundeskartellamt *zur Erfüllung der in diesem Gesetz übertragenen Aufgaben* zur Verfügung. Der auch im Rahmen eines Auskunftsverlangens im Rahmen von einem Verfahren nach § 32f Absatz 3 GWB zu fordernde Anfangsverdacht muss sich dort auf eine erhebliche und fortwährende Störung des Wettbewerbs im Sinne des § 32f Absatz 3 GWB beziehen.

Mit dem neuen § 47k Absatz 7 Satz 2 bis 5 GWB wird in Umsetzung des Koalitionsbeschlusses vom 12. April 2026 zum Energiesofortprogramm ein neues Ermittlungsinstrument der MTS-K geschaffen. Dieses ermöglicht es der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe verdachtsunabhängig im Rahmen ihres Auftrags zur Marktbeobachtung von Unternehmen auf den der Tankstellenebene vorgelagerten Marktstufen für einen länger angelegten und in die Zukunft gerichteten Zeitraum die Mitteilung von Preis- und Absatzinformationen zu verlangen. Solche Informationen können nach dem neuen § 47k Absatz 7 Satz 2 GWB insbesondere Abnehmer, Absatzmengen, Absatzpreise, Absatzregionen und Lieferhorizonte sein, wobei unter Letzteren vor allem die Zuordnung von Transaktionen zu Spot- und Termingeschäften zu verstehen ist. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Im Ergebnis wird mit dem neuen Ermittlungsinstrument eine behördlich veranlasste und auf gewisse Dauer angelegte fortlaufende Mitteilungspflicht geschaffen. Alternativ hätte die Möglichkeit bestanden auch für die vorgelagerten Marktstufen eine dauerhafte gesetzliche

Datenlieferungsverpflichtung nach dem Vorbild des § 47k Absatz 2 GWB vorzusehen. Aufgrund der geringeren Eingriffsintensität und der Möglichkeit der leichteren (Nach-)Steuerung fiel die Entscheidung aber zugunsten eines behördlichen Ermittlungsinstruments.

Die Befugnis zur Anforderung der Datenmeldung nach § 47k Absatz 2 Satz 2 GWB steht der MTS-K wie auch die Ermittlungsinstrumente nach Absatz 7 Satz 1 verdachtsunabhängig im Rahmen ihres Auftrages zur Marktbeobachtung zur Verfügung. Sowohl Auswahl der mitteilungsverpflichteten Unternehmen als auch der von der Mitteilung erfassten Produkte/Kraftstoffe, des Zeitraums und der angeforderten Informationen steht im pflichtgemäßen Ermessen der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe und unterliegt damit auch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Dies bedeutet, dass die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe in einem entsprechenden Beschluss begründen muss, warum sie das konkrete Unternehmen vorliegend zu einer fortwährenden Datenlieferung verpflichtet. Dem Unternehmen selbst steht der Rechtsweg offen und es kann den Beschluss gerichtlich dahingehend überprüfen lassen, ob die MTS-K ihr Ermessen fehlerfrei ausgeübt hat.

Die Datenlieferung kann von sämtlichen Anbietern von Kraftstoffen auf den der Abgabe von Kraftstoffen an Letztverbrauchern vorgelagerten Marktstufen verlangt werden. Die Formulierung entspricht § 29a GWB. Anders als dort muss aber kein Anfangsverdacht für eine marktbeherrschende Stellung oder relative Marktmacht der Anbieter vorliegen. Anderenfalls wäre das neue Instrument der behördlich veranlassten Datenlieferung von einer vorherigen entsprechenden Feststellung abhängig, was dem Zweck der verdachtsunabhängigen Marktbeobachtung zuwiderliefe.

§ 47k Absatz 7 Satz 3 GWB stellt klar, dass die nach Satz 2 angeforderte Datenlieferung innerhalb einer von der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe zu bestimmenden angemessenen Frist in regelmäßigen Abständen zu erfolgen hat. Satz 4 bestimmt, dass jede Aufforderung einen Datenzulieferungszeitraum von maximal sechs Monaten nicht überschreiten soll. Kürzere Zeiträume sind ebenso möglich und gegebenenfalls vor dem Hintergrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit geboten wie die Verpflichtung in dem Anforderungsbeschluss unter Widerrufsvorbehalt zu stellen. Gemäß Satz 4 kann nach Ablauf dieser Frist ein erneutes Auskunftsverlangen gestellt werden. Hierfür bedarf es eines erneuten Beschlusses der MTS-K. So wird sichergestellt, dass sich ändernde Umstände, welche die jeweiligen Anbieter oder den relevanten Markt betreffen, von der MTS-K berücksichtigt werden und die MTS-K sich in einer neuerlichen Aufforderung zur Datenlieferung damit auseinandersetzen muss. Solche Umstände können zu anderen Bewertungen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme und zu anderen Erwägungen im Rahmen der pflichtgemäßen Ermessensausübung führen. Ebenfalls wird den betroffenen Unternehmen so die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung des weiteren Anforderungsbeschlusses auf Ermessensfehler eröffnet.

§ 47k Absatz 7 Satz 5 GWB ordnet die entsprechende Anwendung der Bestimmungen des § 59 Absatz 1 Satz 3, Satz 5 und Satz 8, Absatz 2 bis 5 auf das neue Instrument der behördlich veranlassten Datenmeldung an.

In dem neuen § 47k Absatz 7 Satz 6 GWB wird die Verweiskette des § 47d Absatz 1 Satz 7 GWB eingefügt, um insoweit einen Gleichlauf beim Rechtsschutz gegen Ermittlungsmaßnahmen der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe sicherzustellen. Die Liste der Vorschriften, auf die verwiesen wird, enthält alle Verfahrensvorschriften, die sich personell auf die „Kartellbehörde“ beziehen und mithin bislang nicht unmittelbar auf die MTS-K anwendbar sind, obwohl dies sachlich sinnvoll wäre und in der Praxis auch geboten erscheint.

Zu Nummer 20

§ 47I Satz 3 GWB wird im Wege der Rechtsbereinigung gestrichen. Der Bericht wurde zwischenzeitlich vorgelegt.⁴

Zu Nummer 21

Die Änderung in **§ 50b Absatz 4 Satz 2 GWB** folgt der Änderung in § 61 Absatz 1 Satz 3 und überträgt die dortigen Änderungen auf die Zustellung im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden.

Zu Nummer 22

Mit der Änderung in **§ 51 Absatz 5 GWB** wird das schon lange nicht mehr notwendige und missverständliche Verbot der Teilnahme an Kartellen für Mitglieder des Bundeskartellamts gestrichen. Das Verbot der Teilnahme an Kartellen ergibt sich bereits aus dem allgemeinen Kartellverbot. Die explizite Nennung in § 51 Absatz 5 GWB dürfte vor allem disziplinarrechtliche Gründe gehabt haben. Mittlerweile erzeugt die Regelung aber eher Wertungswidersprüche und Auslegungsfragen und wird daher gestrichen ohne dass damit den Mitgliedern des Bundeskartellamtes die Teilnahme an Kartellen erlaubt wird.

Zu Nummer 23

Mit dem neuen **§ 51a** wird das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskartellamts auf acht Jahre befristet. Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, dessen Leiter der Wettbewerbsbehörde für unbegrenzte Zeit ernannt wird. Die Präsidentin oder der Präsident des Bundeskartellamts nimmt eine herausragende Führungsrolle innerhalb einer wichtigen Bundesoberbehörde ein. Nicht nur bei allen anderen Wettbewerbsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, sondern auch bei vergleichbaren Behörden in Deutschland, wie der Bundesnetzagentur oder der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, ist eine Amtszeitbefristung üblich.

Als Präsidentin oder Präsident einer wettbewerbsrechtlichen Aufsichtsbehörde muss die Person unabhängig und sachorientiert handeln. Die Befristung schafft daher eine sachgerechte und nachvollziehbare Grundlage für die Amtsführung, ohne die fachliche Kompetenz zu beeinträchtigen. Die Natur der wahrgenommenen Aufgaben sowie die besondere Sachgesetzlichkeit erfordern die Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit.

Das Bundeskartellamt ist eine unabhängige, obere Bundesbehörde, deren Leitung hoheitliche Entscheidungen im Bereich der Wettbewerbsaufsicht trifft. Die Präsidentin oder der Präsident trägt dabei eine herausgehobene Verantwortung für die Steuerung und strategische Ausrichtung der Behörde, die rechtsstaatliche Sicherung ihrer Tätigkeit sowie die Repräsentation der Behörde nach außen.

Aufgrund der besonderen gesetzlichen Aufgabenstellung und der Komplexität der Behörde ist es sachlich erforderlich, die Amtsführung auf eine klar befristete Zeitspanne zu legen. Das Beamtenverhältnis auf Zeit ermöglicht es, die Leitung gezielt auf die Dauer der gesetzlich vorgesehenen Amtsperiode zu übertragen, ohne die Kontinuität und Rechtsstellung der bisherigen Lebenszeitbeamten grundlegend zu verändern. Gleichzeitig gewährleistet die Befristung eine regelmäßige Überprüfung der Amtsführung und die Sicherstellung, dass die sachgesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wettbewerbsaufsicht effizient und unabhängig erfüllt werden. Eine Dauer von acht Jahren wird als sachgerecht angesehen.

⁴ BT-Drs. 19/3693.

Absatz 2 stellt sicher, dass das ursprüngliche Beamten- oder Richterverhältnis während der Ausübung des Präsidentenamtes ruht, wobei zentrale Pflichten wie Amtsverschwiegenheit und das Verbot der Annahme von Vorteilen fortbestehen. Die Absätze 3 bis 5 regeln den Ruhestandseintritt sowie die Anwendung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften für verschiedene Ausgangsbeamtenverhältnisse.

Zu Nummer 24

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung von **§ 53 Absatz 1 Satz 1 GWB** wird die Berichtspflicht des Bundeskartellamts auf die Anwendung des GWB sowie die Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet beschränkt. Dadurch besteht die Möglichkeit Synergien mit dem Jahresbericht zu erschließen und Effizienzpotenziale zu heben. Zudem schafft die neue Verpflichtung zur Veröffentlichung der Entscheidungen des Bundeskartellamts gemäß § 43 Absatz 4 und § 61 Absatz 3 GWB die Grundlage, den neuen Tätigkeitsbericht in einer knapperen und konzisen Form zu fassen.

Zu Buchstabe b

Die in **§ 53 Absatz 2 GWB** vorgesehene Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht des Bundeskartellamts nach § 53 Absatz 1 wird gestrichen, da sie für die Information des Bundestages über wettbewerblich relevante Fragen nicht mehr erforderlich ist. Der mit ihr verfolgte Zweck einer umfassenden Gesamtinformation sowie das Aufzeigen von möglichem gesetzgeberischem Handlungsbedarf wird durch bestehende Informationsinstrumente bereits hinreichend erfüllt. Ein eigenständiger zusätzlicher Erkenntnis- oder Informationswert der Stellungnahme ist daher nicht ersichtlich. Die Anpassung dient der Effizienzsteigerung, indem unnötige Verwaltungsprozesse vermieden und Ressourcen geschont werden.

Zu Nummer 25

§ 56 GWB wird neugefasst und auf drei Vorschriften, die neuen §§ 56 bis 56b aufgeteilt.

Zu § 56 GWB

Der neue **§ 56 GWB** entspricht im Grundsatz § 56 Absatz 1 und 2 GWB aF. Auf die seinerzeitige Gesetzesbegründung wird verwiesen.

Zu § 56a GWB

Der neue **§ 56a GWB** entspricht im Ansatz der bisherigen Regelung in § 56 Absatz 7 GWB aF wurde aber redaktionell neugefasst und enthält mehrere verfahrensseitige Klarstellungen. Hintergrund waren die praktischen Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, dass für das Kartellverwaltungsverfahren gemäß § 54 Absatz 1 Satz 3 i.V.m. § 10 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz zwar der Grundsatz der Nichtförmlichkeit gilt, gleichzeitig aber die in § 56 Absatz 7 GWB aF geregelte mündliche Verhandlung davon abweichend ein Element förmlichen Verwaltungsverfahrens war, das sich nicht nahtlos in nichtförmliche Verfahren übertragen ließ. So sah § 56 Absatz 7 GWB aF nur einige wenige spezifische Regelungen für mündliche Verhandlungen vor. Diese lückenhafte Regelung unter Rückgriff auf das Verwaltungsverfahrensgesetz zu vervollständigen, begegnete zahlreichen praktischen Schwierigkeiten. Diese Unklarheiten haben zusammen mit der durch die besonderen Förmlichkeiten bedingten Schwerfälligkeit des Instruments der mündlichen Verhandlung dazu geführt, dass in der Praxis des Bundeskartellamtes seit 20 Jahren keine mündlichen Verhandlungen durchgeführt worden sind.

Mit der 11. GWB-Novelle wurde die Durchführung einer mündlichen Verhandlung für Verfahren nach § 32f Absatz 3 Satz 6 und § 32f Absatz 4 verpflichtend, womit die Regelung seither wieder stärker im Fokus der Praxis steht. Die mündliche Verhandlung soll in diesen Verfahren dazu dienen, durch den direkten Austausch zwischen Beteiligten und Dritten (insbesondere Marktteilnehmern, Vertretern der vom Verfahren berührten Wirtschaftskreise einschließlich Verbrauchern und Arbeitnehmern, Behörden, wissenschaftlichen Instituten, usw.) einen Beitrag zur möglichen Identifikation wesentlicher Problemfelder und geeigneter Abhilfemaßnahmen zu leisten (BT-Drs. 20/6824, S. 28 und 43). Diese Ziele stehen in einem Spannungsverhältnis zum Konzept mündlicher Verhandlungen in förmlichen Verwaltungsverfahren, die grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne aktive Beteiligung Dritter stattfinden sollen, um allein den Beteiligten zu ermöglichen, nach Abschluss der behördlichen Ermittlungen vor Erlass der verfahrensabschließenden Entscheidung in mündlicher Form Stellung nehmen zu können.

Angesichts dieses Spannungsverhältnisses und der oben genannten praktischen Schwierigkeiten wird das Instrument der mündlichen Verhandlung in ein Instrument der öffentlichen mündlichen Anhörung umgewandelt. Das neue Instrument trägt dem Anliegen Rechnung, das auf Schriftlichkeit angelegte Kartellverwaltungsverfahren durch eine besondere Ausprägung der mündlichen Anhörung zu ergänzen. Diese stellt Elemente der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit bereit, um die Transparenz des Verfahrens und die Partizipation der Betroffenen zu fördern. Insbesondere in den für Verfahren nach § 32f Absatz 3 Satz 6 und § 32f Absatz 4 charakteristischen Verfahrenssituationen, in denen ein komplexes Beziehungsgeflecht komplementärer und konträrer wirtschaftlicher Interessen der Beteiligten und der betroffenen Wirtschaftskreise besteht, können in frühen Verfahrensstadien unter breiter Beteiligung von Interessensvertretern durchgeführte Erörterungstermine der Kartellbehörde dabei helfen, die vielfältig miteinander verknüpften, oft nur schwer wägbaren Belange der unmittelbar und mittelbar Betroffenen in ihrer Gesamtheit besser zu erfassen sowie Probleme und mögliche Lösungsansätze zu identifizieren. Angesichts der vielgestaltigen Konstellationen wären starre Förmlichkeiten im Verfahrensablauf diesem Anliegen nur hinderlich. Die bisherige Anlehnung an verfahrensabschließende mündliche Verhandlungen in Gerichts- oder förmlichen Verwaltungsverfahren wird daher zugunsten des Instruments der öffentlichen mündlichen Anhörung aufgegeben, das unbürokratischer, flexibler und stärker partizipativ ausgestaltet wird.

Die öffentliche mündliche Anhörung kann auf Antrag oder von Amts wegen durchgeführt werden (Absatz 1 Satz 1). In Verfahren nach § 32f Absatz 3 Satz 6 GWB und § 32f Absatz 4 GWB, also wenn die Kartellbehörde beabsichtigt, eine Abhilfemaßnahme nach einer Sektoruntersuchung zu erlassen, ist eine öffentliche mündliche Anhörung grundsätzlich zwingend durchzuführen (Absatz 2 Satz 1), es sei denn, alle Beteiligten verzichten auf eine Durchführung (Absatz 2 Satz 2). In diesem Fall kann die Kartellbehörde gleichwohl eine öffentliche mündliche Anhörung durchführen, ist hierzu aber nicht mehr verpflichtet (Absatz 2 Satz 2). Aus der Formulierung eine Anhörung nach Absatz 1 folgt, dass sämtliche Vorgaben des Absatz 1 auch für eine Anhörung in den Fällen des Absatz 2 gelten.

Absatz 1 ist demgegenüber entsprechend anzuwenden, wenn das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen eines Ministererlaubnisverfahrens eine öffentliche Anhörung durchführt. Eine solche Anhörung ist grundsätzlich zwingend durchzuführen (Absatz 3 Satz 1) es sei denn, alle Beteiligten verzichten auf eine Durchführung (Absatz 3 Satz 2). In diesem Fall kann die Kartellbehörde gleichwohl eine öffentliche mündliche Anhörung durchführen, ist hierzu aber nicht mehr verpflichtet (Absatz 3 Satz 2).

Zu welchem Zeitpunkt eine öffentliche mündliche Anhörung durchzuführen ist, steht grundsätzlich im Ermessen der Behörde. In den Fällen des Absatz 2 und damit in Verfahren nach § 32f Absatz 3 Satz 6 und § 32f Absatz 4 GWB hat die öffentliche Anhörung aber so früh wie möglich zu erfolgen, um die Sichtweisen einer größeren Zahl an beteiligten Unternehmen frühzeitig erfassen und in ihrer Gesamtheit in das Verfahren einbeziehen zu können. Die Regelung eröffnet der Kartellbehörde damit mehr Flexibilität als die Vorgängerregelung,

die für solche Konstellationen die Durchführung unmittelbar nach Verfahrenseinleitung vorsah.

Wird eine öffentliche mündliche Anhörung durchgeführt, sind daran sämtliche an dem Verfahren Beteiligte im Sinn des § 54 Absatz 2 GWB zu beteiligen. Soweit die Öffentlichkeit nicht nach Absatz 1 Satz 4 ausgeschlossen ist, können insbesondere auch Vertreter der von dem Verfahren berührten Wirtschaftskreise an der Anhörung teilnehmen. Die Beteiligungsvorgaben gelten im Rahmen einer öffentlichen Anhörung nach Absatz 2 und 3 entweder unmittelbar oder entsprechend. In den Fällen des Absatz 2 und 3 ist zudem der Monopolkommission Gelegenheit zur Äußerung zu geben ohne dass sie dadurch Beteiligte im formellen Sinne wird.

Nach Absatz 1 Satz 2 ist die Durchführung der Anhörung den Beteiligten mit angemessener Frist mitzuteilen und darüber hinaus öffentlich bekannt zu machen, um auch der Öffentlichkeit eine Teilnahme zu ermöglichen. Ist die Monopolkommission nach Absatz 4 Satz 1 zu beteiligen, ist auch diese mit angemessener Frist auf die Durchführung der öffentlichen Anhörung hinzuweisen (Absatz 4 Satz 3).

Nach Absatz 1 Satz 3 ist die Durchführung der Anhörung im Übrigen an bestimmte Formen nicht gebunden, sondern unterliegt dem billigen Ermessen der Kartellbehörde. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die zeitliche, organisatorische und inhaltliche Gestaltung.

Nach Absatz 1 Satz 4 hat die Kartellbehörde schließlich die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn anderenfalls eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder eine Gefährdung eines wichtigen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses zu besorgen ist. Die Regelung entspricht der bisherigen Regelung des § 56 Absatz 7 Satz 2 GWB. Auf die seinerzeitige Gesetzesbegründung wird verwiesen.

Zu § 56b GWB

Der neue § 56b entspricht weitgehend der bisherigen Regelung in § 56 Absatz 3 bis 6 GWB aF. Auf die seinerzeitige Gesetzesbegründung wird verwiesen. Die Neufassung von § 56b GWB wurde aber gleichzeitig zum Anlass genommen, einige wenige Klarstellungen aufzunehmen.

Mit dem neuen **§ 56b Absatz 1 Satz 2 GWB** wird klargestellt, dass Personen und Personenvereinigungen, die nach § 54 Absatz 2 Nummer 3 ausschließlich wegen der Berührung in wirtschaftlichen Interessen zu dem Verfahren beigelegt worden sind, keinen Rechtsanspruch auf Akteneinsicht haben. Es liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Kartellbehörde, ob und ggf. in welchem Umfang sie diesen einfach Beigeladenen Einsicht in die das Verfahren betreffenden Akten gewährt. Für die Ausübung dieses Ermessens ist maßgeblich, ob aus Sicht der Kartellbehörde der einfach Beigeladene durch die Gewährung der Akteneinsicht in die Lage versetzt wird, die Sachaufklärung im Verfahren vor der Kartellbehörde besser zu fördern und ob dieser Vorteil die mit der Gewährung von Akteneinsicht verbundenen Nachteile überwiegt. Die Beteiligung von Wettbewerbern oder anderen Marktteilnehmern, die in ihren wirtschaftlichen Interessen durch die das Verfahren abschließende Entscheidung betroffen werden, soll der Kartellbehörde ermöglichen, ihre Entscheidung auf eine breitere, den Interessen der anderen Marktbeteiligten Rechnung tragende Grundlage zu stellen (BGH, Beschluss vom 20. Februar 2024 - KVB 69/23, Rn. 26). Die einfach Beigeladenen können und sollen durch ihr Branchenwissen und ihre Marktkenntnisse das Verfahren fördern. Es steht im pflichtgemäßen Ermessen der Kartellbehörde, ob und in welcher Form sie zu diesem Zweck den Sachverhalt und ihre Bewertung gegenüber den einfach Beigeladenen offenlegt (BGH, Beschluss vom 20. Februar 2024 - KVB 69/23, Rn. 26). Es ist in erster Linie eine von der Kartellbehörde zu beurteilende, gerichtlich nur eingeschränkt überprüfbare Frage der Zweckmäßigkeit, in welchem Ausmaß Offenlegungen von Sachverhalt und Bewertungen gegenüber einfach Beigeladenen eine Optimierung der behördlichen Entscheidungsgrundlage versprechen oder ob mit Blick auf den mit einer Gewährung von

Akteneinsicht verbundenen Aufwand (z.B. durch den erforderlichen Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) und unter Berücksichtigung bereits vorhandener Erkenntnisse und der Verfahrensziele die durch den Verzicht auf die Gewährung von Akteneinsicht bewirkten Vorteile einer zügigeren und einfacheren Verfahrensführung überwiegen.

Der Klarstellungsbedarf ergibt sich daraus, dass nach § 54 Absatz 2 Nummer 3 GWB auch Personen und Personenvereinigungen zu dem Verfahren beigelegt werden können, die nicht in ihren rechtlichen, sondern alleine in ihren wirtschaftlichen Interessen berührt sind. Da das Akteneinsichtsrecht der Beteiligten nach § 56b Absatz 1 Satz 1 GWB an das Erfordernis der Geltendmachung oder Verteidigung rechtlicher Interessen geknüpft ist, ist es für nicht in rechtlichen Interessen berührte einfach Beigeladene nicht einschlägig. Diese Regelungslücke wird durch den neu eingefügten Satz 2 geschlossen. Die Regelung entspricht dem Akteneinsichtsrecht der einfach Beigeladenen in gerichtlichen Beschwerdeverfahren. Dort liegt es nach § 70 Absatz 3 GWB im pflichtgemäßen Ermessen des Gerichts, darüber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang einfach Beigeladene, die nicht zugleich Beschwerdeführer sind, Einsicht in die Gerichtsakten erhalten.

Die Klarstellung vermeidet Streitigkeiten über Umfang und Maßstäbe der den einfach Beigeladenen zu gewährenden Akteneinsicht, indem das in Beschwerdeverfahren seit Langem bewährte Akteneinsichtssystem auch für Kartellverwaltungsverfahren zur Anwendung kommt. Zugleich leistet es einen erheblichen Beitrag zu einer zügigen und effizienten Verfahrensführung. Die Aufbereitung der gesamten Akten in einer für die Einsichtnahme der Beigeladenen geeigneten Form kann wegen des erforderlichen Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und den damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Verfahrensbeteiligten erhebliche Ressourcen der Kartellbehörden binden und den Verfahrensabschluss spürbar verzögern, ohne dass aus Sicht der Kartellbehörde noch eine nennenswerte Optimierung der behördlichen Entscheidungsgrundlage durch (weitere) Beiträge der Beigeladenen zu erwarten wäre. Ohne die klarstellende Regelung des Akteneinsichtsrechts der einfach Beigeladenen würde das grundsätzlich bewährte Ermittlungsinstrument der Beiladung die Verfahrensführung so stark erschweren, dass sein praktischer Nutzen erheblich gemindert wäre.

Notwendig Beigeladene können im Gegensatz zu einfach Beigeladenen durch den Ausgang des Verfahrens in ihren subjektiven Rechten verletzt werden. Sie haben daher nach § 56 Absatz 3 Satz 1 einen Rechtsanspruch auf Akteneinsicht.

Die Ergänzung der „sonstigen Unterlagen in Kartellverwaltungssachen“ in **§ 56b Absatz 3 Satz 1 GWB** stellt klar, dass die Vorschrift unabhängig davon Anwendung findet, ob es sich dabei um Verwaltungsverfahren im Sinne des § 9 Verwaltungsverfahrensgesetz handelt oder um sonstige Unterlagen der Kartellbehörde in Kartellverwaltungssachen. Kartellverwaltungssachen sind alle dem Kartellrecht zuzuordnenden Sachverhalte, die sich auf Tätigkeiten einer Kartellbehörde im Rahmen des Verwaltungsrechts beziehen. Die Pflicht zur ordnungsgemäßen Aktenführung gilt für alle Sachverhalte und somit auch außerhalb von Verwaltungsverfahren, d.h. der nach außen wirkenden Tätigkeit der Behörden, die auf die Prüfung der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass eines Verwaltungsaktes oder auf den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags gerichtet ist. Dementsprechend bezieht sich auch die Regelung der Akteneinsicht Dritter in § 56b Absatz 3 auf alle sonstigen Unterlagen in Kartellverwaltungssachen, auch außerhalb von Verwaltungsverfahren. Hierzu zählen unter anderem Unterlagen von Sektoruntersuchungen nach § 32e, die Unterlagen der Markttransparenzstelle Energie, die im Bereich des Monitoring anfallenden Unterlagen, die Unterlagen, die im Rahmen von Vorverfahren, in denen die Kartellbehörde noch nicht nach außen hin tätig geworden ist, geführt werden, und die Unterlagen, die eine nach Verfahrensabschluss erfolgte Tätigkeit der Behörde betreffen, wie z.B. die behördliche Beobachtung der Einhaltung von in kartellbehördlichen Verfügungen tenorierter Gebote, Verbote, Auflagen und Verpflichtungszusagen oder des Eintritts tenorierter Bedingungen. Die Klarstellung vermeidet Streitigkeiten über den Anwendungsbereich der Vorschrift, indem sie das Einsichtsrecht Dritter für alle Akten und sonstigen Unterlagen in

Kartellverwaltungsachen vereinheitlicht. Sie trägt dadurch zur Vereinfachung der Verfahrensführung bei.

Zu Nummer 26

Zu Buchstabe a

Der Verweis in **§ 59 Absatz 4 Satz 1 GWB** wird korrigiert und erstreckt sich nunmehr bis Absatz 1 Satz 8. Nach Einfügung der jetzigen Sätze 5 und 6 durch die 11. GWB-Novelle ist der Wortlaut von Absatz 4 Satz 1 versehentlich unverändert geblieben. Die Inbezugnahme von Absatz 1 bis Satz 8 ist jedoch sachlich geboten. Zwar wäre eine Vernehmung einer natürlichen Person auch allein auf Grundlage des § 57 Absatz 2 möglich. Diese würde der betroffenen Person ebenso wie eine Befragung nach § 59 Absatz 1 Satz 8 ein Auskunftsverweigerungsrecht eröffnen; im Fall des § 57 Absatz 2 ergibt sich dieses aus § 384 Nummer 2 der Zivilprozessordnung. Eine persönliche Befragung nach § 59 Absatz 1 Satz 8 bietet jedoch den Vorteil erhöhter Rechtssicherheit im Hinblick auf die Möglichkeit einer Nichtverfolgungszusage, da insoweit Absatz 4 Satz 2 ausdrücklich Anwendung findet.

Zu Buchstabe b

Mit der Ergänzung in **§ 59 Absatz 5 GWB** wird die Bekanntgabe von Auskunftsverfügungen und -beschlüssen nach Satz 1 per E-Mail ermöglicht. Für die Bekanntgabe von Auskunftsverfügungen und -beschlüssen ist die förmliche Zustellung auf einem sicheren Übertragungsweg nicht zwingend notwendig, da die Verfügung selbst in der Regel keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält. Die Möglichkeit zur elektronischen Übermittlung leistet einen Beitrag zur Digitalisierung der Verwaltung. Gerade in komplexeren Kartellverfahren werden Auskunftsverlangen häufig an eine Vielzahl von Marktteilnehmern gerichtet. Die in der Vergangenheit dafür eingesetzte Zustellung per Telefax scheidet in der Praxis aus und wird nun durch die Bekanntgabe per E-Mail ersetzt.

Zu Nummer 27

Zu Buchstabe a

Die Änderung in **§ 61 Absatz 1 Satz 1 GWB** dient der Klarstellung der Formvorgaben bei Entscheidungen des Bundeskartellamts nach § 51 Absatz 3 GWB. Zurückgehend auf Anleihen des historischen Gesetzgebers bei Gerichtsurteilen ist bis heute ungeklärt, ob für die im Gremium getroffenen Entscheidungen nach § 51 Absatz 3 GWB strengere Formvorgaben gelten als für „normale“ Verwaltungsakte, insbesondere ein Unterschriftserfordernis. Die Literatur hierzu ist widersprüchlich (etwa für ein Unterschriftserfordernis: Bechtold/Bosch GWB § 61 Rn. 2; Immenga/Mestmäcker/Bach GWB § 61 Rn. 12; Kersting/Meyer-Lindemann/Podszun/Quellmalz GWB § 61 Rn. 3; MüKoWettbR/Ost GWB § 61 Rn. 11. Dagegen: BeckOK KartellR/Vorster GWB § 61 Rn. 25). Das teilweise aus den strengen Formvorgaben für gerichtliche Urteile abgeleitete Formerfordernis ist eine erhebliche bürokratische Last ohne erkennbaren Nutzen. Da § 37 des Verwaltungsverfahrensgesetzes auf die vorliegend relevanten, atypisch gelagerten Verwaltungsakte in Gremienentscheidungen nicht passt, bedarf es zur Klarstellung der vorliegenden Regelung. Mit dieser wird unbürokratisch umgesetzt, dass die Entscheidungen aus Transparenzgründen zwar die Namenswiedergabe der Entscheidenden enthalten, eine Unterschrift aber nicht erforderlich ist. Zudem ist das Datum der Abstimmung anzugeben. Dies ist wegen der Besonderheit der Abstimmung im Gremium sinnvoll (z.B. mit Blick auf den Zeitpunkt der letztmaligen Ermessensbetätigung).

Mit dem neuen **§ 61 Absatz 1 Satz 3 GWB** als zusätzlich aufgenommenen Verweis auf den § 173 Absatz 3 Zivilprozessordnung wird die einfache Abgabe eines elektronischen Empfangsbekenntnisses bei der Zustellung ermöglicht. Damit ist die bisherige Empfangsbestätigung mittels qualifizierter elektronischer Signatur oder einer auszufüllenden PDF-Datei

nicht mehr erforderlich. Nun reicht ein strukturierter Datensatz als Grundlage der elektronischen Empfangsbekanntnis aus. Dies sorgt für eine einfache Abgabe eines elektronischen Empfangsbekanntnisses per Knopfdruck. So wird außerdem die technische Möglichkeit geschaffen, die Zustellungsüberwachung durch die Behörde zu automatisieren. Zudem wird die Vereinfachung auf Unternehmen und Vereinigungen von Unternehmen sowie Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB, soweit sie ein besonderes elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach (eBO) eingerichtet haben, übertragen. Auch diese sollen ein elektronisches Empfangsbekanntnis abgeben können. Dies trägt insgesamt auf beiden Seiten zum Bürokratieabbau bei. überträgt

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung von **§ 61 Absatz 3 Satz 1 GWB** wird ein Redaktionsversehen beseitigt und klargestellt, dass das Bundeskartellamt auch Entscheidungen nach § 19a Absatz 1 und 2 GWB im Bundesanzeiger veröffentlichen soll. Entsprechendes gilt für Entscheidungen nach § 32f und § 34 GWB.

In neuen **§ 61 Absatz 3 Satz 2 GWB** wird zudem eine umfassende Veröffentlichungspflicht des Bundeskartellamtes für dessen Verfügungen nach § 19a Absatz 1 und 2, § 30 Absatz 3, § 31b Absatz 3 und Verfügungen nach den §§ 32 bis 32b, § 32d, § 32f, § 34 und § 60 normiert. Die Veröffentlichung soll nach Erlass der Entscheidung durch das Bundeskartellamt unabhängig von der Anhängigkeit eines Rechtsmittels erfolgen. Um maximale Transparenz zu schaffen, sollte mit der Veröffentlichung auch angegeben werden, ob die Verfügung rechtskräftig ist oder ein Rechtsmittel eingelegt wurde bzw. noch werden kann. Die Veröffentlichung soll nicht erfolgen, soweit wichtige Gründe im Sinne von § 56b Absatz 2 Satz 1 entgegenstehen. Dies kann etwa aus dem Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen folgen. Allerdings überwiegt das Veröffentlichungsinteresse stets das Geheimhaltungsinteresse, soweit in der Entscheidung der Tatvorwurf bzw. das untersagte Verhalten geschildert wird. Durch das Wort „soweit“ ist klargestellt, dass dem Schutz in erster Linie durch geeignete Schwärzungen Rechnung zu tragen ist und die Entscheidungen im Übrigen zu veröffentlichen sind. Maßgeblicher Zeitpunkt ist der Erlass der Entscheidung.

Zu Nummer 28

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neugliederung von § 56 GWB a.F. auf die drei neuen Vorschriften § 56 bis § 56b GWB.

Zu Buchstabe b

Der neue **§ 62 Absatz 1 Satz 5 GWB** trägt der Einführung der Anzeige eines Zusammenschlusses nach § 39 Absatz 1 Satz 2 Rechnung. Er stellt sicher, dass die hierfür erhobenen Gebühren auf die Gebühren für die Anmeldung eines Zusammenschlusses und damit aufgrund von § 62 Abs. 1 Satz 4 auch auf die Gebühren für dessen Freigabe oder Untersagung angerechnet werden.

Zu Buchstabe c

Der Gebührenrahmen des § 62 GWB muss so bemessen sein, dass er den durchschnittlichen Aufwand der Kartellbehörde bei einer bestimmten Verfahrensart widerspiegelt. Dies wird regelmäßig vom Bundesrechnungshof überprüft. Da im § 62 Absatz 2 die obere Grenze des Gebührenrahmens festgelegt ist, muss diese einen gewissen Abstand zum durchschnittlichen Aufwand aufweisen. Der Großteil der Gebührenhöchstsätze wurden zuletzt im Jahr 1989 angepasst. Bei der Umstellung auf den Euro wurden die Beträge lediglich umgerechnet. Durch den Anstieg des Preisniveaus in den letzten 37 Jahren, aber auch die

zunehmend komplexeren, und damit aufwändigeren Fälle, sind die bestehenden Gebührendeckelungen nicht mehr zielführend und müssen daher nach oben angepasst werden. Gerade in Verfahren nach § 19a sowie in regulären Missbrauchsverfahren lag der durchschnittliche Verwaltungsaufwand der Kartellbehörde regelmäßig deutlich oberhalb der bestehenden Gebührenobergrenze. Zudem wird für das mit dieser Novelle neu eingeführte Anzeigeverfahren nach § 39 Absatz 1 Satz 2 eine neue separate Gebührenobergrenze in Höhe von 2 500 Euro eingeführt. Diese spiegelt den eingeschränkten zeitlichen und tatsächlichen Verwaltungsaufwand (aufgrund der geringeren Pflichtangaben, Prüfungsmaßstab und der eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten) wider. Die neuen Obergrenzen stützen sich auf Erfahrungen und Berechnungen des Bundeskartellamts zum Verwaltungsaufwand der einzelnen Verfahren. Der spezielle Gebührentatbestand für Entscheidungen im Hinblick auf Vereinbarungen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben ist mangels Anwendungsbereichs zu streichen. Die Vorschrift bezog sich ursprünglich auf entsprechende Freistellungsverfügungen bzw. Missbrauchsverfügungen, die beide mit dem Wechsel zum System der Legalausnahme abgeschafft wurden.

Die Gebührenbemessung orientiert sich sowohl am Kostendeckungsprinzip als auch am Äquivalenzprinzip. Die Kartellbehörde wird weiterhin die Gebührenbemessung im Einzelfall vorrangig nach dem Äquivalenzprinzip vornehmen, wonach der wirtschaftlichen Bedeutung eine übergeordnete Stellung bei der Gebührenfestsetzung zukommt. Das Äquivalenzprinzip leistet gegenüber dem reinen Kostendeckungsprinzip, der alleinigen Orientierung am Verwaltungsaufwand, insbesondere im Bereich der Fusionskontrolle einen wertvollen Beitrag zum Mittelstandsschutz und zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.

Zu Buchstabe d

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neugliederung von § 56 GWB aF auf die drei neuen Vorschriften § 56 bis § 56b GWB.

Zu Buchstabe e

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neugliederung von § 56 GWB aF auf die drei neuen Vorschriften § 56 bis § 56b GWB.

Zu Nummer 29

Mit der Neufassung von **§ 63 GWB** werden im Wesentlichen der Stand der bisherigen Rechtsprechung zur Beteiligtenstellung im Beschwerdeverfahren nachvollziehbar zusammengefasst. Damit wird die Transparenz des Gesetzes erhöht und Streitigkeiten und Verfahrensverzögerungen vermieden. Die mit der Neufassung einhergehenden Änderungen dienen der besseren Verständlichkeit, Transparenz und Klarheit der Norm, indem nach Abschaffung der Nichtzulassungsbeschwerde zwischen der Beteiligung an Beschwerde- und Rechtsbeschwerdeverfahren getrennt wird.

Die gegenüber der Vorgängerregelung erfolgte Streichung des Begriffs des Rechtsbehelfsführers in § 63 Absatz 1 Nummer 1 GWB ist nur eine redaktionelle Anpassung aufgrund der künftigen Beschränkung von Absatz 1 auf Beschwerdeverfahren.

Die gegenüber der Vorgängerregelung erfolgte Streichung des Zusatzes „deren Verfügung angefochten wird“ in § 63 Absatz 1 Nummer 2 GWB ist ebenfalls eine redaktionelle Anpassung, die zugleich den bisher zu eng gefassten Wortlaut so ändert, dass alle möglichen prozessualen Situationen und nicht nur die Anfechtungsbeschwerde erfasst werden.

Mit dem neugefassten § 63 Absatz 1 Nummer 3 GWB wird teilweise eine ungeschriebene Kategorie kodifiziert, die bisher schon anerkannt war. Sie beinhaltet: Nicht beschwerdeführende Antragsteller, (ggf. potentielle) Verfügungsadressaten, behördlich einfach oder notwendig Beigeladene (Kontinuität der Beteiligung von Verwaltungsverfahren zu

Beschwerdeverfahren als bewährte Besonderheit des Kartellverwaltungsprozesses) und nicht beschwerdeführende Veräußerer.

Die Regelung in § 63 Absatz 1 Nummer 4 GWB ist demgegenüber neu. Damit wird das kartellrechtliche Beschwerdeverfahren an das allgemeine Verwaltungsprozessrecht angeglichen. Das beseitigt Streit um die Ausnahmen, die zumindest in manchen Situationen zwingend anzunehmen sind. Es verhindert auch unbillige Ergebnisse. Die der VwGO entsprechende eigene Beiladungsmöglichkeit des Gerichts ermöglicht dem Gericht die Nutzung der Beiladung als eigenes Instrument der Sachaufklärung und verwirklicht somit den Untersuchungsgrundsatz (§ 75 GWB). Zudem erübrigt sie Streitigkeiten über die Beiladung im behördlichen Verfahren, da damit nicht zugleich abschließend über die Beteiligung des Beiladungspetenten am Beschwerdeverfahren entschieden wird.

Der neue § 63 Absatz 2 GWB regelt einen bislang nicht ausdrücklich normierten Bereich, in dem wenig Einheitlichkeit besteht. Der grundsätzliche Verzicht auf die Fallgruppe nach Absatz 1 Nummer 3 trägt dazu bei, Verfahren einfacher und zügiger führen zu können. Ggf. eintretende Härten in den vielfältigen, oft unterschiedlich gelagerten Fällen kann das Beschwerdegericht durch das neue Instrument des Absatz 1 Nummer 4 flexibel lösen.

Der neue § 63 Absatz 3 GWB bringt den bisherigen Grundsatz der Beteiligungskontinuität im Rechtsbeschwerdeverfahren zum Ausdruck.

Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 4 und 5.

Zu Nummer 30

Zu Buchstabe a

In **§ 70 Absatz 1 Satz 2 GWB** wird ein längst überfälliges Redaktionsversehen beseitigt.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Mit dem neuen § 70 Absatz 2 Satz 3 GWB wird die Akteneinsicht im Rechtsbehelfsverfahren an diejenige im behördlichen Verfahren nach § 56b Absatz 1 GWB angeglichen. Bisher ist unklar, inwieweit der Umfang der Akteneinsicht im behördlichen Verfahren gemäß § 56b GWB und im Rechtsbehelfsverfahren gemäß § 70 GWB deckungsgleich ist. Während im behördlichen Verfahren nach § 56b Absatz 1 GWB eigentlich eine Beschränkung auf diejenigen Aktenteile, deren Kenntnis zur Geltendmachung oder Verteidigung der rechtlichen Interessen erforderlich ist, möglich wäre, ist unklar, ob diese Beschränkungsmöglichkeit auch im gerichtlichen Verfahren besteht. Denn nach dem bisherigen Wortlaut des § 70 Absatz 2 GWB kann die Kartellbehörde ihre Zustimmung zur Offenlegung ihrer Akten nur unter dem Aspekt des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen verweigern. Daher wird die Akte (vorausschauend) bereits im behördlichen Verfahren weitgehend bereinigt. Die Änderung stellt klar, dass die Kartellbehörde ihre Zustimmung künftig auch in Fällen verweigern kann, in denen keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse betroffen sind, aber klar ist, dass diese Informationen nicht entscheidungsrelevant waren. Dies soll eine unnötige Prüfung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen vermeiden.

Zu Doppelbuchstabe bb

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Einfügung des neuen Satz 3.

Zu Doppelbuchstabe cc

Durch Einfügung von **§ 70 Absatz 2 Satz 5** GWB wird eindeutig geregelt, welcher Rechtsbehelf gegen eine Ablehnung der Akteneinsicht nach Satz 3 gegeben ist. Das rechtliche Gehör der Beteiligten wird nicht eingeschränkt, da eine gerichtliche Entscheidung über die Ablehnung der Akteneinsicht in die betreffenden Dokumente nach Satz 5 beantragt werden kann. Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung nach Satz 5 ist allein die Frage, ob die Kenntnis der betreffenden Unterlagen für die Geltendmachung oder Verteidigung der rechtlichen Interessen der Verfahrensbeteiligten erforderlich ist. Maßgeblich ist insoweit, ob nach dem Vortrag der Beteiligten und unter Berücksichtigung des Inhalts der Unterlagen bei sorgfältiger Überlegung der sich aufdrängenden Möglichkeiten konkreter Anlass zur Offenlegung besteht. Soweit dem Antrag eines Beteiligten nach Satz 5 stattgegeben wird, muss die Kartellbehörde zunächst entscheiden, inwieweit es geboten ist, die Einsicht in die betreffenden Unterlagen aus wichtigen Gründen nach Satz 2 zu versagen. Gegen eine solche Versagung ist – in der Sache wie zuvor – eine gerichtliche Überprüfung unter den Voraussetzungen des Zwischenverfahrens nach Satz 6 möglich, so dass auch insoweit der Rechtsschutz von Verfahrensbeteiligten und Betroffenen in vollem Umfang gewahrt bleibt.

Zu Doppelbuchstabe dd

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund des neu eingefügten Satz 5.

Zu Doppelbuchstabe ee

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 31

Mit dem neuen **§ 71 Satz 3 GWB** wird der Beschwerdewert in Beschwerden wegen der Erteilung oder Versagung von Auskünften aus den ein Verfahren betreffenden Akten oder sonstigen Unterlagen auf 10 000 Euro gedeckelt. In Kartellverwaltungssachen fällt typischerweise eine große Zahl von schützenswerten Informationen i.S.v. § 56b Absatz 2 GWB an. Bei Zugangsbegehren Dritter nach § 56b Absatz 3 GWB wird regelmäßig und in erheblichem Umfang um die Einstufung der Informationen als schützenswert gestritten. Häufig wird die Kartellbehörde Zugangsbegehren Dritter nur teilweise entsprechen, um den notwendigen Schutz bestimmter Informationen sicherzustellen. In diesem Falle können behördliche Entscheidungen von der einen Seite als zu weitgehend und von der anderen Seite als nicht ausreichend angefochten werden. Derzeit gelten für die Bemessung des Beschwerdewerts bei Beschwerdeverfahren hinsichtlich des Zugangs Dritter zu Informationen in Kartellverwaltungssachen die allgemeinen Regelungen der Wertfestsetzung nach §§ 40, 45 Absatz 1 Satz 2 und 3, 50 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Gerichtskostengesetzes i.V.m. § 3 der Zivilprozessordnung. Soweit die Behörde Zugang gewährt, kommt es bei der Anfechtung der Zugangsentscheidung auf den Wert der Interessen der von der Offenlegung von Informationen betroffenen Parteien an, soweit die Behörde den Zugang verweigert, auf den Wert der Interessen der Zugangsbegehrenden. Auf beiden Seiten kann dieser Ansatz zu einer erheblichen Bandbreite an Beschwerdewerten führen: Wenn etwa Zugangsbegehren von Unternehmen geltend gemacht werden, die sich davon Vorteile gegenüber Mitbietern in Vergabeverfahren versprechen, kann es für die Wertfestsetzung auf das Interesse an der dortigen Zuschlagserteilung ankommen, was ggf. zu Streitwerten im Millionenbereich führen kann. Gleiches gilt, wenn die Offenlegung von Umständen verlangt wird, hinsichtlich derer das Vorliegen wichtiger Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geltend gemacht wird. Werden Zugangsbegehren dagegen von Privatpersonen oder Journalisten geltend gemacht, wird sich das Zugangsinteresse regelmäßig in der Größenordnung des Aufgangstreitwerts von 5.000 Euro nach § 52 Absatz 2 Gerichtskostengesetz bewegen. Die hohe Bandbreite von möglichen Beschwerdewerten belastet sowohl die gerichtliche Verfolgung von Zugangsansprüchen, als auch die Geltendmachung von

Zugangsverweigerungsgründen derzeit mit erheblichen Kostenrisiken. Die für den Beschwerdeführer maßgeblichen wirtschaftlichen Interessen an der Zugangsgewährung bzw. Verweigerung sind für dessen Gegner regelmäßig weder vorhersehbar noch kalkulierbar. Die entsprechenden Unsicherheiten können daher sowohl von der Erhebung eigentlich gerechtfertigter Zugangsansprüche wie von der Geltendmachung eigentlich gerechtfertigter Verweigerungsgründe abschrecken. Um dieser für den Zugang zu Informationen in Kartellverwaltungsachen typischen Problemlage Rechnung zu tragen, ist es gerade auch in Ansehung der in Rede stehenden Grundrechtspositionen auf Seiten der Zugangspetenten sowie zur Sicherstellung eines effektiven Rechtsschutzes i.S.v. Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 GG sachgerecht und angemessen, die Bemessung des Beschwerdewerts für den Bereich des § 56b Absatz 3 nicht an den wirtschaftlichen (Fern-) Zielen der jeweiligen Beschwerdeführer zu orientieren, sondern stattdessen eine Deckelung vorzunehmen. Die Höhe des Betrages von 10 000 Euro orientiert sich zum einen an der Größenordnung des Regelstreitwerts des § 52 Absatz 2 Gerichtskostengesetz, der auch im unverbindlichen Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit als Ausgangswert für Auskunftsansprüche in Bezug genommen wird (Abschnitt 7a, <https://www.bverwg.de/rechtsprechung/streitwertkatalog>). Zugleich reflektiert er indes den erhöhten Verwaltungsaufwand, der aufgrund der Vielzahl der in Kartellverwaltungsachen typischerweise anfallenden schützenswerten Informationen geschuldet ist und dem auch die Anpassung der Verwaltungsgebühren in § 62 Absatz 2 Nummer 3 Rechnung trägt. Mit dieser Rückanknüpfung des Beschwerdewerts an den Offenlegungsaufwand wird zugleich dem Rechtsgedanken des § 10 Absatz 2 des Informationsfreiheitsgesetzes Rechnung getragen, wonach die Verwaltungsgebühren für den Zugang so zu bemessen sind, dass er noch wirksam in Anspruch genommen werden kann. Dieser Gedanke lässt sich auf die Bemessung des Beschwerdewerts für ein nachfolgendes gerichtliches Verfahren übertragen. Die Effektivität des Zugangsanspruchs wäre insbesondere bei Zugangsbegehren von Privaten und Journalisten, aber auch von kleinen und mittleren Unternehmen dann gefährdet, wenn sie bei einem (teilweisen) Unterliegen im Beschwerdeverfahren nach dem hohen Abwehrinteresse von Großunternehmen in Anspruch genommen würden. Insofern führt die Deckelung des Beschwerdewerts zu einem gerechten Interessenausgleich aller Beteiligten an Beschwerdeverfahren im Gefolge einer Entscheidung nach § 56b Absatz 3 GWB.

Zu Nummer 32

Der neue **§ 73 Absatz 1 Satz 3 GWB** stellt explizit klar, dass § 44a der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechende Anwendung findet. Eine entsprechende Geltung ist aus Gründen der Verfahrensökonomie (Ausschluss der Verzögerung des Beschwerdeverfahrens durch Anfechtbarkeit jeder einzelnen Verfahrenshandlung) und der Prozessökonomie (Vermeidung der Zersplitterung des Rechtsschutzes) erforderlich. Diese Klarstellung in Absatz 1 ist nur notwendig, da das OLG Düsseldorf (Beschluss vom 21.12.2022 – VI Kart 5/22 (V) – Beiladung STIHL) jüngst eine davon abweichende Auffassung vertreten hat. Die Regelung begründet keinen Umkehrschluss, dass nicht ausdrücklich im Gesetz benannte Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung nicht entsprechend anwendbar wären.

Mit der Streichung von **§ 73 Absatz 2 Satz 2 GWB** wird die mit der 9. GWB-Novelle vorgenommene Einschränkung der Drittklagebefugnis rückgängig gemacht. In der Folge gilt auch im Falle einer Beschwerde gegen eine Ministererlaubnis die allgemeine Regelung zur Beschwerdebefugnis des Satzes 1, das heißt, es reicht aus, dass Dritte in ihren wirtschaftlichen Interessen betroffen sind.

Ziel der Regelung ist es den Rechtsschutz gegen Ministererlaubnisverfügungen zu stärken. Eine effektive gerichtliche Kontrollmöglichkeit erscheint insbesondere vor dem Hintergrund des Ausnahmecharakters der Ministererlaubnis, als Freigabe eines Zusammenschlusses, der zuvor vom Bundeskartellamt als ausdrücklich wettbewerbsschädlich beurteilt wurde, notwendig. Dies gilt umso mehr, da die Ministererlaubnis nur selten beantragt wird und meist große Auswirkungen auf den jeweiligen Markt hat. Wie schon in der Vergangenheit

betont, unterliegt die Ministererlaubnis daher einer besonders kritischen Diskussion in der Öffentlichkeit und bedarf einer hohen Transparenz.

Zu Buchstabe c

§ 73 Absatz 4 Satz 3 GWB wird gestrichen, da sich der Regelungsgehalt schon aus § 202 Satz 3 Sozialgerichtsgesetz ergibt.

Zu Nummer 33

Bei der Änderung der Abschnittsbezeichnung handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund des Wegfalls der Nichtzulassungsbeschwerde.

Zu Nummer 34

§ 77 Satz 1 GWB regelt unverändert, dass die Rechtsbeschwerde gegen Beschlüsse der Oberlandesgerichte an den Bundesgerichtshof stattfindet. Gemäß Satz 2 bedarf die Rechtsbeschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Oberlandesgerichte aber nunmehr keiner Zulassung mehr. In der Folge entfallen die Absätze 2 bis 4.

Mit diesen Änderungen wird sichergestellt, dass der Bundesgerichtshof als Rechtsbeschwerdegericht auch in Kartellverwaltungssachen seine zentrale Aufgabe der Wahrung und Sicherung der Rechtseinheit und der höchstrichterlichen Rechtsfortbildung wirksam erfüllen kann. Dies erfordert eine sachgerechte Ausgestaltung des Zugangs zum Rechtsbeschwerdegericht, die sich vorrangig an den Auswirkungen einer Entscheidung auf die Allgemeinheit zu orientieren hat (vgl. Amtl. Begr. des ZPO-RG, BT-Drs. 14/4722, S. 66). Im Zivilprozess, der von einer Vielzahl an Fällen mit geringer Breitenwirkung geprägt ist, soll zur Vermeidung von Überlastungen des Rechtsbeschwerdegerichts das Instanzgericht die Revision nur zulassen, wenn der zu entscheidenden Rechtssache eine über den Rahmen des Einzelfalles hinausgehende Bedeutung zukommt oder die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert. Dem Rechtsbeschwerdegericht darf jedoch nicht die erforderliche Breite des Anschauungsmaterials verloren gehen (Amtl. Begr. des ZPO-RG, BT-Drs. 14/4722, S. 67), und auch der zusätzliche Zeit- und Kostenaufwand eines Nichtzulassungsbeschwerdeverfahrens ist zu berücksichtigen. Diese Erwägungen vermögen punktuelle Abweichungen vom Zulassungsprinzip dort zu rechtfertigen, wo eine geringe Zahl von entscheidungsbedürftigen Rechtssachen große wirtschaftliche Bedeutung aufweisen, die Interessen der Allgemeinheit berühren und komplexe Rechtsfragen aufwerfen.

So hat der Gesetzgeber wegen der besonderen Breitenwirkung von Musterfeststellungsklagen vom Erfordernis einer gesonderten Zulassung der Revision gegen Musterfeststellungsurteile abgesehen, § 42 des Verbraucherrechterdurchsetzungsgesetzes – VDuG. Ebenso wurde in § 614 der Zivilprozessordnung – ZPO geregelt, dass die Revision gegen eine erstinstanzliche Entscheidung des Commercial Courts keiner Zulassung bedarf, da diesen Streitigkeiten regelmäßig eine für die Allgemeinheit wirtschaftlich hohe Bedeutung zukommt, die etwa mit dem Erhalt oder dem Auf- bzw. Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland verbunden sein kann (BR-Drs. 374/23, S. 39).

Dieselben Gründe sprechen für eine zulassungsfreie Rechtsbeschwerde in Kartellverwaltungssachen. Denn diese sind dadurch gekennzeichnet, dass die Fallzahlen äußerst gering sind, wohingegen die rechtliche und tatsächliche Bedeutung der wenigen, oft komplexe Rechtsfragen aufwerfenden Fälle außerordentlich hoch und mit einer starken Breitenwirkung verbunden ist. So waren zuletzt in Kartellverwaltungssachen im Durchschnitt pro Jahr weniger als fünf Beschwerdeverfahren vom Oberlandesgericht Düsseldorf durch streitige Beschlüsse zu entscheiden. Das sind weniger als ein Tausendstel der zivilprozessualen Entscheidungen, in denen über die Zulassung der Revision zu entscheiden ist. Dem steht eine für die Allgemeinheit wirtschaftlich sehr hohe Bedeutung dieser Streitigkeiten

gegenüber. Beschwerden gegen kartellbehördliche Verfügungen strahlen über den Einzelfall hinaus und prägen die Wettbewerbsverhältnisse auf Märkten, auf denen oft Umsätze in Milliardenhöhe erzielt werden. Dadurch sind sie für die wettbewerblichen Chancen zahlreicher Unternehmen von entscheidender Bedeutung, und der Erhalt oder der Auf- bzw. Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland sowie Verbraucherinteressen hängen vom Ausgang dieser Rechtsstreitigkeiten ab. Werden Beschwerden gegen Verfügungen der Kartellbehörden zurückgewiesen, erwachsen die kartellbehördlichen Entscheidungen zudem nicht nur in Bestandskraft, sondern entfalten nach § 33b GWB eine Bindungswirkung für sogenannte „Follow-on“-Klagen. Die in Kartellverwaltungsachen aufgeworfenen Rechtsfragen sind überdies besonders komplex, schon weil sich die in ihren Ressourcen beschränkten Kartellbehörden bei der Ausübung ihres Aufgreifermessens auf bedeutende und grundsätzliche Verfahren fokussieren.

Obwohl vor diesem Hintergrund Zulassungen von Rechtsbeschwerden in Kartellverwaltungsverfahren sehr naheliegend scheinen, bilden sie in der Praxis eine seltene Ausnahme. Die Zulassungsquote hat sich in den letzten Jahren der Quote in zivilprozessualen Verfahren angenähert. Die Prozessbeteiligten versuchen angesichts der hohen Bedeutung der Verfahren zwar fast immer, durch Einlegung von Nichtzulassungsbeschwerden eine höchstrichterliche Klärung zu erreichen. Dieses Anliegen ist jedoch nur selten erfolgreich, weil die notwendig engen Voraussetzungen, unter denen Rechtsbeschwerden in allgemeinen Zivilprozessen vom Bundesgerichtshof zugelassen werden können, auch in Kartellverwaltungsachen inzwischen ebenso restriktiv angewandt werden (vgl. BGH, Beschluss vom 13. Mai 2025 - EnVZ 55/22, Rn. 7). Dabei weisen die Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren in der Praxis eine ähnliche Dauer auf wie die Durchführung eines Rechtsbeschwerdeverfahrens, ohne allerdings dessen Beitrag zur fallübergreifenden Klärung der Rechtslage erbringen zu können. Diese Verzögerung ohne weitere Klärung wirkt sich auch angesichts der raschen Veränderungen, denen die wirtschaftlichen Vorgänge und Wettbewerbsverhältnisse in einer Marktwirtschaft unterworfen sind, auf den Wirtschaftsstandort Deutschland nachteilig aus.

Die Streichung des Zulassungserfordernisses dient somit der Verfahrensbeschleunigung, der Stärkung der Rechtseinheit, der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit und der Erhöhung der Planungssicherheit für Unternehmen und Behörden. Aus diesen Gründen erfasst die Streichung des Zulassungserfordernisses auch die weiterhin statthaften Rechtsbeschwerden gegen sog. „Hängebeschlüsse“ oder „Zwischenverfügungen“ über die Anordnung vorläufiger Sicherungsmaßnahmen im Eilverfahren. Während sich im Hinblick auf die Rechtsnatur und die Beschwerdefähigkeit solcher Entscheidungen im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit Rechtsunsicherheiten zwischen den Untergerichten ergeben haben (vgl. dazu den RegE eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze vom 29.05.2026, B-Drs. 328/26, S. 93/94), bestehen solche im Bereich des Kartellverwaltungsprozesses nicht: Die Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde gegen Hängebeschlüsse im Beschwerdeverfahren hat der Bundesgerichtshof mit ausführlicher Begründung bejaht, gerade auch unter Betonung des Aspekts der Verfahrensbeschleunigung (Beschluss vom 15.12.2020 – KVZ 90/20, aml. Ls. und Rn. 3-10). Ferner besteht auch keine Rechtsunsicherheit hinsichtlich der formellen und materiellen Voraussetzungen solcher Beschlüsse; insbesondere ist geklärt, dass das Drohen schwerer und unabwendbarer Nachteile eine notwendige Bedingung für den Erlass eines Hängebeschlusses ist und es zudem noch einer Abwägung der widerstreitenden Vollzugs- und Suspensivinteressen bedarf (BGH, Beschluss vom 23. Oktober 2024 – KVR 8/24, Rn. 6 f., 12). An dieser gefestigten Praxis soll weiter festgehalten werden. Insofern besteht für den Bereich des Kartellverwaltungsprozesses zur Fortführung der bisherigen Rechtspraxis kein Kodifizierungsbedarf.

Der bisherige § 77 S. 2 GWB konnte in diesem Zuge gestrichen werden, da sich der Regelungsgehalt schon aus § 202 Satz 3 Sozialgerichtsgesetz ergibt.

Zu Nummer 35

§ 78 GWB enthielt die Voraussetzungen der Nichtzulassungsbeschwerde und entfällt daher als Folge der Änderungen in § 77 vollständig.

Zu Nummer 36

§ 79 Absatz 4 Satz 4 GWB enthielt Vorgaben im Hinblick auf die Nichtzulassungsbeschwerde und entfällt als Folge der Änderungen in § 77 vollständig.

Zu Nummer 37

Bei der Änderung in **§ 81g Absatz 2 GWB** handelt sich um eine zwingende Folgeänderung zu den Änderungen in § 82a. Sie stellt sicher, dass die verjährungsunterbrechende Wirkung, welche sich bisher aus § 33 Absatz 1 Nummer 10 in Verbindung mit § 69 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 Ordnungswidrigkeitengesetz ergibt, sich nunmehr auch durch den Eingang der Akten bei dem nach § 83 zuständigen Gericht gemäß § 82a Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a ergibt. Dies wird in § 81g Absatz 2 Nummer 2 GWB geregelt. Die schon bestehende Regelung des Absatzes 2 wird in Nummer 1 überführt.

Zu Nummer 38

§ 82a GWB wird neugefasst. Die Regelung diene schon bislang der Vereinfachung der Abläufe im gerichtlichen Kartellordnungswidrigkeitenverfahren und der Absicherung einer effizienten Wahrnehmung der Aufgaben im Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Kartellbehörde. Bislang hatte nach Einspruchseinlegung der Geschäftsverkehr mit dem nach § 83 zuständigen Gericht zwingend über die Staatsanwaltschaft zu erfolgen, auch wenn dieser im Gefolge der 10. GWB-Novelle keine Prüfungsaufgaben mehr zukamen. Ebenso war nach erstinstanzlichem Abschluss des Einspruchsverfahrens im Falle der Einlegung einer Rechtsbeschwerde der Geschäftsverkehr mit dem Generalbundesanwalt durch die Staatsanwaltschaft abzuwickeln. Diese Regelungen griffen auch in den Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft im Hinblick auf ein Verfahren von ihren fortbestehenden Beteiligungsrechten keinen Gebrauch machte, was in den letzten Jahren in Verfahren des Bundeskartellamts ausnahmslos der Fall war. Zur Anpassung der Verfahrensabläufe an diese Gegebenheiten sowie zu ihrer Vereinfachung und Beschleunigung sollte daher – unter Erhalt aller Informations- und Beteiligungsrechte der Staatsanwaltschaft – die Abwicklung des Geschäftsverkehrs zukünftig der Kartellbehörde übertragen werden. Ferner veranlasst das Fernbleiben der Staatsanwaltschaft in Verfahren des Bundeskartellamts eine vorsorgliche Klarstellung der vollständigen rechtlichen und funktionalen Gleichstellung der Kartellbehörde mit der Staatsanwaltschaft zur Wahrung der Gleichgewichte in den regelmäßig bedeutenden und umfangreichen gerichtlichen Kartellordnungswidrigkeitenverfahren.

Der neue § 82a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a GWB regelt abweichend von § 69 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, dass die Kartellbehörde die Akten unmittelbar an das Gericht übersendet. Einer Übersendung der Akten über die Staatsanwaltschaft bedarf es damit nicht mehr. Die Regelung dient dem Bürokratieabbau, der Entlastung der Staatsanwaltschaft und der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens. Zugleich bleibt gewährleistet, dass die Staatsanwaltschaft, welche im gerichtlichen Bußgeldverfahren nach § 82a Absatz 1 Nummer 1 weiterhin über dieselben Rechte verfügt, vollumfänglich über das Verfahren informiert wird. Dies geschieht durch die vorgesehene Übersendung einer Aktenkopie.

§ 82a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und c GWB entsprechen im Wesentlichen der bisherigen Regelung in § 82a Absatz 1 Satz 1 GWB aF. Die Neufassung wurde allerdings zum Anlass genommen klarzustellen, dass die Kartellbehörde die Aufgaben der

Verfolgungsbehörde wahrnimmt und die Befugnisse des Amtsrichters in § 69 Absatz 5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten dem nach § 83 GWB zuständigen Gericht zustehen.

§ 82a Absatz 1 Nummer 2 GWB enthält vor diesem Hintergrund den Grundsatz, wonach die Kartellbehörde über dieselben Rechte wie die Staatsanwaltschaft verfügt einschließlich aller dieser nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und der Strafprozessordnung zustehenden Rechte. Die Regelung entspricht im Ausgang der bisherigen Regelung in § 82a Absatz 1 Satz 3 GWB. Die gegenüber der Vorgängerregelung geänderte Formulierung dient der Klarstellung der Rolle der nationalen Wettbewerbsbehörden im gerichtlichen Bußgeldverfahren, wie sie durch Artikel 4 Absatz 1, 2 und 5 sowie Artikel 30 Absatz 2 und 3 der Richtlinie (EU) 2019/1 zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts vorgegeben ist. Sie bestätigt, dass das Gesetz eine vollständige rechtliche und funktionale Gleichstellung mit der Staatsanwaltschaft bezweckt. Insbesondere können dementsprechend unter Beachtung der für die Staatsanwaltschaft geltenden Grundsätze auch in einem Fall ermittlungsführende Bedienstete des Bundeskartellamts unabhängig von einer eventuellen Benennung als Zeuge im selben Fall den Sitzungsdienst wahrnehmen und in den Informationsfluss der Hauptverhandlung eingebunden werden. Auch in den Verfahren, an denen die Staatsanwaltschaft – wie nunmehr durchgängig in den Verfahren des Bundeskartellamts – nicht mehr teilnimmt, wird so die Wahrung des Gleichgewichts zwischen Gericht, Verteidigung und Verfolgungsbehörde sichergestellt und damit zugleich auch die Wahrung der unionsrechtlichen Vorgaben der Äquivalenz und der Effektivität der Durchsetzung der Wettbewerbsregeln.

Der neue § 82a Absatz 1 Nummer 3 GWB stellt in diesem Zusammenhang klar, dass es zukünftig nicht mehr zwingend der Zustimmung der Staatsanwaltschaft bedarf, sondern vielmehr auch die Zustimmung der Kartellbehörde ausreichend ist. Eine zusätzliche Mitwirkung der Staatsanwaltschaft wird damit entbehrlich und es wird sichergestellt, dass die Staatsanwaltschaft in den Fällen, in denen sie das gerichtliche Verfahren nicht begleiten möchte von Mitwirkungspflichten entlastet wird. Führt das Gericht beispielsweise mit den Verfahrensbeteiligten Verständigungsgespräche (§ 257c StPO), so muss das Gericht bei Abwesenheit der Staatsanwaltschaft von diesen Gesprächen nur die Zustimmung der anwesenden Kartellbehörde einholen.

§ 82a Absatz 1 Nummer 4 GWB entspricht der bisherigen Regelung in § 82a Absatz 1 Satz 4 GWB a.F.

Der neue § 82a Absatz 2 GWB bestimmt abweichend von § 79 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit § 347 Absatz 2 der Strafprozessordnung sowie Nummer 163 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV), dass die Kartellbehörde die Akten in Rechtsbeschwerdeverfahren nach § 84 GWB unmittelbar an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof übersendet. Einer vorherigen Übersendung an die Staatsanwaltschaft und einer Weiterleitung durch diese bedarf es nicht mehr. Die Kartellbehörde kann sich bei der Übersendung an den Vorgaben der RiStBV orientieren.

Auch diese Regelung reflektiert den Umstand, dass in den Verfahren des Bundeskartellamts die Staatsanwaltschaft von ihren Beteiligungsrechten nunmehr durchgängig keinen Gebrauch macht. Die Regelung dient insofern der Entlastung der Staatsanwaltschaft und der Beschleunigung des Verfahrens. Zugleich wird gewährleistet, dass die Staatsanwaltschaft vollumfänglich über das Verfahren informiert wird. Dies geschieht durch die in Satz 3 vorgesehene Übersendung einer Aktenkopie.

Darüber hinaus gilt § 347 Absatz 1 Satz 3 der Strafprozessordnung (Gegenerklärung) entsprechend. Beteiligt sich die Staatsanwaltschaft nicht am Rechtsbeschwerdeverfahren, hat die Kartellbehörde im Rahmen der Aktenübersendung unter den in § 347 Absatz 1 Satz 3 der Strafprozessordnung genannten Voraussetzungen eine Gegenerklärung abzugeben,

wie sie bisher von der Staatsanwaltschaft gefertigt wurde. Dies gewährleistet, dass das Rechtsbeschwerdegericht eine strukturierte und vollständige Stellungnahme erhält, die seine Prüfung erleichtert und die Einheitlichkeit des Verfahrens sicherstellt. Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 der bisherigen Gesetzesfassung wird wegen des Sachzusammenhangs mit dem Rechtsbeschwerdeverfahren unverändert in den neuen Absatz 2 Satz 4 überführt.

§ 82a Absatz 3 GWB entspricht der bisherigen Regelung in § 82a Absatz 2 GWB aF.

Zu Nummer 39

Die Einfügung des **§ 82c GWB** überträgt die Änderungen des § 61 Absatz 1 auf die Zustellung im Bußgeldverfahren. Durch die entsprechende Anwendung des § 173 Absatz 3 ZPO nach § 61 Absatz 1 Satz 3 wird für Rechtsanwälte die einfache Abgabe eines elektronischen Empfangsbekenntnisses ermöglicht. Aufgrund der entsprechenden Anwendung des § 61 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Satz 3 gilt dies auch für Unternehmen und Vereinigungen von Unternehmen, sofern sie ein elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach (eBO) eingerichtet haben.

Zu Nummer 40

Die Änderung von **§ 83 Absatz 1 Satz 1 GWB** beseitigt Unsicherheiten hinsichtlich des für Entscheidungen in Bußgeldverfahren sonstiger Verwaltungsbehörden gemäß § 82 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Nummer 2 (z.B. Bundesnetzagentur, MTS-K) zuständigen ordentlichen Gerichts.

Zu Nummer 41

Die bisherige Fassung des **§ 86a** wird zu Absatz 1. Zudem erhält § 86a einen neuen Absatz 2. Dies folgt der Änderung im § 61 Absatz 1 Satz 3 und überträgt die dortigen Änderungen auf die Zustellung bei der Vollstreckung.

Zu Nummer 42

§ 89 Absatz 3 GWB wird aufgehoben. Die Vorschrift hat seit gut 26 Jahren keinen praktischen Anwendungsbereich mehr, nachdem seit der Jahrtausendwende die bundesweite Postulationsfähigkeit gilt.

Zu Nummer 43

Die Regelung des **§ 90 Absatz 5 Satz 1 GWB** dient der Umsetzung von Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie 2014/104/EU. Nach dieser Richtlinienvorgabe gewährleisten die Mitgliedstaaten bei Verfahren über Schadensersatzklagen, dass eine nationale Wettbewerbsbehörde auf Antrag eines nationalen Gerichts diesem bei der Festlegung der Höhe des Schadensersatzes behilflich sein kann, wenn die nationale Behörde dies für angebracht hält. Die Änderung des § 90 Absatz 5 Satz 1 soll diese Möglichkeit inhaltlich nicht beschneiden, lehnt sich mit dem Begriff des „Ersuchen[s]“ statt demjenigen des „Antrag[s]“ jedoch klarstellend an die gebräuchliche Terminologie nationaler Mechanismen der Amtshilfe an (s. hierzu etwa § 5 Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes).

Die Streichung der Angabe „Satz 1“ korrigiert ein Redaktionsversehen.

Zu Nummer 44

Mit der Ergänzung von **§ 93 GWB** wird die Geltung von § 92 Absatz 1 und 2 auch auf Verbandsklagen nach dem Verbraucherrechtsetzungsgesetz, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse in den in § 87 aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffen, ausgeweitet. Durch Artikel 21 des Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetzes (VRUG)

wurde § 91 dahingehend geändert, dass eine Zuständigkeit der Kartellsenate auch für Verbandsklagen begründet wurde, die sich auf kartellrechtliche Ansprüche nach § 87 GWB beziehen. Damit bezweckte der Gesetzgeber, dass die besondere Expertise der Kartellsenate auch für kartellrechtliche Verbandsklagen zum Tragen kommen sollte (BR-Drs. 145/23, S. 148). Versehentlich wurde diese Erweiterung der erstinstanzlichen Zuständigkeiten der Kartell-Oberlandesgerichte jedoch nicht in die Regelungen der §§ 92 und 93 übernommen, die die Grundlage bilden für die Zuständigkeitskonzentrationsverordnungen der Länder. Um den von §§ 92 und 93 gewährten Freiraum der Länder bei der Begründung zentraler Zuständigkeiten für Kartellsachen auch auf die Verfahren nach dem Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz zu übertragen, ist eine entsprechende Ergänzung von § 93 angezeigt.

Zu Nummer 45

Bei der Änderung von **§ 94 Absatz 1 Nummer 1 GWB** handelt es sich um eine Folgeänderung zu § 77, mit welcher nunmehr die das Erfordernis der Nichtzulassungsbeschwerde abgeschafft wird.

Zu Nummer 46

Mit der Änderung von **§ 108 Absatz 6 GWB** wird ein redaktionelles Versehen behoben, das im Rahmen des Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge unterlaufen ist. Ausweislich des entsprechenden Gesetzentwurfs der Bundesregierung (BT-Drucksache 21/1934, Seite 9) sollte der nun neue Satz 2 stets als eigenständiger Satz 2 aufgenommen werden, wurde aufgrund eines redaktionellen Versehens im Gesetzgebungsverfahren jedoch als neue Nummer 5 eingefügt.

Zu Nummer 47

§ 114 Absatz 4 GWB schafft die notwendige Datengrundlage, um Kartellabsprachen bei öffentlichen Auftragsvergaben durch das Bundeskartellamt aufdecken zu können. Er steht im Zusammenhang mit der neuen Befugnis des Bundeskartellamts zum „Vergabescree-ning“ nach dem neuen § 32h GWB.

Die Neuregelung in **§ 114 Absatz 4 Satz 1 GWB** verpflichtet Auftraggeber bei Vergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte, wesentliche Daten der Bewerber oder Bieter und deren angebotene Preise an den Datenservice Öffentlicher Einkauf (vgl. § 114 Absatz 3 [**Hinweis:** Absatz 3 wird durch das Vergabebeschleunigungsgesetz eingeführt und lautet im Entwurf: „Der Datenservice Öffentlicher Einkauf ist beim Beschaffungsamt des BMI eingerichtet und wird dort betrieben.“]) zu übermitteln. Die Pflicht betrifft Daten von sämtlichen Bietern oder Bewerbern, das heißt sowohl derjenigen, die den Zuschlag erhalten haben, als auch der unterlegenen Bieter oder Bewerber. Die Daten umfassen neben Namen und Adresse auch die bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer oder, soweit eine solche nicht vorhanden ist, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer sowie den Preis oder die Kosten des Angebots (vgl. § 127 Absatz 1 Satz 4 GWB), soweit das Unternehmen ein Angebot abgegeben hat. Ist das Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe aufgefordert worden oder hat ein Unternehmen kein Angebot abgegeben, bleibt es bei der Erfassung und Übermittlung der in Nummer 1 und 2 genannten Daten. Gemäß § 127 Absatz 1 Satz 4 GWB kann die Angebotswertung entweder nach Preisen oder Kosten erfolgen. Bei jedem Vergabeverfahren ist einheitlich je Bieter die in die Wertung eingegangene Preis- bzw. Kostengröße (typischerweise der Gesamtpreis) zu übermitteln. Die dazugehörige Verfahrenskennung muss für eine Zuordnung zu dem betreffenden Vergabeverfahren benannt werden. Ein Screening der bisher öffentlich zentral verfügbaren Informationen zu den Ausschreibungsgewinnern kann keine belastbaren Hinweise auf mögliche Absprachen geben. Submissionsabsprachen können nur dann zutreffend erkannt werden, wenn auch die unterlegenen Angebote ausgewertet werden können.

Die Übermittlung hat in elektronischer Form innerhalb von 30 Tagen nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung zu erfolgen. Dies entspricht der Frist der Mitteilung der Vergabebekanntmachung nach § 39 Absatz 1 der Vergabeverordnung. Bei einer Konzession ist eine Frist von 48 Tagen vorgesehen.

Falls ein Vergabemanagementsystem verwendet wird, liegen die zu meldenden Daten in aller Regel bereits elektronisch vor und können daher ohne nennenswerten Aufwand übermittelt werden. Soweit dennoch eine elektronische Übermittlung der Daten im Einzelfall nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich sein sollte, kann die Vergabestelle gemäß **§ 114 Absatz 4 Satz 2 Alternative 1 GWB** ausnahmsweise von der Übermittlung absehen. Auftraggeber, die über kein Vergabemanagementsystem verfügen, sind nach § 187 Absatz 17 Satz 2 GWB bis zum 31. März 2028 von der Datenübermittlung pauschal ausgenommen. Ab dem 1. April 2028 ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Übermittlung mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden ist, etwa weil weiterhin kein Vergabemanagementsystem vorliegt und ein erheblicher händischer Aufwand entstehen würde. In seltenen Ausnahmefällen kann eine Übermittlung nach § 114 Absatz 4 Satz 2 Alternative 2 GWB auch deshalb unterbleiben, weil – ähnlich der Regelung des § 39 Absatz 6 Nummer 2 der Vergabeverordnung – eine Übermittlung dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen würde.

§ 114 Absatz 4 Satz 3 GWB regelt die Rechtsgrundlage für die Datenerhebung, die Datenspeicherung und Datenübermittlung durch den Datenservice Öffentlicher Einkauf. Die Daten nach § 114 Absatz 4 Satz 1 werden vom Datenservice Öffentlicher Einkauf zum Zweck der Durchführung eines Vergabescreenings gemäß § 32h GWB zum Abruf durch das Bundeskartellamt bereitgestellt. **§ 114 Absatz 4 Satz 4 GWB** regelt die Löschfrist für Daten unterlegener Bewerber und Bieter. Nach Abruf von und erfolgreicher Übertragung der Daten an das Bundeskartellamt hat der Datenservice Öffentlicher Einkauf die genannten Daten spätestens nach sechs Kalendermonaten ab Übertragung zu löschen. Dies soll dem Bundeskartellamt eine Überprüfung der Vollständigkeit der übermittelten Datensätze ermöglichen, um das Funktionieren des Vergabescreenings sicherzustellen. Das Beschaffungsamt soll mit der Regelung die Möglichkeit erhalten, Daten „en bloque“ zu löschen. Spätestens sind die Daten, wenn bis dahin ein Abruf nicht erfolgt ist, nach Ablauf des auf die Übermittlung folgenden Kalenderjahres zu löschen.

§ 114 Absatz 4 Satz 5 GWB verbietet die Veröffentlichung der Bieterdaten, soweit sie nicht bereits mit der Vergabebekanntmachung veröffentlicht werden.

§ 114 Absatz 5 GWB führt die Möglichkeit zur Informationsweitergabe bei Hinweisen auf Kartellrechtsverstöße durch öffentliche Auftraggeber und Vergabekammern an die zur Verfolgung von Kartellrechtsverstößen zuständigen Kartellbehörden ein. Damit flankiert die Vorschrift das Vergabescreening in § 114 Absatz 4 GWB.

Informationen zu möglichen Kartellrechtsverstößen, insbesondere über Submissionsabsprachen, können sich zum Beispiel aus den Angebotsunterlagen der Bieter im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ergeben. Diese sind aufgrund der regelmäßig enthaltenen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von den Auftraggebern und Vergabekammern grundsätzlich geheim zu halten. § 114 Absatz 5 GWB ermöglicht es Auftraggebern und Vergabekammern, die relevanten Teile der Dokumentation des Vergabeverfahrens nach § 8 der Vergabeverordnung bzw. der entsprechenden Normen in den weiteren Vergabeverordnungen und des Nachprüfungsverfahrens einschließlich vertraulicher Informationen an die Kartellbehörden weiterzugeben und zwar sowohl dann, wenn Auftraggeber oder Vergabekammern selbst Hinweise auf einen kartellrechtlichen Verstoß entdecken, als auch dann, wenn eine Kartellbehörde eine Anfrage zur Informationsweitergabe an Auftraggeber oder Vergabekammern richtet.

Über die Amtshilfe gemäß § 5 VwVfG kann ein Informationsaustausch in der Regel nicht erfolgen, da die Vorschrift die bestehenden Geheimhaltungspflichten nicht beseitigt (vgl.

§ 5 Absatz 2 Satz 2 VwVfG). Mit dem neuen § 114 Absatz 5 GWB wird ein solcher Informationsaustausch nun aber für den Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe ermöglicht.

Zu Nummer 48

Die Gebührenobergrenzen im **§ 182 Absatz 2 GWB** wurden zuletzt 2009 angepasst, die der Mindestgebühr zuletzt 1999. Daher werden diese, ebenso wie die Gebührenobergrenzen nach § 62 Absatz 2, angehoben. Aufgrund des gestiegenen Preisniveaus sowie der zunehmenden Komplexität der Verfahren ist eine annähernde Deckung des Verwaltungsaufwands derzeit nicht mehr gewährleistet.

Zu Nummer 50

Zu Buchstabe a

Die Befristung der energiewirtschaftlichen Missbrauchsaufsicht des § 29 GWB in **§ 187 Absatz 1 GWB** wird bis zum 31. Dezember 2032 verlängert.

Die Norm wurde seit ihrer Einführung im Jahr 2007 bisher in ca. 290 Verfahren (siehe hierzu jeweilige Fallstatistiken, Tätigkeitsberichte des Bundeskartellamts in den Berichtszeiträumen 2007/2008 bis 2023/2024) vom Bundeskartellamt und insbesondere von den oftmals in diesen Fällen zuständigen Landeskartellbehörden angewendet.

Seit der jüngsten Verlängerung 2022 haben das Bundeskartellamt und die Landeskartellbehörden knapp 60 Verfahren auf der Basis von § 29 GWB eingeleitet. Diese hohen Fallzahlen sind gleichermaßen Ausdruck der nach wie vor bestehenden wettbewerblichen Defizite im Bereich der leitungsgebundenen Energieversorgung, vor allem bei der Belieferung von Letztverbrauchern, und der praktischen Relevanz von § 29 in der kartellbehördlichen Praxis.

Da Missbrauchsverfahren langwierige Ermittlungen bedingen, ist davon auszugehen, dass nicht alle derzeit anhängigen Verfahren bis zum gegenwärtig geplanten Auslaufen der Norm abgeschlossen werden können. Ein Auslaufen der Norm vor Abschluss laufender Verfahren könnte zu Rechtsunsicherheiten bei den Verfahren führen und der Einleitung neuer Verfahren entgegenstehen. Das erschwert die effektive Verfolgung von Marktmachtmissbrauch im Energiebereich.

Bisher haben sich für die Norm die folgenden Anwendungsfelder ergeben: Fernwärmeversorgung von Letztverbrauchern; Grundversorgung von Letztverbrauchern mit Strom und Gas; Versorgung von Letztverbrauchern mit Heizstrom sowie Strom-Regelenergieauschreibungen.

Es ist erwartbar, dass es bei diesen Anwendungsfeldern auch künftig zu missbräuchlichen Verhaltensweisen durch Versorgungsunternehmen kommen kann, da die Marktstrukturen monopolistische Marktpositionen einzelner Unternehmen nach wie vor begünstigen können. Daher wird der Bedarf für die Norm absehbar nicht entfallen.

Gerade mit Blick auf den Fernwärmebereich ist eine Fortführung geboten. § 29 GWB wurde erst im Jahr 2022 auf Fernwärme erweitert. Seitdem ist keine veränderte Ausgangssituation eingetreten. Anders als bei Strom oder Gas wird die Fernwärmeversorgung auch weiterhin ganz überwiegend von vertikal integrierten, nicht rechtlich entflochtenen Unternehmen erbracht werden, die Erzeugung, Netzbetrieb und Vertrieb an den Endkunden weiter aus einer Hand anbieten. Es gibt keine Regulierung von Fernwärmemärkten, und eine Begrenzung von Verhaltensspielräumen durch Wettbewerb auf dem Markt findet ganz überwiegend nicht statt. Des Weiteren soll Fernwärme im Zuge der Dekarbonisierung und der kommunalen Wärmeplanung verstärkt ausgebaut werden, wodurch die Bedeutung der Fernwärmeversorgung ansteigen wird.

Ferner wurden gemäß den Erhebungen des Monitoringberichts 2025 im Erhebungsjahr 2024 22 % der Strom-Haushaltskunden über die gesetzliche Grundversorgung beliefert, bei Gas belief sich der Anteil der Haushaltskunden in der Grundversorgung auf ca. 16 % (siehe S. 26 bzw. S. 43 Monitoringbericht 2025 gemäß § 63 Absatz 3 i.V.m. § 35 EnWG und § 48 Absatz 3 i.V.m. § 53 Absatz 3 GWB, „Monitoringbericht 2025“). Selbst wenn die Anteile der über die gesetzliche Grundversorgung (bzw. Ersatzversorgung) belieferten Haushaltskunden sowohl bei Strom als auch bei Gas seit der Liberalisierung stetig zurückgegangen sind, wird es diese Kundengruppe immer geben (z. B. aufgrund eines negativen Bonitätseintrags bei Wirtschaftsauskunfteien). Für diese Kundengruppen besteht somit weiterhin ein erhöhtes Schutzbedürfnis durch eine effektive Missbrauchsaufsicht, da diese Kunden z. B. bei Preiserhöhungen z.T. nicht die Möglichkeit haben, einen alternativen Strom- bzw. Gaslieferanten zu wählen. Dies gilt darüber hinaus auch z. B. in solchen Versorgungskonstellationen, bei denen Mieter ihr Versorgungsunternehmen nicht selbst wählen können und der Vermieter aufgrund der bestehenden Durchreichungsmöglichkeiten der Energiekosten an den Mieter keine oder wenig Anreize zum Anbieterwechsel weg vom Grundversorgungsunternehmen hat.

Ein erhöhtes Schutzbedürfnis besteht des Weiteren bei den mit Heizstrom versorgten Verbrauchern. In diesem Bereich wurden 2024 fast zwei Drittel der Kunden vom Grundversorger beliefert (siehe Monitoringbericht 2025, S. 33). Das Bundeskartellamt geht, bestätigt durch die Rechtsprechung, in seiner Entscheidungspraxis vom Vorliegen marktbeherrschender Stellungen im Heizstrombereich aus (siehe BKartA, Westenergie/Rheinenergie/rhenag, Az. B8-134/21 v. 30.09.2022; Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschluss v. 10.08.2023, VI-Kart 9/22; Bundesgerichtshof, Beschluss v. 28.05.2024, KVR 21/23). Mit zunehmender Bedeutung der privaten Wärmeerzeugung über Wärmepumpen wird der Heizstromversorgung auch in absehbarer Zukunft eine hohe Bedeutung zukommen. Solange die Grundversorger hier eine derart bedeutende Rolle bei der Belieferung einnehmen, besteht auch hier das Erfordernis einer effektiven Missbrauchsaufsicht ungemindert fort.

Im Bereich der Stromerzeugung hat das Thema Marktmacht im Zuge von Atomausstieg und fortschreitendem Kohleausstieg wieder an Relevanz gewonnen, so dass auch hier der Anwendungsbereich der Norm absehbar weiter eröffnet bleiben sollte. Zentrales Ergebnis der aktuellen Analysen ist, dass die Pivotalität einzelner Anbieter in Folge der Stilllegungen wieder weit über der vom Bundeskartellamt verwendeten Vermutungsschwelle für das Bestehen einer marktbeherrschenden Stellung liegt und die Zeiträume, in denen einzelne Anbieter für die Deckung der Nachfrage unverzichtbar sind, für den entsprechenden Berichtszeitraum ebenfalls zugenommen haben (siehe BKartA, Monitoringbericht 2025, S. 16 sowie BKartA, Wettbewerbsverhältnisse im Bereich der Erzeugung elektrischer Energie 2024/2025 – Marktmachtbericht, S. 1, 58 f.). Diese Befunde unterstreichen die Bedeutung einer effektiven Missbrauchsaufsicht, einschließlich der von dieser ausgehenden Abschreckungswirkung.

Stromerzeugungsunternehmen können auch im Bereich der Regelenenergie eine marktbeherrschende Stellung innehaben. Das Bundeskartellamt untersucht im Rahmen eines laufenden Verfahrens das Verhalten eines Unternehmens bei den Regelenenergieausschreibungen (u. a.) auf Basis von § 29 GWB. Es wird dabei dem Verdacht nachgegangen, dass das Unternehmen zeitweise unter Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung Regelenenergie zu missbräuchlich überhöhten Preisen veräußert hat (vgl. BT-Drs. 20/7300, 122).

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung von **§ 187 Absatz 6 GWB** wird der zeitliche Anwendungsbereich des § 30 Absatz 2b GWB auf solche Vereinbarungen erweitert, die nach dem 31. Dezember 2027 wirksam geworden sind. Damit wird die Regelung für die Zukunft entfristet. Die Entfristung erfolgt mit Blick auf die Gesamtlage im Mediensektor. Die Umbrüche in der Medienlandschaft durch Digitalisierung, große Internetplattformen und damit einhergehende Herausforderungen für Presseverlage, wie Rückgang des Anzeigeaufkommens und der

Werbeerlöse, werden auf absehbare Zeit weiter bestehen, womit auch das Bedürfnis nach erweiterten Kooperationsmöglichkeiten zum Schutz der Pressevielfalt fortbesteht. Gleichzeitig wurden die neuen Möglichkeiten der Regelung gut in Anspruch genommen, wohingegen sich Befürchtungen einer missbräuchlichen Inanspruchnahme nicht bestätigt haben.

Zu Buchstabe c

Der neue **§ 187 Absatz 14 GWB** schafft eine Übergangsregelung zu den Vorschriften zu den Wettbewerbsregeln. Die Vorschriften zu den Wettbewerbsregeln waren durch die Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik sowie der Stellungnahme des Bundesrats bereits in der ersten Fassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen enthalten. Ziel war die Verzahnung des damals neuen Wettbewerbsrechts mit dem bestehenden Lauterkeitsrecht (Protokoll der 222. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages, 13209), aber auch Rechtssicherheit für die verbandsinternen Wettbewerbsregeln selbst durch eine mögliche Ausnahme vom damals neuen Kartellverbot. Mit der 7. GWB-Novelle fiel der eigenständige Freistellungstatbestand weg. Zudem kommen den Wettbewerbsregeln zur Frage, ob ein bestimmtes Verhalten als unlauter zu beurteilen ist, nur eine begrenzte Bedeutung zu (BGH, Urteil vom 7. Februar 2006, KZR 33/04 – Probeabonnement). Die Wettbewerbsregeln haben daher insgesamt nur eine eingeschränkte praktische Relevanz. Deren Abschaffung wurde bereits während der 7. und 8. GWB-Novelle diskutiert (BT-Drs. 15/3640, S. 32; Stellungnahme des Bundeskartellamts zum Referentenentwurf zur 8. GWB-Novelle v. 30.11.2011, S. 23). Als einziges Ziel der Vorschriften zu Wettbewerbsregeln verbleiben die präventive Rechtskontrolle, sowie kartellrechtliche Rechtssicherheit. Dieses Ziel wiegt jedoch aufgrund der mittlerweile großen Fallpraxis, der Vielzahl an behördlichen Leitlinien, dem zwischenzeitlichen Wechsel zum System der Legalausnahme, sowie der ausgeprägten und umfassenden kartellbehördlichen Beratung in Deutschland nicht mehr so schwer, wie bei der Einführung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Insbesondere vor dem Hintergrund der kartellbehördlichen Beratung in § 32c des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die mit dieser Gesetzesänderung nochmals ausgeweitet wird, ist ein Anspruch auf Überprüfung der Wettbewerbsregeln von Wirtschafts- und Branchenverbänden nicht mehr notwendig. Ein Wegfall der Wettbewerbsregeln trägt zur Entbürokratisierung und Entlastung des Bundeskartellamtes bei. Für von der Kartellbehörde anerkannte Wettbewerbsregeln wird ein Bestandsschutz gewährt und die Bestimmungen und damit insbesondere auch die Rücknahmemöglichkeit für weiterhin anwendbar erklärt.

Der neue **§ 187 Absatz 15 GWB** steht im Zusammenhang mit der Regelung des § 39 Absatz 1 Satz 3 GWB. Danach sind künftig die elektronischen Möglichkeiten zur Anmeldung von Zusammenschlüssen verpflichtend. Um betroffenen Unternehmen, der Anwaltschaft sowie dem Bundeskartellamt eine ausreichende Frist zur Umstellung interner Prozesse einzuräumen, schafft der neue Absatz 13 eine Übergangsfrist. Demnach bleiben die derzeit zulässigen Möglichkeiten zur Anmeldung von Zusammenschlüssen bis einschließlich 31. Dezember 2027 bestehen. Einzige Änderung innerhalb der Übergangsfrist ist, dass nicht-elektronische Anmeldungen der Schriftform bedürfen. Die bisher theoretisch bestehende, praktisch aber nie genutzte Möglichkeit der mündlichen Anmeldung fällt ab Inkrafttreten dieses Gesetzes weg. Die Schriftform kann auch mit Telegramm oder Telefax gewahrt werden. Eine einfache E-Mail erfüllt die Schriftform nicht. Ab dem 1. Januar 2028 sind ausschließlich die in § 39 Absatz 1 Satz 2 genannten elektronischen Anmeldewege zulässig. Die Übergangsfrist ermöglicht es zudem, die von Seiten der Anwender beklagten teilweise noch bestehenden technischen Probleme der elektronischen Anmeldeoptionen zu beseitigen und die mitunter mangelnde Benutzerfreundlichkeit dieser Optionen deutlich zu verbessern.

Der neue **§ 187 Absatz 16 GWB** schafft eine Übergangsregelung im Zusammenhang mit der Abschaffung des Nichtzulassungsbeschwerdeverfahrens. Nach § 187 Absatz 16 Satz 1 GWB werden am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängige Nichtzulassungsbeschwerden ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Rechtsbeschwerdeverfahren fortgeführt. § 187 Absatz 16 Satz 2 bestimmt, dass der Vorsitzende des

Rechtsbeschwerdegerichts die Parteien hierauf gesondert hinzuweisen hat. Der Hinweis dient gleichzeitig als Fristbeginn für die Frist zur Rechtsbeschwerdebegründung. Im Übrigen ist § 79 GWB anzuwenden, wobei nach § 187 Absatz 16 Satz 3 GWB § 79 Absatz 4 Satz 1 GWB mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden ist, dass die Frist zur Begründung der Rechtsbeschwerde anstatt mit der Zustellung der Entscheidung des Beschwerdegerichts mit der Zustellung des Hinweises nach § 187 Absatz 16 Satz 2 GWB zu laufen beginnt.

Der neue **§ 187 Absatz 17 GWB** trifft Übergangsregelungen für die Datenübermittlung im Rahmen des in § 32h GWB neu eingeführten Vergabescreenings. **§ 187 Absatz 17 Satz 1** regelt eine Anlaufzeit für die Verpflichtung zur Übermittlung von Bieterdaten in § 114 Absatz 4 Satz 1. Mit dieser Frist sollen Auftraggeber in die Lage versetzt werden, ggf. Vorkehrungen für eine Datenübermittlung zu treffen. **§ 187 Absatz 17 Satz 2** nimmt Auftraggeber, die über kein Vergabemanagementsystem verfügen, von der Übermittlung für ein weiteres halbes Jahr aus. Anschließend ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Übermittlung mit verhältnismäßigem Aufwand erfolgen kann.

Der neue **§ 187 Absatz 18 GWB** trifft eine Übergangsregelung für Datenübermittlung im Rahmen des § 47k Absatz 2 Satz 1 GWB für die Kraftstoffsorte Super Plus. Die Ausweitung der Meldepflicht auf die Kraftstoffsorte Super Plus nach § 47 k Absatz 2 Satz 1 GWB erfordert sowohl bei den meldenden Unternehmen als auch bei der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe und der Mobilithek technische und rechtliche Anpassungen, um die Super Plus Meldungen zu erfassen. Bei den Kraftstoffsorten Super E5, Super E10 und Diesel ist dies nicht der Fall, weil es für sie schon entsprechende Vorgaben zur Übermittlung der Preisdaten in § 4 der Verordnung zur Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (MTSKraftV) gab. Deshalb ist eine Übergangsfrist nur für die Kraftstoffsorte Super Plus erforderlich. Dafür wird ein Zeitraum von 6 Monaten als ausreichend erachtet.

Der neue **§ 187 Absatz 19 GWB** regelt eine zeitlich begrenzte Ausnahme von der Anwendung des kartellrechtlichen Missbrauchsverbots hinsichtlich darauf gestützter Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche im Zusammenhang mit Beschaffungen im Verteidigungsbereich. Im Rahmen öffentlicher Aufträge und Konzessionen, die die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland berühren und auf die deshalb gemäß § 107 Absatz 2 GWB das drittschützende Vergaberecht des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Gleichklang mit Artikel 346 Absatz 1 AEUV keine Anwendung findet, werden Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche gegen öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB ausgeschlossen.

Hintergrund ist, dass auch öffentliche Auftraggeber als Nachfrager unternehmerisch tätig sind und grundsätzlich der Kartellrechtskontrolle unterliegen; der BGH legt die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des Unternehmensbegriffs als jedes Anbieten oder Nachfragen von Gütern am Markt aus (BGH, Urteil vom 26. 10. 1961, KZR 1/61 – Gummistrümpfe; Urteil vom 12. 11. 2002, KZR 11/01 – Feuerlöschzüge). Auf Beschaffungsmärkten im Sicherheits- und Verteidigungsbereich kann die öffentliche Hand zudem marktmächtig im Sinne des § 20 GWB oder marktbeherrschend im Sinne des § 18 sein und damit § 19 unterfallen. Das Missbrauchsverbot des GWB kann daher auch dann anwendbar sein, wenn Artikel 346 Absatz 1 AEUV das europäische Vergabe- und Kartellrecht und § 107 Absatz 2 das GWB-Vergaberecht für unanwendbar erklären.

Insbesondere eine zivilrechtliche Durchsetzung des kartellrechtlichen Missbrauchsverbots im Wege von Beseitigungs- oder Unterlassungsansprüchen, die von potentiellen (Unter-)Auftragnehmern geltend gemacht werden, kann in solchen Fällen zu erheblichen Verzögerungen im Beschaffungsprozess führen und zudem Probleme im Umgang mit eingestufteten Informationen aufwerfen. Deshalb schließt § 187 Absatz 19 GWB Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche insoweit aus. In der kartellbehördlichen Durchsetzung bleiben § 19 und § 20 GWB hingegen anwendbar. Auch etwaige Schadensersatzansprüche sollen unberührt bleiben. Der genannte Ausschluss gilt nur zeitlich befristet, nämlich für alle

Vergaben, deren Zuschläge ab dem Tag des Inkrafttretens des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze bis zum 31. Dezember 2035 erteilt werden. Die Befristung bis 2035 wurde gewählt, um einen Gleichlauf mit dem Geltungszeitraum des Gesetzes zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr herzustellen.

Zu Artikel 2 (Änderung der MTS-Kraftstoff-Verordnung)

Bei der Änderung von **§ 4 Absatz 2 Satz 1 MTS-Kraftstoff-Verordnung** handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Änderung von § 47k des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Auf die dortige Begründung wird verwiesen. Die benannten Kraftstoffsorten Super E5, Super E 10 und Diesel werden gestrichen, da eine Neuregelung in § 47k Absatz 2 GWB erfolgt.

Dass die Regelung der meldepflichtigen Kraftstoffsorten direkt auf gesetzlicher Ebene erfolgt, ist rechtssystematisch konsequent und macht die Neuregelung für die Rechtsanwender leichter auffindbar.

Zu Artikel 3 (Änderung des Wettbewerbsregistergesetzes)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Die Verarbeitung der bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer für Unternehmen (§ 2 Unternehmensbasisdatenregistergesetz vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2506), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 354) geändert worden ist) durch das Wettbewerbsregister im Austausch mit den mitteilenden Behörden, den Auftraggebern sowie den amtlichen Verzeichnisstellen erleichtert die registerinterne Bearbeitung und dient der Datenpflege.

Zu Buchstabe b

Das Bundeskartellamt als Registerbehörde im Sinne des Wettbewerbsregistergesetzes und als nutzungsberechtigte öffentliche Stelle im Sinne der Verordnung über das Register über Unternehmensbasisdaten vom 1.7.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 220) kann zur Vervollständigung und Pflege der Daten von Unternehmen, die in das Wettbewerbsregister eingetragen sind oder eingetragen werden sollen, das Statistische Bundesamt um Übermittlung von Unternehmensbasisdaten ersuchen, soweit es um Daten im Sinne des § 3 Absatz 1 Nummer 4 des Wettbewerbsregistergesetzes geht.

Der neugefasste § 3 Absatz 4 des Wettbewerbsregistergesetzes stellt klar, dass das Bundeskartellamt auch befugt ist, im Rahmen eines solchen Ersuchens Daten im Sinne des § 3 Absatz 1 Nummer 4 des Wettbewerbsregistergesetzes an das Statistische Bundesamt zu übermitteln.

Zu Nummer 2

Infolge der Änderung des § 62 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird der Verweis im Wettbewerbsregistergesetz auf diese Vorschrift angepasst. Da in dem neuen Katalog des § 62 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine Gebührendeckelung in Höhe von 25 000 Euro nicht mehr enthalten ist, wird auf die nächsthöhere Stufe in Höhe von 30 000 Euro verwiesen. Dies erscheint, auch angesichts der Inflationsentwicklung der letzten Jahre, sachgerecht.

Zu Artikel 4 (Änderung des Sozialgerichtsgesetzes)**Zu Nummer 1**

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung des Normverweises. Im Zuge der Neufassung des Ersten Abschnitts des Sechsten Kapitels des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) durch das Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung (Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz - GKV-FKG) v. 22.3.2020 (BGBl. I 604) ist § 172a SGB V mit Wirkung vom 1.4.2020 weggefallen und im Wesentlichen inhaltsgleich durch § 158 SGB V ersetzt worden.

Zu Nummer 2

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung des Normverweises. § 172a SGB V ist mit Wirkung vom 1.4.2020 weggefallen und im Wesentlichen inhaltsgleich durch § 158 SGB V ersetzt worden. Ergänzend wird auf die Begründung zu Nummer 1 verwiesen.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.